



attac

G8 Broschüre 2007

Februar 2007
3 Euro

Globalisierung geht ganz anders! Kritik und Alternativen zur Politik der G8



Heiligendamm
6. - 8. Juni 2007

Globalisierung geht ganz anders!

Alternativen und Kritik zur Politik der G8

Alternativen

Die G8 und internationale Demokratie	4
<i>Peter Wahl</i>	
G8 versenken! Globale Soziale Rechte weltweit!	9
<i>Kay Oliver Schulze / AG Globale soziale Rechte (Berlin)</i>	
Die Globalisierung der menschlicher Unsicherheit	
Globale soziale Rechte von Frauen	10
<i>Christa Wichterich</i>	
Geschichte der Gipfelproteste	14
<i>Pedram Shahyar</i>	

Analysen und Gegenentwürfe

Globalisierungskritik 2.0 - Wem gehört die Welt?	18
<i>Chris Methmann und Martin Schmalzbauer</i>	
Die Energiepolitik der G8 – Heizung im globalen Treibhaus	22
<i>Chris Methmann</i>	
Krieg und Frieden	26
<i>Claudia Haydt</i>	
Die G8 und Freihandel	31
<i>Alexis J. Passadakis</i>	
Die Rolle der G8 im internationalen Finanzsystem	35
<i>Philipp Hersel und Sven Giegold</i>	
Sozialer Frieden durch Kleinkredite!?	40
<i>Christa Wichterich</i>	
Der Ausverkauf der Bahn: Die G8-Privatisierungsagenda konkret	42
<i>Stephanie Handtmann und Chris Methmann</i>	
Wem gehört das Wissen der Welt?	46
<i>Petra Buhr und Oliver Moldenhauer</i>	
G8 und EU – Unterschiede und Gemeinsamkeiten	50
<i>Stephan Lindner</i>	
Was haben die G8-Gipfel mit Migration zu tun?	52
<i>Inigo Valdenebro</i>	
Drei Märchen oder eine Aufgabe: Globale soziale Rechte	55
<i>Werner Rätz</i>	
Attac Rechtshilfefonds	61
Protestfahrplan	62

Impressum

**G8-Info-Heft der
Attac-Projektgruppe G8**
2. Auflage Februar 2007

Weitere Infos:
www.attac.de/g8

Herausgeber:
Attac Deutschland
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 900 281-10
Fax: (069) 900 281-99

E-Mail:
info@attac.de

Bürozeiten:
Mo-Fr 9-17 Uhr
www.attac.de

Redaktion:
Sven Giegold, Paula Kuhn, Katrin Schu,
Kay Schulze, Pedram Shahyar,
Sarah Lena Jensen

Copyright:
Bei der Redaktion und den AutorInnen.

Satz und Gestaltung:
heinrich-p

Druck:
druckladen-bonn

Spenden

Spenden- und Mitgliedskonto:
Attac Trägerverein e.V.,
GLS-Bank,
BLZ: 430 609 67,
Konto: 800 100 800
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Liebe Leserinnen und Leser!

Die starke Nachfrage nach der ersten Auflage des Readers hat es gezeigt: Das Interesse an kritischen Positionen gegenüber der G8-Politik ist hoch. Wir freuen uns daher, schon nach kurzer Zeit eine zweite, überarbeitete und aktualisierte Fassung anbieten zu können.

Auch in der zweiten Auflage soll dieser Reader die Proteste gegen den G8-Gipfel im kommenden Jahr inhaltlich vorbereiten. Wir beleuchten die Politik der G8 und Alternativen anhand verschiedener thematischer Schwerpunkte und aus verschiedenen Blickwinkeln.

Es grenzt an Satire, dass die im Oktober 2006 veröffentlichte Tagesordnung der Bundesregierung zum nächsten G8-Gipfel sich wie ein ‚Wunschzettel der globalisierungskritischen Bewegung‘ liest: „Abbau der globalen Ungleichgewichte“, „Frieden und Sicherheit für Afrika“ und „Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte“, um nur einige der Schlagworte aus der Agenda der G8 für 2007 zu nennen.

Die aktuelle Politik der G8 hat weitreichende negative Auswirkungen auf Menschenrechte, Sozial- und Arbeitsstandards, auf Frieden und Umwelt in der ganzen Welt.

Wir finden es wichtig, Klarheit über diese Prozesse zu gewinnen, die das zukünftige Gesicht der Welt prägen. Wir sehen die sozialen Probleme, die ökologischen Missstände und die unerträgliche Armut hier und im globalen Süden nicht als isolierte Phänomene, sondern begreifen sie als drastische Konsequenz einer Politik, die von den G8 maßgeblich vorangetrieben wird. Die aktuelle Weltwirtschaft, die auf Profitmaximierung basiert und keine wirksamen Regeln kennt, wird durch die Absprachen der Staats- und Regierungschefs beim G8-Gipfel noch stärker entgrenzt.

Dem Allheilmittel der G8, grenzenlose Liberalisierung, Investitionsfreiheit und verbesserte Investitionsbedingungen, setzen wir unsere Alternative der globalen sozialen Rechte entgegen. Die Lösung zur Bekämpfung von Armut heißt für Attac: globale Demokratie, globale sozial-ökologische Standards und gesicherte Rechte für die WeltbürgerInnen. Ein Abbau globaler Ungleichgewichte funktioniert für uns nicht durch noch mehr Sozialabbau und noch mehr Privatisierung, sondern durch eine gerechte Umverteilung und globale Regeln!

Diese neoliberale Globalisierung ist nicht geschlechterneutral. Sie hat sehr unterschiedliche Folgen für Frauen und Männer, da sie auch die sozialen Ungleichheiten und Geschlechterunterschiede für die kapitalistische Verwertung und Gewinnsteigerung nutzt. Attac möchte diese geschlechtsspezifischen Auswirkungen noch stärker in seinen Analysen berücksichtigen und in der eigenen Praxis Alternativen leben.

Alle diese Alternativen, unser Widerstand, globale Demokratie, globale soziale Rechte und Geschlechtergerechtigkeit, werden in den Aufsätzen des ersten Readerteils ausformuliert.

Die Politik der G8 wirkt für viele Menschen teilweise sehr abstrakt, fern von ihrem Alltag. Um unseren Protest erfolgreich und auf breiter Basis durchführen zu können, möchten wir mit diesem Reader weiterhin die Zusammenhänge zwischen den Entscheidungen dieses zentralen Akteurs der neoliberalen Globalisierung und den Alltagserfahrungen der Menschen aufzeigen. In verschiedenen Themenfeldern, von Klima und Energie bis hin zu Sozialabbau stellen renommierte AutorInnen im zweiten Readerteil das jeweilige Problemfeld, den Einfluss der G8 und unsere Alternativen dazu dar.

Die Herausforderung, der wir uns stellen wollen, besteht darin, die verschiedenen Ansätze von G8-Kritik und -Protest zusammen zu denken. Der Leitartikel von Methmann / Schmalzbauer ist ein erster Diskussionsbeitrag für eine Globalisierungskritik auf der Höhe der Zeit. Die hart umkämpfte Frage nach der (Ungleich-) Verteilung von und den Zugriffsmöglichkeiten auf gesellschaftlichen Reichtum überspannt sämtliche aufgezeigten Krisenfelder der G8-Politik – und ermöglicht uns gleichzeitig eine pointierte Kritik. Denn diese Welt, die von der Gruppe der Acht neu verteilt und verkauft wird, gehört uns allen. Aus diesem Grund fahren wir nach Heiligendamm, um die Konsequenzen dieser Politik für alle sichtbar zu machen – und um für unsere konkreten Alternativen, für eine andere Welt zu streiten.

Die G8 und internationale Demokratie

von Peter Wahl

An sich ist es jeder Ländergruppe unbenommen, sich zu treffen und sich auch dauerhaft zu organisieren. Das ist nicht per se illegitim und undemokratisch. Diese Praxis der Selbstorganisation von Ländergruppen existiert seit langem in der UNO und in anderen multilateralen Institutionen. Verbreitet sind mehr oder minder informelle oder formelle regionale Zusammenhänge, wie die Arabische Liga, die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die ASEAN etc. Es gibt Dutzende solcher regionaler Zusammenschlüsse - manche entlang einem Thema, z.B. Freihandel, oder militärischer Kooperation, manche mit einem umfassenden Anspruch politischer und ökonomischer Integration.

Insofern wäre es naheliegend, die G8 auf den ersten Blick als ein demokratisch völlig legitimes Unterfangen anzusehen. Was spricht dagegen, wenn sich die großen Industrieländer regelmäßig treffen? Andere, z.B. die G 77 (Entwicklungsländer) oder die regionalen Zusammenschlüsse wie OAU, ASEAN etc. tun das auch, und da protestiert niemand. Haben die G8 nicht, wie beispielsweise die afrikanischen Länder, gemeinsame Probleme? Allein, dass es sich um reiche und mächtige Länder handelt, ist nicht das Problem. Das Legitimitäts- und Demokratieproblem der G8 fängt da an, wo die Gruppe Einfluss auf Dinge nimmt, die nicht nur sie selbst, sondern auch andere oder gar den gesamten „Rest der Welt“ betreffen.

Demokratie und Herrschaft

Theoretisch ist unser politisches System demokratisch angelegt; und auch im Vergleich zu autoritären Regimes und Diktaturen haben wir in der Praxis eine andere Qualität an Zivilisiertheit und humanem Fortschritt. Aber Demokratie kann nicht reduziert werden auf ein System von einmal etablierten Institutionen und Regeln, sondern ist ein unabgeschlossener Prozess der steten Demokratisierung, es geht um mehr Demokratie. Demokratie ist ein unvollendetes Projekt.

Was sind die Probleme?

Die Ökonomie wird aus der Demokratie ausgeklammert, obwohl ökonomische Entscheidungen heute oft dramatische Konsequenzen für Millionen von Menschen haben können. Investitionsentscheidungen und Firmenpolitik berühren das Wohl und Wehe oft von Millionen – nicht selten über Grenzen hinweg. Daher muss das Eigentumsrecht an die Realitäten angepasst und die großen Akteure demokratisiert und stärker öffentlicher Kontrolle unterworfen werden.

Die Globalisierung der Finanzmärkte hat dazu geführt, dass die Global Player zur „Fünften Gewalt“ geworden sind. Von niemandem gewählt und durch nichts demokratisch legitimiert üben sie einen Entscheidungsdruck aus, dem demokratisch gewählte Politiker sich nicht zu entziehen in der Lage sehen („Wir können nicht Politik gegen die Finanzmärkte machen“ [Joschka Fischer]). Ökonomische Partikularinteressen werden zum „Sachzwang“ deklariert, oder anders ausgedrückt; „Die lähmende Aussicht, dass sich die nationale Politik in Zukunft auf das mehr oder weniger intelligente Management einer erzwungenen Anpas-

sung an Imperative der ‚Standortsicherung‘ reduziert, entzieht den politischen Auseinandersetzungen den letzten Rest an Substanz“ (Haber-mas)

Die gegenwärtige Welle der Globalisierung bringt auch auf politischer Ebene neue Formen der Internationalisierung hervor. Das Stichwort lautet hier Global Governance. Darunter versteht man ein Geflecht aus multilateralen Institutionen, Regierungen, nichtstaatlichen Akteuren (Wirtschaft und NGOs) und formellen und informellen Vereinbarungen, Normen und Standards. Regulierung ohne zu regieren, so könnte man es auf eine Formel bringen. Die G8 gehören in diesen Kontext. Auch dies wirft grundlegende Demokratiefragen auf .

Zwar finden bei uns regelmäßig freie Wahlen statt, und die politischen Menschenrechte sind noch weitgehend intakt, aber für die ökonomischen und sozialen Menschenrechte gilt das schon nicht mehr.

Die Herrschaft über die Köpfe

Ohne die ideologische Hegemonie wäre die Wirkung aller anderen Machtfaktoren – das Gewaltmonopol durch Polizei und Militär, die „stumme Gewalt“ der ökonomischen Verhältnisse etc. - beschränkt. Aus diesem Grunde werden die fundamentalen Interessen durch ideologischer Hegemonie flankiert und perfektioniert. Hegemonie heißt Dominanz durch Konsens. Was bedeutet, dass Machtinteressen ideologisch aufgeladen werden. Hegemonie wird somit subtil implementiert und entfaltet ihre Wirkung im Denken des Einzelnen; funktioniert gleichsam durch die Köpfe der Menschen hindurch. So wird der geistige Boden bereitet, dass die Bevölkerung sich scheinbar freiwillig den Verhältnissen unterordnet, die ihren Interessen eigentlich entgegenstehen.

Diese Komponente moderner Herrschaft wird immer wichtiger. Deshalb geht das Argument vom „Medienzirkus“, „Phototermin“ und der „PR-Show“ der G8 in die Irre. Das was an Image und ideologische Hegemonie bei den Gipfeln herauskommt ist den Einsatz durchaus wert. In dem Maße, wie jede Talkshow-Moderatorin und jeder Leitartikler die neoliberalen Klischees im Brustton tiefster Überzeugung verbreiten: „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“, „Unternehmens- und Einkommensteuern schaden dem Standort“, „Der Sozialstaat ist unbezahlbar“, „Leistung muss sich lohnen“, „Die Privaten sind effizienter“, „Die Staatsverschuldung ist zu hoch“ etc., haben die Medien sehr früh und beträchtlichen Anteil am Siegszug des neoliberalen Dogmen. Die G8 beeinflussen so mit ihrer gezielten Medienstrategie das politische und ideologische Klima in der Welt in beachtlichem Maße.

Auch jenseits der ideologischen Sphäre entfalten die G8 geschichtsmächtige Wirkung und greifen sehr real in ökonomische und gesellschaftliche Prozesse ein. Ein Beispiel aus ihrer jüngeren Geschichte ist der Krieg gegen den Terrorismus. Hier kommen natürlich die G8 nicht allein zum Einsatz, es werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, von der NATO, über die UNO bis zur Weltpostorganisation.

Der Club – informell, elitär, exklusiv, undemokratisch

Die G8 werden oft als Club der Reichen und Mächtigen bezeichnet. Der Begriff Club passt in der Tat sehr gut, wenn man sich einmal ansieht, was ein Club ursprünglich war. Der Club entstand im 16. Jahrhundert als geschlossene Männervereinigung in England. Im Club trafen sich die Vertreter der Aristokratie, später dann auch der Bourgeoisie, um sich zu unterhalten, Bridge oder Billard zu spielen. Manchmal auch, um die gut ausgestattete Bibliothek zu nutzen, gepflegt zu speisen und nebenher ein paar Geschäfte anzubahnen oder eine politische Intrige einzufädeln. Die Clubgebäude waren palastartige Gebäude mit luxuriösem Interieur, in denen Dutzende von Domestiken für das Wohlergehen der Herren sorgten (durch Jules Vernes Roman „In Hundert Tagen um die Welt“ und dessen Verfilmungen ist dieser Art Club über die Grenzen Englands hinaus bekannt geworden).

Mitglied im Club konnte man nur auf Empfehlung eines Mitglieds werden, der Club war eine geschlossene Veranstal-

lung. Selbstverständlich hatte nur derjenige Chancen, in einen Club aufgenommen zu werden, der aus der entsprechenden sozialen Schicht kam. Clubs waren Teil der herrschenden Klassen. Und damit dies so blieb, waren sie exklusiv, d.h. sie haben alle draußen gehalten, die nicht zu den herrschenden Klassen und Eliten gehörten.

Die Eigenschaften dieser Clubs lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. informell,
2. elitär
3. exklusiv,
4. undemokratisch.

Damit haben wir bereits wesentliche Züge der G8-Strukturen genannt.

Nationalstaat, Globalisierung und Demokratie

Wer den Nationalstaat nicht für das letzte Wort der Geschichte hält und in dessen Geschichte und den damit verbundenen Tragödien auch reichliche Argumente für diese Sichtweise findet, der wird sich sagen: Ist doch gut wenn der Nationalstaat überwunden wird und der nationalen Enge und Beschränktheit endlich entkommt. Die Utopien des Kosmopolitismus - von Schillers und Beethovens »Alle Menschen werden Brüder« über den Internationalismus der Arbeiterbewegung (»Die Internationale erkämpft das Menschenrecht«) bis hin zum »Come together« des Diskurses von der Einen Welt - rücken mit der Schwächung des Nationalstaates ein ordentliches Stück näher.

So einfach liegen die Dinge jedoch nicht. Denn untrennbar mit dem Territorialprinzip des Nationalstaates ist auch die parlamentarische Demokratie verbunden. Der Souverän der Demokratie ist der Staatsbürger. Aber der Staatsbürger ist immer Bürger eines konkreten Nationalstaates; er ist Bürger Frankreichs, Indiens, Südafrikas oder Brasiliens. Als solcher bildet er die Basis des Systems parlamentarischer Repräsentation. Die gewählten Vertreter, Abgeordneten und über diese wiederum die Regierung und die Staatspräsidenten sind aus dieser nationalstaatlichen Wählerbasis hervorgegangen, dies konstituiert die Einheit von Wählenden und Gewählten. Die Herrschaft von George Bush ist daher für die Bürgerinnen und Bürger der USA demokratisch legitim; die Franzosen oder die Mexikaner jedoch haben Bush nicht gewählt. Insofern kann er auch nicht in deren Namen sprechen oder gar

Entscheidungen fällen; theoretisch jedenfalls nicht.

Im Zuge der Globalisierung findet eine Verlagerung ökonomischer Prozesse und Strukturen aus dem Rahmen des Nationalstaates statt sowie deren Übergang in den transnationalen Raum. Die Identität zwischen Wahlbürgerinnen und -bürgern und jenen, die die politischen Entscheidungen treffen, löst sich damit zunehmend auf. Die Gewählten werden dem Zugriff der Wähler entzogen.

Es sind nicht nur mächtige Staaten, die kleineren und weniger mächtigen ihren Willen aufzwingen können – das gab es schon immer, obgleich mit der zunehmenden Vernetzung der Welt dieser Fall immer häufiger eintritt. Angesichts der Tragweite von Entscheidungen auf den Finanzmärkten oder bei Investitionsentscheidungen von Transnationalen Unternehmen bestimmen nun auch zunehmend Fondsmanager, Banker, Börsenjobber, Aufsichtsräte dieser Unternehmen den politischen Kurs mit – also mit keinerlei demokratischer Legitimität versehene Einzelpersonen und Gremien. Und da diese Gruppen über einen überproportional großen Einfluss auf das Handeln der Regierungen verfügen, können sie nicht nur auf direktem ökonomischem Wege ihre Interessen realisieren, sondern zusätzlich auf politischem Weg Entscheidungsprozesse wirksam beeinflussen.

Solange Wirtschaften im Wesentlichen innerhalb des Nationalstaates stattfand, unterlagen ökonomische Prozesse in erster Linie der nationalstaatlichen Regulierung. Im Ergebnis langer gesellschaftlicher Kämpfe der Arbeiter, Frauen-, Umwelt- und anderer sozialer Bewegungen gelang es, den ungezügelt Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts durch eine Vielzahl von Sozial-, Arbeits-, Umwelt-, Gesundheits-, Wettbewerbs- Kartell- etc. Gesetzgebungen zumindest in den Industrieländern zu zivilisieren und bis zu einem gewissen Maße demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Für die globalisierte Wirtschaft dagegen existiert ein solcher Ordnungsrahmen nicht. Es gibt keinen Weltstaat. Der Philosoph Jürgen Habermas hat 1998 in einem Text mit dem Titel „Die postnationale Konstellation die Veränderungen im Status der Nationalstaaten wie folgt charakterisiert: »Weil der Nationalstaat seine Entscheidungen auf territorialer Grundlage organisieren muss, besteht in der interdependenten Weltgesellschaft immer seltener eine Kongruenz zwischen

Beteiligten und Betroffenen.“ Wir haben es bei dem neoliberal dominierten Typ von Globalisierung also mit einer grundlegenden Tendenz zur Entdemokratisierung zu tun.

Politische Regulierung transnationaler Prozesse notwendig

Sowohl aus der historisch neuen Tendenz der Transnationalisierung des Kapitalismus als auch aus den globalen Problemlagen ergeben sich neue Anforderungen an politische Steuerung und Regulierung jenseits des Nationalstaates. Und selbstverständlich sollten diese nicht technokratisch erfolgen, sondern müssen demokratisch legitimiert werden. Auch wenn G8, IWF, Weltbank und NATO heute abgeschafft werden würden, bliebe die Notwendigkeit, internationale Strukturen und internationaler Steuerungssysteme einzuführen, bestehen. Eine Rückkehr in die Welt des traditionellen Nationalstaates ist nicht mehr möglich. Auch und gerade aus Sicht einer emanzipatorischen Position ist die politische Gestaltung von Wirtschaft in transnationalem Rahmen notwendig. Und politisch heißt eben nicht marktförmig und damit unabhängig vom Willen der Einzelnen, sondern ganz im Sinne des Ursprungs des Begriffs Politik aus dem Griechischen polis (das Gemeinwesen, die Stadt).

Dessen Gestaltung muss in den Händen der Bürgerinnen und Bürger liegen und nicht in der unsichtbaren Hand des Marktes. Nur so ist gewährleistet, dass die Interessen aller Menschen in die Gesamtentwicklung des Gemeinwesens eingehen. Überlässt man die Steuerung einer »unsichtbaren Hand«, so bedeutet dies nicht nur die Aufgabe von Selbstbestimmung und Autonomie des Einzelnen zu Gunsten eines anonymen Mechanismus, sondern führt auch dazu, dass die soziale Ungerechtigkeit dramatisch zunimmt. Denn der Markt verteilt nicht nur materielle Ressourcen, sondern auch Armut und Reichtum; und damit Lebenschancen, Einfluss und Macht. Er privilegiert mächtige und reiche Minderheiten, die mit seiner Hilfe noch reicher und noch mächtiger werden.

Wenn wir dies nun auf die G8 anwenden, dann wird deutlich, dass das Undemokratische an ihr nicht nur darin besteht, globale Politik zu machen,

ohne globale Legitimität dafür zu besitzen. Hinzu kommt, dass das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, für dessen Durchsetzung sich die G8-Staaten stark machen, per se und strukturell eine Dynamik zur Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, mächtig und ohnmächtig, oben und unten enthält, d.h. undemokratisch ist. Allerdings ist die G8 nicht die einzige Institution, die dies betreibt, sie ist Teil eines umfassenderen internationalen Systems.

Global Governance als imperiales System

Global Governance ist kein Zukunftsprojekt, sondern real existierend. Das Geflecht aus staatlichen Akteuren, formellen und informellen multilateralen Institutionen, völkerrechtlichen Verträgen, freiwilligen Normen und Standards und informellen Mechanismen funktioniert bereits. Das System ist nicht monolithisch, sondern enthält Widersprüche und Spannungen, und verarbeitet diese bislang flexibel, ohne dass seine Grundfunktionen in Frage gestellt wurden. Global Governance ist aus der Struktur des traditionellen internationalen Systems erwachsen, und die G8 haben in diesem Prozess eine wichtige Rolle gespielt.

Insofern gibt es Parallelen zur Entstehung des Systems der modernen Nationalstaaten aus dem Feudalismus heraus. Auch diese setzte nicht an einem historischen Nullpunkt ein, bei dem sich die Feudalstaaten in herrschaftsfreiem Diskurs darauf geeinigt hätten, ein neues System von territorialen Einheiten zu etablieren. Vielmehr war auch dieser Prozess getrieben von den Machtinteressen der herrschenden Eliten. Er war mit Gewalt und Krieg verbunden, und in seinen Ergebnissen setzten sich letztlich die machtpolitisch stärksten Kräfte durch: Könige, Fürsten und der höhere Klerus, die Eliten der Feudalordnung.

In ähnlicher Weise wird auch die Herausbildung des real existierenden Systems der Global Governance durch herrschaftsförmige Asymmetrien und machtpolitische Auseinandersetzungen geprägt. Die Gestaltung und Steuerung der neu entstandenen transnationalen Räume der Globalisierung ist kein macht- und herrschaftsfreier Vorgang. Er wird dominiert von den USA und dies zunächst unabhängig von den G8 und anderen inter-

nationalen Institutionen. Insofern trägt dieses Governance System imperiale Züge.

In einer Art Co-Management oder als Juniorpartner ist die Gruppe der nächstgrößeren Industrieländer einbezogen. Diese haben sowohl gleichgerichtete als auch rivalisierende Interessen. Die G8 nimmt die Dynamik aus Kooperation und Konkurrenz gut auf. Denn dank ihrer informellen Club-Struktur weist sie eine größere Flexibilität als formelle Institutionen auf. Der Aufstieg einiger Schwellenländer, insbesondere Chinas, Indiens und Brasiliens macht es über kurz oder lang ohnehin notwendig, dem auch institutionell Ausdruck zu verleihen. Die Outreach-Initiativen (siehe dazu Kapitel 3) weisen bereits in diese Richtung. Es ist daher nicht auszuschließen, dass ihr Gaststatus, den sie bereits in G8 hatten, sich stufenweise weiterentwickelt. Die Heterogenität der Gruppe würde damit zwar weiter zunehmen, und gemeinsame Projekte, wie das bisherige Schuldenmanagement, wären zukünftig in diesem Rahmen nicht mehr möglich. Die Durchschlagskraft bei Themen, bei denen ein Konsens besteht, würde aber beträchtlich zunehmen. Gleichzeitig würde die Funktion der Früherkennung von Konflikten und Krisen an Bedeutung gewinnen.

Die G8 und die UNO

Die Existenz der G8 wird meist damit gerechtfertigt, dass es immer mehr globale Probleme gäbe, zu deren Lösung es eine global agierende Institution brauche. Allerdings gibt es bereits seit langem eine internationale Institution, der genau diese Funktion zugeordnet ist: die UNO. Wenn daneben nun jedoch eine Parallel- oder gar Konkurrenzstruktur etabliert würde, relativierte dies die Autorität der UNO und schränkte ihre Möglichkeiten massiv ein. Sicherlich ist die UNO in vielerlei Hinsicht reformbedürftig, z.B. müsste der Sicherheitsrat den neuen internationalen Konstellationen angepasst und das durch und durch undemokratische Vetorecht abgeschafft werden. Im Vergleich zu den G8 ist die UNO jedoch weitaus demokratischer und transparenter. Dort gilt das Prinzip „Ein Land eine Stimme“,¹ und die Mehrheiten der Vollversammlung verfügen über eine größere Legitimität als die Aktionen des Clubs der G8.

Dagegen wird eingewandt, dass die UNO oft handlungsunfähig und zu schwerfällig, ineffizient und zu bürokratisch sei. Aber auch hier liegen die Dinge komplexer. Hinter der vermeintlichen Schwerfälligkeit verbirgt sich das Phänomen, dass demokratische Prozesse Zeit brauchen. Der Austausch von Argumenten, die Diskussion, das Abwägen von Pro und Contra sind Bestandteil eines demokratischen Willensbildungsprozesses. Je heterogener die beteiligten Akteure sind, umso komplizierter wird eine Entscheidungsfindung, die von allen Beteiligten getragen wird. Das ist der Preis der Demokratie. Ein Teil der »Handlungsunfähigkeit« – wobei in der UNO deutlich mehr Entscheidungen zustande kommen als gemeinhin wahrgenommen werden – rührt allerdings daher, dass die Vetomächte von ihrem Recht Gebrauch machen. Oder aber die führenden Industrieländer durch z.B. die Nichtbereitstellung von Ressourcen für die Umsetzung der Beschlüsse, den Entzug von Finanzen – oder auch nur die Drohung damit – die Umsetzung von Beschlüssen behindern. Oft sind nämlich nicht die bürokratischen Prozesse das Problem, sondern allein die Tatsache, dass einzelne G8-Staaten die gemeinsam verfassten Beschlüsse am Ende doch nicht mit umsetzen.

Das Effizienzargument ist aber nicht nur aus Demokratiegesichtspunkten problematisch. Wenn es zum Beispiel das Ziel des Schuldenmanagements war, die Schuldenkrise des Südens zu lösen, dann war es ein Fehlschlag. Sollte es jedoch das Ziel gewesen sein, den Schuldendienstfluss in die Kassen der Gläubiger zu sichern, und/oder die Schuldenkrise zu instrumentalisieren, um via Strukturanpassung das neoliberale Modell durchzusetzen, dann waren die G8 effizient. In der UNO hätte das tatsächlich so nie funktioniert. Der Bürokratiediskurs, der insbesondere von den USA gepflegt wird, ist oft genug nur ein Vorwand, um unliebsame Mehrheitsverhältnisse zu umgehen. Egentliches Ziel der Infragestellung der Handlungsfähigkeit der UNO ist, die Bedeutung der UNO zu schwächen, um sie gleichzeitig via Sicherheitsrat und dessen Blockademacht per Veto zu nutzen, wenn es in die eigene Strategie passt. Gelingt dies nicht, wie bei dem Versuch den Sicherheitsrat dazu zu bringen, den Irak-Krieg abzusegnen, dann ist der Handlungsunfähigkeitsvorwurf schnell wieder bei der Hand.

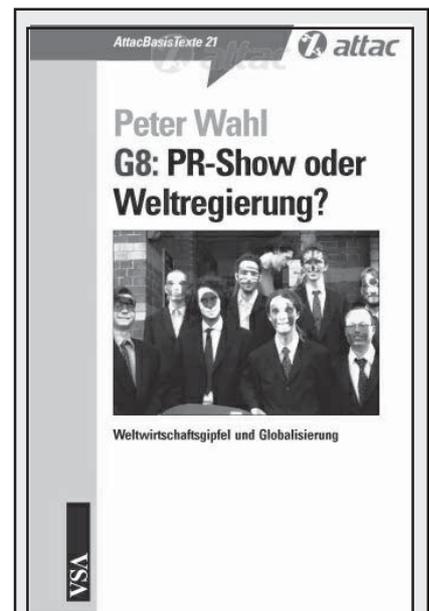
Die UNO ist gleichwohl bei aller berechtigten Kritik an ihren Beschrän-

kungen – auch ihren Demokratiedefiziten – aus emanzipatorischer Perspektive der Ausgangspunkt für eine demokratische Gestaltung des internationalen Systems. Sie gehört gründlich reformiert und vor allem tiefgehend demokratisiert. Das kann auch einschließen, demokratische Verfahren zu vereinfachen und überflüssige Bürokratien, die es natürlich gibt, zu beseitigen. Aber das bedeutet auch, die UNO stark zu machen, damit sie die neuen Herausforderungen von Globalisierung und globalen Problemlagen meistern kann – auf demokratischem Wege, versteht sich. Globale Parallel- oder gar Konkurrenzstrukturen neben der UNO sind dagegen überflüssig.

Anmerkungen

Dieser Text besteht aus Auszügen aus dem Ende Juli erschienenen Attac-Basistext: „PR-Show oder Weltregierung? Die Bedeutung der G8 Gipfel in der globalisierten Welt“. VSA Verlag, Hamburg 2006.

1 Auch dieses Prinzip ist natürlich noch nicht das Non plus Ultra. Denn demnach hat Indien mit seiner Milliarde Einwohner genauso viel Gewicht wie der Vatikan. Auch das Gegenteil, die Gewichtung der Stimmen proportional zur Einwohnerzahl ist nicht per se demokratisch. Wahrscheinlich ist ein intelligenter Mix aus doppelten Mehrheiten, Quoten und Sperminoritäten der optimale Weg (doppelte Mehrheit heißt, dass in verschiedenen Ländergruppen, z.B. Industrieländer und Entwicklungsländer, jeweils eine Mehrheit für eine Entscheidung nötig ist. Dies verhindert, dass eine Gruppe eine andere automatisch majorisiert.)



*Autor: Peter Wahl
Verlag: VSA-Verlag, (2006)
96 Seiten,
EUR 6.50 sFr 12.00
ISBN 3-89965-180-4*

Sind die G 8 zur informellen Weltregierung geworden? Oder handelt es sich nur um einen öffentlichkeitswirksamen Phototermin, bei dem ansonsten nicht viel rauskommt? In diesem attac-Basistext geht es um die Funktionsweise und Wirkung der G8, ihre Geschichte, Zukunftsperspektiven und Alternativen.

Die Treffen, die 1975 als "Weltwirtschaftsgipfel" ins Leben gerufen wurden, waren als informelle Gespräche im kleinen Kreis vorgesehen, bei denen es um Kooperation zwischen den sieben Großen der Weltwirtschaft gehen sollte. Inzwischen aber sind die Gipfel politische Großereignisse und zu ganzjährig funktionierenden Einrichtungen institutionalisiert worden. Auf der Tagesordnung stehen Themen wie die Verschuldung der Entwicklungsländer, die Welthandelsordnung und auch globale Probleme wie Klimapolitik, Krieg und Frieden.

Das nächste Treffen der G8 findet in Deutschland statt. Im Frühsommer 2007 werden sich in Heiligendam die Regierungschefs der acht mächtigsten und reichsten Länder der Erde versammeln. Auch gegen dieses Treffen werden von der globalisierungskritischen Bewegung bereits Demonstrationen, Veranstaltungen, Blockaden, Aktionen, Diskussionen, Kultur- und Musikfestivals vorbereitet. Dieser AttacBasis Text liefert Informationen zur inhaltlichen Vorbereitung.

Schein und Wirklichkeit der G8

G8 versenken! Globale Soziale Rechte weltweit!

von Kay Oliver Schulze / AG Globale soziale Rechte (Berlin)

Großspurig verkündete Tony Blair während des letzten Treffens der G8 in Gleneagles/Schottland einen „historischen Beschluss“, den „größten Schuldenerlass aller Zeiten“ für die Länder des Südens. Mit ihm frohlocken durfte auch Bob Geldof, der sich mit seinen „LIVE 8-Konzerten“ zur medialen Galionsfigur der globalen Gerechtigkeit aufschwang.

Der „historische Schuldenerlass“ entpuppt sich als eine groß angelegte und leider erschreckend erfolgreiche Selbstbeweihräucherung der G8. Dies ist umso beklagenswerter, als dass durch die mediale Inszenierung als Retter der Armen vieles von dem, was unter dem Dach der G8 vorangetrieben wird, unter den Tisch fällt. So wird auf den Treffen die Vorgehensweise in den multilateralen Organisationen Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) im Sinne einer Aufrechterhaltung und Ausweitung des neoliberalen Weltwirtschafts-

systems koordiniert. Neben den ökonomischen Absprachen beschäftigen sich die G8 aber auch mit militärischer und administrativer Sicherheitspolitik, Umwelt- oder Gesundheitspolitik. Der vorliegende Reader wird zu einigen dieser Politikfelder und deren weltweite Gestaltung durch die G8 ausführlich Stellung beziehen.

Die Entscheidungen der Gruppe der G8 haben entscheidenden Einfluss auf das Leben eines Großteils der Menschen weltweit. Ihre Initiativen werden im Interesse transnationaler Konzerne von „oben“ eingesetzt und auf Kosten von Menschen und Umwelt durchgeführt. Das einzige, was die G8 dazu befähigt, ist ihre gebündelte Macht. Damit stehen sie allen emanzipatorischen Ansätzen von „unten“ sowie Demokratisierungsbemühungen auf globaler Ebene und in den einzelnen Ländern entgegen. Sie verhindern selbstbestimmtes Leben und Handeln eines Großteils der Menschen auf der Welt.

Die G8-Gipfel stellen eine Manifestation der globalen Herrschaftsverhältnisse dar. Damit sind sie ein herausragender Ort für den Widerstand all jener, die sich mit den Zwängen der neoliberalen Ökonomie, mit den Angriffen auf ihre sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen und der fortschreitenden Vereitelung ihrer Ideale über ein besseres Leben für alle Menschen nicht abfinden wollen. Die Gipfelproteste reißen sich ein in den weltweiten Kampf für Globale Soziale Rechte. Diese müssen zwar alltäglich und an vielen Orten erstritten werden, doch gerade während der Treffen der acht einflussreichsten Regierungschefs kann die Vielfalt unseres Widerstands besonders öffentlich werden.

Neoliberale Globalisierung und was die G8 damit zu schaffen haben

Die Lehre vom Freihandel verspricht der Welt permanent steigende Wohlfahrtsgewinne, wenn die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehören die Deregulierung der Märkte und die Abschaffung von Zöllen. Seit Jahrzehnten wird der Freihandel von IWF und Weltbank sowie von der 1995 gegründeten WTO, die unter starkem Einfluss der G8 stehen, so massiv gefördert, dass von einer rein ökonomisch ausgerichteten, neoliberalen Globalisierung gesprochen werden muss. Zahlreiche Länder des Südens wurden gezwungen, ihre Märkte im Zuge von so genannten Struktur Anpassungsprogrammen für ausländisches Kapital zu öffnen, ihre im öffentlichen Eigentum befindlichen Betriebe zu privatisieren und ihre Staatsausgaben zu reduzieren. Diese Maßnahmen verringern die Staatsdefizite, wenn überhaupt, nur temporär. Solange 300 Mrd. Dollar pro Jahr allein an Schuldendienst von Süd nach Nord fließen, ist die Hoffnung auf eine nachhaltige Besserung der Lebensbedingungen in den Ländern des Südens pure Illusion. Die Industrieländer, einschließlich der G8, zerstören hingegen durch den Export ihrer Güter die lokalen Ökonomien des globalen Südens bis hin zu den Lebensgrundlagen und der Selbstversorgung bäuerlicher Betriebe.

Die vorangetriebene neoliberale Globalisierung verstärkt jedoch den Wettbewerb zwischen allen Staaten. Mit immer niedrigeren Steuersätzen und Subventionen versuchen die Regierungen weltweit,



Investoren in ihre Länder zu locken. Denn um im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können soll ein gutes Investitionsklima geschaffen werden. Dabei steht die Steigerung des Shareholder Value, also der Profitsucht vermögender Aktionäre, im Mittelpunkt. Die Möglichkeiten der transnationalen Konzerne, einzelne Staaten gegeneinander auszuspielen, um die besten Investitionsbedingungen zu erzielen, steigen massiv an. Parallel hierzu führt die Deregulierung der Finanzmärkte zu einer Ballung der Macht in Händen einiger weniger Banken und Investmentfonds. Auch von dieser Seite wächst der Druck auf die Regierungen rund um den Globus immens an.

Die Staaten der G8 haben bei dieser Entwicklung eine besondere Rolle inne: Sie betreiben eine Politik der Sachzwänge, indem sie die Folgen ihrer Absprachen als unkontrollierbare Entwicklung inszenieren. So können sie sich ohne Not gegen die Interessen der Mittel- und Unterschichten in den eigenen Gesellschaften eben diesen vermeintlichen Sachzwängen fügen. Das auf diese Weise beförderte System des global wirksamen Kapitalismus entfaltet dabei seine Dynamik durch seine Ausdehnung auf bisher noch nicht ökonomisch verwertete Bereiche. Die Privatisierungswelle und die Biopiraterie (Patentierung von Heil- und Nutzpflanzen) von Seiten westlicher Konzerne sind hierfür sehr bezeichnende Beispiele. Durch diese Dynamik werden aber bereits erkämpfte soziale Rechte, wie sie im freien Verfügungsrecht über die eigenen Nahrungspflanzen oder an der Bedarfsdeckung der Bevölkerung orientierten Versorgungsstrukturen institutionalisiert waren, auf dem Altar des Marktes geopfert. Auch die Natur wird zunehmend kommerzialisiert, sei es direkt durch Raubbau oder indirekt durch die Zerstörung nicht weiter verwertbarer Lebensräume.

Die Folgen: Globale Ausbeutung und Unterdrückung

Für die Menschen der Länder des Südens hat dies katastrophale Auswirkungen. Die Reduzierung der Staatsausgaben betreffen

hauptsächlich den Bildungs- und Sozialbereich. Der Privatisierung öffentlicher Betriebe folgen Entlassungen im großen Stil und Preisanstieg, um die Profite der neuen Eigentümer zu erhöhen. Bei den privatisierten Betrieben handelt es sich oft um Energieversorger und kommunale Wasserbetriebe. Dabei treffen die Preiserhöhungen arme Bevölkerungsschichten ganz unmittelbar.

Privatisierungen und Kürzungen im Sozialbereich sind aber auch für die Entwicklung der Länder des Nordens in den letzten Jahrzehnten charakteristisch. Damit einher geht eine zunehmende Prekarisierung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Die Ausdünnung der sozialen Sicherung wird flankiert durch eine Erhöhung des Drucks auf die wachsende Zahl der Erwerbslosen, wie es im Rahmen der Hartz-Gesetzgebung geschehen ist. Sozialer Ausschluss, die zunehmende Diskriminierung von MigrantInnen sowie ein Klima der Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern und Erwerbslosen sind die Folge. Frauen haben unter diesen Umständen besonders zu leiden, da sie im Niedriglohn- und Teilzeitsektor stark vertreten und damit dem Konkurrenzdruck und Lohndumping unvermittelt ausgeliefert sind. Durch die per Gesetz hergestellten Bedingungen der Prekarisierung wird eine freie und solidarische Gesellschaft gezielt unmöglich gemacht.

Unser Gegenentwurf: Globale Soziale Rechte

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte enthält neben liberalen und politischen Rechten auch soziale Rechte. Doch während in der internationalen Politik liberale Freiheitsrechte immer wieder thematisiert werden, bleiben soziale Rechte weitestgehend vernachlässigt.

Globale Soziale Rechte beinhalten das Recht auf angemessenen Lebensstandard. Das bedeutet den Zugang zu Nahrung, Bekleidung und Unterkunft; das Recht auf physische und psychische Gesundheit; das Recht auf Bildung und das Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Diese Rechte sollen für jeden Menschen gel-

ten, unabhängig von Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Staatszugehörigkeit oder Leistungsfähigkeit. Rechte zu fordern heißt in aller ersten Linie, Bedürfnisse zu legitimieren. Beim Kampf um Rechte geht es um folgenden Fragen: „was sind unsere Rechte?“ und „welche Rechte dürfen wir uns nehmen?“. Rechte werden nicht von Staaten vergeben, sondern sich von Menschen gegenseitig zugesprochen. Global bedeutet in diesem Zusammenhang sowohl weltweit als auch umfassend.

Die Idee von Globalen Sozialen Rechten enthält auch die Forderung, die Absichtserklärungen zu sozialen Rechten endlich ernst zu nehmen und in die Tat umzusetzen. Sie gehen damit über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hinaus. Denn die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten wird in den Kämpfen sozialer Bewegungen immer wieder von neuem aufgeworfen. Sie wird dadurch zur politischen Kraft, die weder ignoriert noch durch weitere Absichtserklärungen befriedet werden kann. Globale Soziale Rechte sind verbindlich, weil sie bereits umkämpft werden, täglich und weltweit. Es sind Kämpfe um Würde, verbunden mit einer Vielzahl von Voraussetzungen, die zur Durchsetzung von Globalen Sozialen Rechten erfüllt werden müssen. Sie sind deswegen auch nicht von vornherein fest definiert, sondern entwickeln sich in den Auseinandersetzungen.

Kämpfe um Rechte

Kämpfe um soziale Rechte werden seit jeher geführt, global, kollektiv oder individuell. Sie finden organisiert statt oder sind individuelle Überlebensstrategien. Doch im Zeitalter der Globalisierung hat jeder Kampf um soziale Rechte globale Wirkungen. Die Kämpfe gegen die Privatisierung von Wasser in Bolivien sind nicht nur Kämpfe um Wasser in Bolivien, sondern auch ein globaler Kampf gegen den Ausverkauf unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die täglichen Kämpfe von Tausenden von Flüchtlingen, die Zäune der Festung Europa zu durchbrechen, sind Kämpfe um das bloße Überleben und auch ein Kampf um das Recht auf Bewegungsfreiheit und Weltbürger-





schaft für alle. Die Proteste gegen Hartz IV und die Streiks gegen Arbeitszeitverlängerung sind auch Kämpfe gegen die zunehmende Entrechtung und Verwehrung eines selbstbestimmten, gesicherten Lebens.

Jeder dieser Kämpfe ist unterschiedlich, steht für sich und ist nicht gleichzusetzen mit anderen Kämpfen. Dennoch haben sie eines gemeinsam: Sie antworten mit der Forderung nach sozialen Rechten auf globale Probleme. Damit eröffnen sie sich die Perspektive eines gemeinsamen Ziels: das der Globalen Sozialen Rechte – weltweit. Gerade die Gipfelproteste 2007 in Heiligendamm sollten ein Ort sein, an dem die unterschiedlichen Kämpfe sichtbar werden, denn die Politik der G8 steht in grundsätzlichem Widerspruch zur Forderung nach Globalen Sozialen Rechten.

Möglichkeiten für globale Gerechtigkeit

Es gibt keinen zentralen Punkt und keine bestimmte Zeit, Globale Soziale Rechte durchzusetzen. Vielmehr müssen zahlreiche Bedingungen erfüllt sein, bis ein menschenwürdiges und ökologisch gerechtes Leben für alle Wirklichkeit werden kann. So vielfältig wie die Kämpfe, Aufrufe oder Aktionen und ihre Anlässe sind auch die Forderungen, die uns auf dem Weg hin zu Globalen Sozialen Rechten voranbringen. Die folgenden Aufsätze des Readers bieten neben ihren Analysen auch Alternativen und damit Forderungen für eine bessere Politik im je spezifischen Themenfeld an.

Ihnen allen liegt jedoch der Wunsch nach einem „gleichen Recht für alle“, also

die gleiche Teilhabe aller am globalen Reichtum und damit am gesellschaftlichen Leben zugrunde. Die Durchsetzung Globaler Sozialer Rechte hat eine Neuordnung innerhalb von Gesellschaften wie auch zwischen Gesellschaften zur Folge, die ausgehend von einem erweiterten Verständnis von Selbstbestimmung und Menschenrechten auf eine radikal solidarische Umgestaltung der Weltgesellschaft hinweist. Damit gehen Globale Soziale Rechte mit der Idee einer Globalen Demokratie Hand in Hand.

Die Umsetzung Globaler Sozialer Rechte kann nicht warten. Ihre Zeit ist die sozialer Kämpfe, ihre Form bestimmt durch das Begehren nach einem Leben in Würde. Wir machen den Erfolg unseres Einsatzes für Globale Soziale Rechte nicht abhängig von der „Wohltätigkeit“ der G8. Denn Rechte sind das Resultat sozialer Kämpfe: der Bewegungen zur (Wieder-) Aneignung von Land, Gütern und Freiheit; der Initiativen zur Beschneidung der weltweiten Vormacht der Ökonomie; der Aktionen zur Eroberung politischer Öffentlichkeit; der überall und alltäglich stattfindenden Praxis selbstbestimmter Organisation.

Es ist die Dynamik politischen Protestes, die heute die Frage nach einer anderen Welt aufwirft und die Legitimität von globalen Institutionen wie der G8, aber auch von WTO, IWF und Weltbank in die Krise stürzt. Die Gipfelproteste der Bewegung der Bewegungen, die Aktivitäten globalisierungskritischer Netzwerke wie Attac, die Experimente mit neuen Formen politischer Organisation wie in den Intergalactic Villages, den Sozialforen oder in der autonomen Regierung der Zapatisten liefern die Impulse für eine umfassende Demokratisierung der Weltgesellschaft. Bleibt die konkrete Gestalt einer globalen Demokratie auch unberechenbar und so vielfältig wie die Vorstellungen der Menschen, die sie begründen, so orientiert sie sich doch an klaren Prinzipien: Es geht darum, politische Entscheidungsprozesse zu öffnen und zu dezentralisieren, Souveränität zu teilen und zu vervielfältigen. Nur so können die Stimmen der Ausgeschlossenen als gleichberechtigt vernommen werden,



nur so kann die Selbstermächtigung und Selbstbestimmung von Menschen den nötigen Freiraum erhalten.

Die G8 sind illegitim. Doch wir entlassen die G8-Staaten nicht aus der Verantwortung, solange sie unser Leben mit zu verantworten haben. Ihre Politik beeinflusst das Leben aller Menschen; sie dürfen deren Forderungen und Wünsche nach einer anderen Welt nicht einfach ignorieren. Zum G8-Gipfel 2007 trifft sich die globale Elite recht ungeniert im luxuriösen Ambiente des Kempinski Hotels in Heiligendamm, das im Bundesland mit der höchsten Erwerbslosigkeit und dem niedrigsten Wohlstand liegt. Lassen wir der G8 keine Möglichkeit zur medialen Selbstinszenierung als Retter der Armen. Stellen wir durch unseren Protest und die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten unmissverständlich klar, dass wir ihre Herrschaft nicht weiter dulden werden.

Dieser Aufsatz basiert auf einem Diskussionsbeitrag der AG Globale-Soziale-Rechte von Attac Berlin. Er wurde von der Redaktion teilweise gekürzt und auf seine Verwendung als Einführungstext im Reader angepasst. Der Originaltext ist auf der Webseite der AG www.globale-soziale-rechte.org abrufbar.

Bearbeitung: Kay Schulze



Die Globalisierung der menschlicher Unsicherheit

globale soziale Rechte von Frauen

Christa Wichterich

Der Begriff der menschlichen Sicherheit gewann in entwicklungs-politischen Diskursen genau zu dem Zeitpunkt an Bedeutung, als in den 1990er Jahren offensichtlich wurde, dass die neoliberale Globalisierung ein höchst risikoreiches und krisenanfälliges System ist. Weder die internationalen Finanzinstitutionen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, noch die global mächtigsten Politikmacher der G7 verhinderten, dass menschliche Unsicherheiten globalisiert, soziale Ungleichheiten weltweit vergrößert und materielle Armut und soziale Verelendung zu einer Bedrohung wurden.

Frauen in Lateinamerika und Afrika hatten bereits in den 1980er Jahren die bittere Erfahrung gemacht, dass wirtschaftliches Aufholen und Anpassen an die neoliberalen Spielregeln des Weltmarkts ihre herkömmlichen Strategien der Existenzsicherung und ihre sozialen Sicherungsnetze aushebeln. Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte hatten dramatische Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit: Kürzung der Gesundheits- und Bildungsbudgets bei gleichzeitiger Einführung von „Kostenteilung“, Streichung der Subventionen für Nahrungsmittel und Transport, massive Entlassungen im öffentlichen Sektor. Der Übergang von nicht-marktförmigem Wirtschaften zu marktgerichteter Produktion und exportorientiertem Handel übersetzte sich gleichzeitig in einen Druck auf Frauen, die kleinbäuerliche Produktion von der Selbstversorgung auf markt- oder exportorientierten Anbau umzustellen, oder aber im expandierenden informellen Sek-

tor, in neuen Dienstleistungsbranchen oder den arbeitsintensiven Exportindustrien eine unsichere und schlecht bezahlte Erwerbsarbeit aufzunehmen.

Ihre Integration in die Geld- und Marktwirtschaft mag ein Schritt des individuellen Empowerments gewesen sein, der Risse in den herkömmlichen Geschlechterverhältnissen verursachte. Doch dieser Schritt blieb voller Widersprüche in bezug auf seine Emanzipationspotentiale und mit einem hohem Sicherheitsrisiko behaftet. Die Abhängigkeiten der Frauen von Wettbewerbsrisiken, Konjunkturen und Weltmarktpreisen wuchsen, die Märkte erwiesen sich als stark geschlechtssegmentiert und mit Beschäftigung und Löhnen frauendiskriminierend. Die Marktprinzipien der Individualisierung und des Wettbewerbs zernagten die herkömmlichen familialen und nachbarschaftlichen Unterstützungsnetze, die auf Prinzipien der Wechselseitigkeit beruhten. Doch kein formales Sicherheitssystem schützte die Frauen vor den neuen und alten Lebensrisiken – vom Unfallschutz in den Exportfabriken über Schutz vor HIV/AIDS bis zur Alterssicherung. Stress, Not und Frustration in den Haushalten übersetzten die Männer häufig in Gewalt gegen die schwächeren Familienmitglieder.

Vor allem in den 1990er Jahren und ausgelöst durch die UN-Konferenzen setzte sich Rechtssicherheit als strategisches Konzept für das Empowerment von Frauen durch. Durch Kämpfe und politische Verhandlungen auf der nationalen und internationalen Ebene gelang es in fast allen Kulturen, an formaler Rechtsgleichheit zuzugewinnen: Recht auf ein Erbe und Eigentum, Recht auf Chancengleichheit und Schutz vor Diskriminierung, politische Rechte, Schutz vor Gewalt. Ein begünstigendes legales Umfeld öffnet Frauen Emanzipationschancen als Rechtssubjekte und Staatsbürgerinnen. Trotzdem klafft zunächst einmal zwischen den

in der Legislative errungenen Fortschritten und tatsächlicher Rechtssicherheit oder Garantie auf eine Einlösung dieser Rechte eine Kluft, die meist aufgrund verkrusteten gesellschaftlichen Bewusstseins und zementierter Machtstrukturen und -interessen schwer überwindbar ist.

Im vergangenen Jahrzehnt zerschellten dann in einer Serie von Krisen die Hoffnungen, dass die Globalisierung Win-Win-Situationen für alle schaffen, Teilhabe aller am Konsumwohlstand garantieren und damit bessere Voraussetzung für Rechts- und soziale Sicherheiten schaffen würde. In Süd-Korea zum Beispiel fungierte die Asienkrise als Katalysator für die Informalisierung und Prekarisierung von Beschäftigung, der Frauen aus dem formellen in den unsicheren informellen Sektor verschob. In Indonesien, Thailand und auf den Philippinen schrumpfte auch der informelle Sektor, und Frauen standen unter einem wachsenden Migrationsdruck. Dabei gerieten sie häufig in mafiöse Netzwerke von Schleppern und Frauenhändlern, wurden in sklavenähnliche Ausbeutung, vor allem in die Prostitution verschachert und dadurch jeglicher Sicherheiten beraubt.

Die Handelsliberalisierung gemäß den WTO-Abkommen treibt die Verunsicherung lokaler Ökonomien und nationaler Rechts- und Regulierungsregime noch einmal voran. Mit Zollsenkungen und dem Abbau protektionistischer Maßnahmen werden einheimische Märkte für Investoren und Konkurrenz aus dem Ausland geöffnet, die lokale Wertschöpfungsketten unterlaufen. Billigimporte überschwemmen die örtliche Agrarproduktion, das Handwerk, lokale Industrien und Dienstleistungen. Diese Konkurrenz bedroht Frauen in besonderem Maße, da sie in vielen Regionen die kleinbäuerliche Produktion und den Kleinhandel dominieren. Zunehmende Kommerzialisierung aller natürlichen Ressourcen und die Privatisierung von bislang öffentlich genutzten

Eine andere Welt ist ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht möglich!

Geschlechtergerechtigkeit war von Anfang an in den Statuten von Attac D als politisch-strategisches Ziel verankert und wird theoretisch sicher von den meisten Attacies geteilt. Ebenso ist bei vielen ein diffuses Wissen darüber verbreitet, dass die neoliberale Globalisierung nicht geschlechtsneutral ist, sondern zum einen soziale Ungleichheiten und Geschlechterunterschiede für kapitalistische Verwertung und Gewinnsteigerung nutzt, zum anderen unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer hat. Die politische Praxis von Attac, die Organisationsstrukturen wie auch die politischen Analysen und Kämpfe berücksichtigen die Frage der Geschlechtergerechtigkeit jedoch nur selten.

Ein herrschaftskritisches, emanzipatorisches Projekt darf geschlechtsspezifische Herrschaftsformen nicht ignorieren. Eine basisdemokratische Bewegung muss Geschlechterdemokratie zu einem ihrer Organisationsprinzipien machen. Eine globalisierungskritische Bewegung muss sich auch feministische Globalisierungskritik zu eigen machen. Deshalb wurde auf dem Attac-Ratschlag Ende Oktober in Frankfurt beschlossen, die G8-Mobilisierung als ein politisches Testfeld zu nutzen, um geschlechtssensible Ansätze bei Attac zu stärken. Dazu wurden inzwischen Leitfäden für Veranstaltungen und Publikationen erarbeitet, die helfen sollen, folgende Beschlüsse des Ratschlags umzusetzen:

1. In alle Themen, die Attac im Zusammenhang mit G8 bearbeitet, sollen geschlechtsspezifische Analysen eingebracht werden.
2. Attac strebt an, dass bei allen von uns organisierten Veranstaltungen, vor allem auf den Podien, mindestens 50% Frauen teilnehmen.
3. Bei der Evaluierung von G8 auf der nächsten Sommerakademie soll speziell darauf geachtet werden, ob dem Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit Rechnung getragen wurde.

In der G8-Mobilisierung eignen sich folgende Themenkomplexe besonders dazu, eine Geschlechterperspektive zu integrieren und die bereits vorhandenen feministischen Analysen zu nutzen:

- Arbeit: geschlechtshierarchische und internationale Arbeitsteilung, Deregulierung und Informalisierung der Erwerbsmärkte
- Armut: Feminisierung der Armut und Armutsbekämpfung
- Sozialabbau und doppelte Privatisierung: Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Verschiebung öffentlicher Aufgaben an die Privathaushalte
- Handelsliberalisierung: konzerngesteuerter Freihandel auf Kosten von KleinbäuerInnen, KleinhändlerInnen, einheimischer Industrien, DienstleisterInnen etc.
- Migration: Feminisierung der Migration und der Rücküberweisungen
- Entwicklungsfinanzierung und Mikro-Kredite für Frauen

Wäldern, Weiden und Gewässern ziehen den Armen auf dem Land die (Über-)Lebensgrundlagen (*livelihood*) förmlich unter den Füßen weg.

Auf den Erwerbsmärkten besteht weltweit ein Trend, formale, d.h. vertragsrechtlich gesicherte Beschäftigungsverhältnisse abzubauen, um durch Kostensenkung die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die expandierende Informalisierung und Prekarisierung von Arbeit geht einher mit der Feminisierung der Beschäftigung: die Erwerbsrate von Frauen wächst schneller als die von Männern. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation bleibt die Mehrzahl der Frauen in unsicherer, flexibler, schlecht bezahlter und Teilzeitbeschäftigung „kleben“. Diese Formen von Erwerbsarbeit, aus denen sich weder Einkommens- noch soziale Sicherheit ableiten, sind der Hauptgrund, warum nach ILO-Angaben 60 Prozent der *Working Poor* Frauen sind. In Europa werden Beschäftigung, Einkommen und soziale Sicherheit durch Deregulierung und Sozialabbau gleichzeitig prekarisiert. In Osteuropa und China verschlechterte sich die zuvor staatlich garantierte soziale Sicherheit von Frauen alarmierend. In vielen asiatischen Ländern kommt es bereits zu einer Defeminisierung der Exportindustrie wegen der Produktionsverlagerungen nach China. Der globale Wettbewerb der Standorte führt dazu, dass die Job- und Einkommensgewinne von heute morgen schon wieder verloren sein können. Die globale Kostensenkungskonkurrenz hebt im Norden und Süden, im Westen und Osten jede Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit aus.

Durch die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme mit privaten Kranken- und Rentenversicherungen, wird soziale Sicherheit von der individuellen Kaufkraft abhängig und aus der staatlichen Verantwortung für das Gemeinwohl in die Eigenverantwortung der Einzelnen verlagert. Gesundheit, Bildung, Alterssicherheit wandeln sich von öffentlichen Gütern zum privaten Luxus der Zahlungskräftigen. Wo es aber dem Markt und dem Geld überlassen wird, Lebensrisiken abzufedern und Schutz vor Gefahren zu schaffen, kann menschliche Sicherheit kein globales öffentliches Gut werden, auf das alle WeltbürgerInnen gemäß der Norm sozialer und globaler Gerechtigkeit - einschließlich Geschlechtergerechtigkeit - einen Anspruch haben. Vielmehr wird soziale Sicherheit auf diese Weise zu einem Produkt von marktgesteuerten



Verteilungsmechanismen und nicht zu einem Ergebnis von Solidarität und Gerechtigkeit. Märkte aber, die dem neoliberalen Regelregime unterstehen, – dies hat die Globalisierung gezeigt – verteilen Ressourcen, Rechte, Beschäftigung, Einkommen und Sicherheiten höchst ungleich. Auf den Märkten wird um Eigentum, Ressourcenkontrolle, Zugang zu Wohlstand und Sicherheiten konkurriert. In diesem Wettbewerb ziehen die Schwachen den Kürzeren, die Starken werden gestärkt.

Diese Spielregeln der Weltwirtschaft werden durch die neoliberale Politik der global mächtigsten Akteure durchgesetzt: durch die Weltbank mit ihrer Wachstums- und Privatisierungsfixierung, durch den IWF mit seiner rücksichtslosen Verschuldungs- und Finanzpolitik, durch die WTO mit ihrer Investitions- und Freihandelsbesessenheit, durch die G8, die den Kurs von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung mit wenig Rücksichten auf soziale Rechte und menschliche Sicherheiten und mit wenig Rücksichten auf demokratische Verfahren forciert. Die Politik der global einflussmächtigsten Regierungen erklärt die Mechanismen des transnationalen kapitalistischen Markts zu Sachzwängen, denen gehorcht werden muss, und stellt sich selbst damit

zunehmend in den Dienst der Wirtschaft bzw. der Interessen des transnationalen Kapitals.

Doch die Herstellung und Verteilung von Wohlstand und menschlicher Sicherheit dürfen nicht den Märkten überlassen bleiben. Frauen müssen in diesem globalen Risikosystem durch ein multidimensionales Sicherungssystem empowert werden, dass auf Anspruchs- und Schutzrechten beruht, auf legitimen Anrechten, Zugang zu Ressourcen, nachhaltigen Lebensgrundlagen und Daseinsvorsorge zu haben. Der Ort des Geschehens dafür ist nicht der Markt, sondern die Demokratie

und eine gemeinwohl- und gerechtigkeitsorientierte Politik. Die muss sowohl auf nationalstaatlicher Ebene als auch von den Global Governance Regimen eingefordert werden.

In Bezug auf Geschlechtergleichheit und die Unterstützung von Frauen sind Mehr-Ebenen-Strategien notwendig. Frauen sollten - und sie müssen - auf der Mikro-Ebene empowert werden, damit sie selbst ihre praktischen und strategischen Interessen und ihre Rechte in Kämpfen um Ressourcenkontrolle, in gewerkschaftlicher Organisation und lokalen politischen Verhandlungen erstreiten können. Gleichzeitig aber muss verhindert werden, dass auf der lokalen, nationalen und globalen Ebene neoliberale Politiken und Institutionen die sozialen Spaltungen und Polarisierungen vorantreiben, und den Schwachen in den Gesellschaften und damit der Mehrzahl der Frauen Rechte und soziale Sicherheiten vorenthalten.

Lebensrisiken werden zu keiner Zeit auszuschließen sein. Doch in einer Welt, die noch nie über einen solchen Güter- und Ressourcenreichtum verfügte, wie die heutige, sollten und könnten grundlegende Sicherheiten im Leben von einer gemeinwohlorientierten Politik als globale soziale Rechte umgesetzt werden.



In der Broschüre „Globalisierung und Krieg“ (hrsg. von der Informationsstelle Militarisation & Attac) erläutern namhafte AutorInnen der Friedensbewegung die militärischen Absichten der G8-Staaten – und wie wir dagegen aktiv werden können.

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

G8 und die Militarisation der Welt
von Tobias Pflüger

Konzernmacht G8 - Eine Kritik der Konzernagenda der deutschen G8-Präsidentschaft
von Lydia Krüger

Die „Friedenspolitik“ der G8: Verarmen – Aufrüsten - Intervenieren
von Claudia Haydt

Neoliberale Geopolitik - Transatlantische Konzepte zur militärischen Absicherung der Globalisierung
von Jürgen Wagner

Gipfel der Repressionen
von Andrea Anton

G8 und Migration. Der aktive Abbau der Menschenrechte und die militärische Kontrolle der Armut
von Christoph Marischka

Von der Heide bis zum Strand. G8 und Militarisation
von Aktivistinnen der Berliner Koordinierung „G8 + Krieg“

Der Reader ist 52 Seiten dick und kostet nur 2 Euro.

Erhältlich im Attac-Webshop unter www.attac.de/material oder zum Download unter www.attac.de/g8

Geschichte der Gipfelproteste

von Pedram Shahyar

Geschichtlicher Abriss der Gipfelproteste

Proteste gegen die Gipfel der globalen Elite haben eine lange Tradition: 1984 demonstrierten in Bonn zum ersten Mal 20.000 Menschen gegen den damals so genannten „Weltwirtschaftsgipfel“ der größten Industriestaaten G 7. In Berlin kam es 1988 zu größeren und heftigen Protesten gegen das Treffen des Internationalen Währungsfonds IWF und ein Jahr später waren in Paris bereits 100.000 Menschen gegen den G 7-Gipfel auf der Straße. Der Kampagne der „Euromärsche“ gelang es, Mitte der Neunziger Jahre die ersten europäischen Großdemonstrationen zu organisieren.

Seit den Protesten gegen die Milleniumsrunde der Welthandelsorganisation WTO in Seattle bekamen die Proteste gegen die Gipfeltreffen der globalen Elite eine neue Bedeutung – sie wurden zum Geburtsort und Schauplatz einer neuen Bewegung: sie wurden zum zentralen Austragungsort der Globalisierungskritik.

Die Proteste in Seattle 1999, die der Spiegel „das erste Gewitter, das über den Kapitalismus des 21. Jahrhundert hereinbrach“ nannte, waren der Startschuss. Das Scheitern der WTO-Runde, die aufgrund der so genannten „battle of Seattle“ einen Tag später anfangen musste, war sicherlich auch den Protesten geschuldet. Dies ermunterte Menschen auf der ganzen Welt, gegen den Neoliberalismus aufzubegehren. Die Bewegung zog mit den Gipfeln der Eliten um den Globus – das World Economic Forum in der Schweiz im Januar des darauf folgenden Jahres wurde ebenso von Tausenden DemonstrantInnen blockiert wie die Tagung des IWF in Washington. Nordamerika war zum Beginn der Bewegung das Kernland der Gipfelmobilisierungen. In der Tradition der Sechziger Jahre wurden nun auch die zentralen Parteitagveranstaltungen der Republikaner und der Demokraten im Wahljahr 2000

(Conventions) mit massiven Protesten und Blockaden begleitet. Gegen den Gipfel der FTAA (Free Trade Association of America) demonstrierten Zehntausende im kanadischen Québec, viele DemonstrantInnen gelangten in die abgesperrte „Rote Zone“ um das Konferenz-Zentrum. Auch in Asien begannen zu dieser Zeit Gipfelproteste. In Europa erhob sich die erste größere Gipfelmobilisierung anlässlich der Tagung von IWF und Weltbank in Prag im Herbst 2000. Dort füllten 30.000 Menschen aus ganz Europa die Prager Innenstadt und gelangten trotz massiver Polizeipräsenz sehr nah an das Konferenz-Zentrum. In Nizza kam es beim darauf folgenden EU-Gipfel zum ersten Mal auch zu größerer Beteiligung von GewerkschafterInnen, als 100.000 Menschen demonstrierten.

Im Sommer 2001 gelang der globalisierungskritischen Bewegung entlang mehrerer Gipfelmobilisierungen ihr Durchbruch in Europa. Sogar im österreichischen Salzburg demonstrierten 2000 Menschen gegen das WEF Treffen und setzten sich über ein Demonstrationsverbot hinweg, um bis auf 70 Meter an das Konferenz-Zentrum zu gelangen. In Göteborg demonstrierten wiederum Zehntausende gegen den EU-Gipfel. Beim Versuch, in die Nähe des Konferenz-Zentrums zu gelangen, wurde zum ersten Mal bei den neuen Gipfelprotesten seitens der Polizei scharf in die Menge geschossen und ein Demonstrant schwer verletzt. Beim G8-Gipfel in Genua kam es Ende Juli 2001 zum Höhepunkt globalisierungskritische Gipfel-Mobilisierungen. Ein breites Bündnis von Gewerkschaften über Kirchen bis hin zu der neuen Linkspartei mobilisierte bei starker internationaler Beteiligung 300.000 Menschen auf die zentrale Demonstration. Unmittelbar vor diesem Gipfel war in Italien eine rechte Regierung unter Berlusconi und mit der Beteiligung der rassistischen Lega-Nord (angeführt von Bossi) und der postfaschistischen Alleanza Nazionale (angeführt von Fini) an die Macht gekommen.



Die entscheidende Voraussetzung des Erfolges der Mobilisierung in Genua war, dass es in Italien gelang, die Stimmung gegen die neue rechtskonservative Regierung mit der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel zu verbinden.

Die rechte Regierung zeigte in jenen Tagen aber auch das hässlichste Gesicht der globalen Elite. Die DemonstrantInnen wurden massiv von der Polizei angegriffen und wahllos zusammengeschlagen. Quasi die gesamte Innenstadt wurde, unter anderem von Hubschraubern aus, unter Tränengas gesetzt. Am Vorabend der großen Demonstration wurde der 21 jährige Carlo Giuliani, Linksaktivist und Sohn eines Gewerkschafters, von der italienischen Sonderpolizei mit einem Schuss in den Kopf getötet. Für einen weltweiten Skandal sorgte auch der Übergriff der Polizei nach der Demonstration auf die Diaz-Schule, in der friedliche DemonstrantInnen übernachteten. Dutzende wurden im Schlaf blutig geschlagen – die Rede von der „chilenischen Nacht“ machte die Runde.

Die Brutalität der italienischen Polizei (damals unter der persönlichen Leitung des Mussolini-verehrenden Innenministers Fini), die symbolisch für die G8 stand, schaffte es aber nicht, die Bewegung zu brechen – im Gegenteil: Den G8, als einer Institution, die für sich den Anspruch einer Art Weltregierung erhebt, aber solche Brutalität zeigen musste, wurde durch diese Vorfälle ein gutes Stück Legitimität entzogen. Die Stärke der Proteste und der Skandal um die Repression in Genua popularisierte im Nachhinein die globalisierungskritische Bewegung in weiteren Kreisen. In den kommenden Wochen erlebte z. B. Attac in Deutschland ihren kometenhaften Aufstieg. Attac wuchs von einer Organisation mit ein paar hundert Mitglieder vor Genua bis zum Ende des Jahres auf mehrer tausend Mitglieder an und war in aller Munde.

Viel schwieriger wurde für die Bewegung die Zäsur, die nach dem 11. September 2001 einsetzte. Die patriotische Stimmung in den USA führte zu starker Distanzierung der Gewerkschaften von der Bewegung. Die neuen Sicherheitsgesetze und die Atmosphäre der Angst erlaubten es der Polizei, in der Folgezeit alle Gipfel-Demonstrationen mit massiver Repression bereits im Keim zu ersticken.

In Europa aber konnte die Bewegung nicht gebrochen werden. Im Dezember 2001 gegen den EU-Gipfel in Brüssel und im Sommer 2003 gegen den G8-Gipfel im südfranzösischen Evian waren wieder annähernd 100.000 Menschen auf der Straße. Neben den G8 ist es vor allem die WTO,

deren Gipfel weltweit, wie in Cancun 2003 oder Bangkok 2005, zu Schlüsselereignissen globalisierungskritischer Proteste geworden sind.

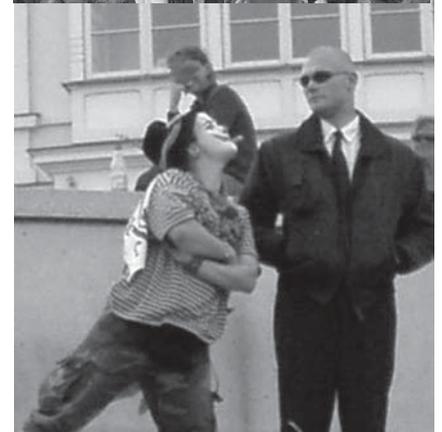
Gipfelproteste sind seit Seattle zu einem Ort des Kräftemessens zwischen der globalen Elite und einer neuen globalisierten Zivilgesellschaft geworden. Mit Masse, Argumenten und zivilem Ungehorsam wurde den Institutionen der globalen Elite die Legitimität entzogen. Die Eliten bemühen sich, mit einer neuen Agenda zu reagieren, indem sie in ihrer Rhetorik die Eliten die Belange der Proteste aufnehmen. Argumentsbekämpfung und Afrika kamen nun auf die Tagesordnungen. Jenseits der Reden und der Versuche einer verbalen Vereinnahmung geht ihre Politik jedoch faktisch weiter wie bisher.

Globalität der neuen Bewegung

Die Gipfelproteste sind der signifikanteste Ausdruck der neuen Bewegung geworden. Sie weisen auf zwei Ebenen die Muster einer echten, und nicht nur proklamierten, globalen Bewegung auf.

Erstens fokussieren sie auf transnationale Institutionen. Die gesamte Globalisierungsdiskussion der Neunziger Jahre war vom Macht- und Einflussverlust der Nationalstaaten geprägt. Die neoliberale Argumentation verwies auf die Allmacht der globalen Märkte und behauptete, es wäre unmöglich, eine Politik gegen sie zu machen, weil es durch den Machtverlust der Nationalstaaten keine Regulierungsinstanzen mehr gebe. Auch wenn vieles vom Gerede über die Machtlosigkeit der Nationalstaaten überzogen ist, ist die Realität einer neuen Qualität von globalisierten Märkten nicht zu leugnen. Am deutlichsten wird diese neue Qualität bei den Finanzmärkten, wo jeden Tag Umsätze über den Globus kreisen.

Doch ist es ein neoliberaler Mythos, dass es keine Steuerung mehr gebe, dass diese Art der ökonomischen Globalisierung eine Art gottgegebenes Schicksal sei! Mehr und mehr verlagert sich die politische Entscheidungsgewalt auf die supranationale Ebene. Institutionen wie WTO, IWF und G8 betreiben nichts anderes als Welt-Wirtschaftspolitik. Globalisierung wird gemacht! Vor allem durch ebendiese supranationalen Institutionen. Dazwischen wachsen überregionale Gebilde wie die EU und NAFTA. Diese sind in ihrer Politik ungleich und in ihrer Form undemokratisch – und sie organisieren die Weltwirtschaft





tagtäglich durch ihre Politik.

Diese Institutionen ins Visier zu nehmen, ist eine Kernaufgabe der Globalisierungskritik. Dem neoliberalen Märchen von der Ohnmacht gegenüber den globalen Märkten wurde so die Idee entgegen gesetzt, eine andere, gerechte Globalisierung möglich zu machen.

Diesen globalen Steuerungsinstanzen setzte sich, und das ist der zweite substantielle Aspekt der Gipfelproteste, eine internationale Bewegung entgegen. Auf den Gipfelprotesten gelang es, überregionale Beteiligung zu organisieren. Menschen aus verschiedenen Ländern, verschiedenen Generationen und verschiedenen politischen Traditionen trafen sich. Das Globale unserer Anliegen war auf diesen Protesten nicht nur ein Wort, sondern wurde sichtbar und fühlbar!

Die neuen Medien, vor allem das Internet, ermöglichten eine neue Gleichzeitigkeit. Wenn irgendwo auf der Welt gegen G8-Gipfel demonstriert wurde, wussten andere binnen Sekunden, was dort geschah. Seattle war auch die Geburtsstunde von Indymedia (www.indymedia.org), einem von unten organisierten Internetportal, in dem die AktivistInnen bei den Gipfelprotesten live von den Ereignissen berichteten. Auch das Fernsehen übertrug, wenn auch sehr stark aus Sicht der Eliten und der Polizei, die Bilder der Protestierenden quer durch die Welt: „The whole world ist watching“ war ein beliebter Spruch auf den Demonstrationen. In Europa konnten wir verfolgen, wie die Menschen in den USA oder Asien gegen die gleichen Institutionen kämpfen wie wir.

Die Muster der neuen Bewegung

Gipfelproteste waren Orte, an denen sich die neuen Strukturen und neuen Methoden der frischen Bewegung entwickelten und bewährten.

Neben der Globalität zeichnete sich die neue Bewegung durch eine besondere Pluralität und Konsenskultur aus. „Teamster and Turtles Unite“ hieß es in Seattle – Teamster sind die LKW-FahrerInnen und Turtles waren die als Schildkröten verkleideten jungen UmweltschützerInnen. Diese Koalition von Gewerkschaften, Umweltbewegung, AnarchistInnen, Verbraucherschutz und RadikaldemokratInnen war gerade in den USA sehr besonders. Sie war aber auch eine Gegenreaktion auf globale Institutionen, die in fast alle Lebens-

bereiche hineinwirken. Beispielsweise hätten die Maßnahmen der WTO die Arbeitsrechte in Frankreich genauso betroffen wie den Schutz der Wälder in Kanada und die zunehmende Armut in den Ländern des globalen Südens. So sorgten die grenz- und politikfeldüberschreitenden Entscheidungen der supranationalen Institutionen für eine neue Zusammenarbeit unterschiedlicher Bewegungen.

Um mit dieser so breiten Koalition agieren zu können, war aber eine andere Art des politischen Umgangs miteinander gefragt, als man sie von der traditionellen Linken kannte. Konsenskultur in der Globalisierungsbewegung bezeichnet einen Umgang miteinander, der diese Pluralität und Differenzen nicht als zu überwindendes Problem sieht, sondern als Stärke. Es geht nicht mehr darum, wer sich gegen wen durchsetzt, sondern wie wir voneinander lernen. Konsenskultur bedeutete in der Praxis, dass, wenn ein Mensch A mit der Position X sich mit einem Menschen B mit der Position Z unterhält, am Ende der Diskussion A nicht mehr bei X und B nicht mehr bei Z sind, sondern sie etwas voneinander übernommen haben.

Diese Kultur ist die Voraussetzung einer Kritik des Neoliberalismus, der als gesellschaftliches Phänomen alle Lebensbereiche betrifft und jeweils spezifische Formen von Leid und Unterdrückung produziert. Diese Kultur ermöglicht es, ein gemeinsames Bild zu erarbeiten und zu gemeinsamen Schritten zu kommen. Zudem entschleunigt sie politische Prozesse und ermöglicht die Beteiligung jedes Einzelnen. Gipfelproteste bieten sich als Ort an, wo Globalität, Pluralität und Konsenskultur sowohl bei der Diskussion als auch in konkreten Aktionen Wirklichkeit werden können.

Genua: Erfolg und Wendepunkt

Genua war, wie erwähnt, der bisherige Höhepunkt der Gipfelmobilisierungen. Dieses Ereignis war für die Bewegung in Europa aber auch ein Wendepunkt. Erstens waren die Proteste so stark, dass sie schwer zu übertreffen sind. Neben den 300.000 Menschen auf der Demo hatte es zuvor Aktionen des zivilen Ungehorsams mit mehreren zehntausend Menschen sowie eine Massendemonstration für die Rechte der MigrantInnen gegeben. Auch wenn die Gipfelproteste weitergingen, hatten sie in den kommenden Jahren nicht mehr

diese immense Bedeutung. Zum einen sind solche großen Gipfelmobilisierungen sehr aufwendig, zum anderen wurden die Umsetzungen des neoliberalen Programms immer auch vor Ort konkret. Es galt also, globalisierungskritische Netzwerke und Projekte auch vor Ort zu stemmen. „Lokalisieren“ der Bewegung war nun das Gebot der Stunde. Nach und nach entstanden viele Initiativen, einige veränderten sich schon wieder. In Italien kam es nach Genua zu einer neuen Qualität der Zusammenarbeit der sozialen Bewegungen: das Land erlebte eine starke außerparlamentarische Bewegung mit mehreren Mega-Demonstrationen gegen die rechtsgerichtete Regierung, bei denen Millionen Menschen auf der Strasse waren.

Auch waren in Genua die Grenzen der aktionistischen Konfrontation mit den Gipfeln der globalen Eliten sichtbar geworden. So erhielt die Schaffung von eigenen Räumen eine größere Aufmerksamkeit.

Unmittelbar nach den Protesten in Seattle im Januar 2000 fand in Porto Alegre in Brasilien das erste Weltsozialforum statt. Das WSF verstand sich als ein offener Raum der globalen sozialen Bewegungen, in dem Austausch, Koordination und gemeinsame Aktionen stattfanden. Diese Idee der eigenen Foren wurde immer häufiger umgesetzt, sie tagten sowohl jährlich auf globaler Ebene parallel zum WSF, zunehmend aber auch lokal. Im Herbst 2002 kam es zum ersten europäischen Sozialforum in Florenz, im Sommer 2005 zum ersten Sozialforum in Deutschland und in vielen Orten gründeten sich lokale Sozialforen. Die Proteste gegen die Gipfel erschöpfen sich also nicht im reinen Protestereignisse zu sehen, sondern dienen auch als Ort, von dem aus die lokalen Initiativen ein gemeinsames Projekt verwirklichen, dadurch global sichtbar werden und Stärke schöpfen können für ihre Arbeit vor Ort.

Ziviler Ungehorsam

Kennzeichnend für die neuen Bewegung und die Gipfelproteste waren massenhafte Aktionen des zivilen Ungehorsams. Mit Blockaden wie z.B. in Seattle oder durch das Eindringen in die abgesperrten Roten Zonen um die Gipfelzentren wurde versucht, die Gipfel zu stören oder gar zu verhindern.

Wiederum waren die Ereignisse in Seattle hier der Antriebsmotor. Aktionsgruppen, bestehend aus vorwiegend jungen Menschen, hatten sich sehr lange auf diesen Gipfel vorbereitet. Die Polizei war von der Stärke der Proteste überrascht und reagierte mit Härte – die AktivistInnen wurden mit Tränengas und Schlagstöcken angegriffen, ließen sich aber nicht vertreiben, Kreuzung für Kreuzung wurde weiter und wieder blockiert. Die großen Demonstrationen der Gewerkschaften waren außerhalb der Innenstadt. Doch sehr viele setzten sich von der offiziellen Demonstrationsroute ab und kamen in die Innenstadt – „to support the kids“, so eine ältere Gewerkschaftsaktivistin mit spanischem Akzent. Diese spontane Allianz in Aktion zwischen junge AktivistInnen und den GewerkschaftlerInnen machte es der Polizei ungemein schwer, die Blockaden aufzulösen. Die Tagung begann, wie erwähnt, erst einen Tag später und die Zeitung „Washington Post“ resümierte: „Protest clash the WTO“. Sicher waren es nicht die Proteste alleine, die die WTO-Tagung zum Abbruch zwangen, sondern auch deren interne Spannungen. Allerdings wurden auch diese inneren Widerstände, vor allem seitens der kleineren Staaten in der WTO, durch die Proteste unterstützt und verschärft.

Die Erfahrung aus Seattle ermunterte den massenhaften zivilen Ungehorsam auf den kommenden Gipfelprotesten. Ziviler Ungehorsam ist ein Konstitutionsmoment der neuen globalen Bewegung, insbesondere der neuen jungen globalisierungskritischen Generation. Ziviler Ungehorsam und Rechtsbruch sind dann legitim, wenn die Gesetze sich über die Würde der Menschen

hinwegsetzen. Ferner ist Ungehorsam eine Möglichkeit, den Protest gegen die demokratische Illegitimität der globalen Institutionen zum Ausdruck zu bringen. Diese demokratische Illegitimität der transnationalen Institutionen korrespondiert mit der Erfahrung in Europa, dass sich alle großen Parteien in den letzten Jahren der neoliberalen Politik verschrieben haben. Ein Politikwechsel ist im Rahmen dieses politischen Systems nicht vorstellbar. In dem Moment, wo im Rahmen des politischen Systems keine Veränderungsmöglichkeiten bestehen, ist Ohnmacht und Resignation oft die Folge. Ziviler Ungehorsam gibt hier den Menschen die Möglichkeit, außerhalb des politischen Systems zu Akteuren zu werden, die in das politische Geschehen aktiv und verändernd eingreifen können. Das beste Beispiel ist der Irak-Krieg, wo es im Rahmen des politischen Systems nicht denkbar war, dass die Logistik des Krieges in Deutschland still gestellt würde. Statt dessen begann die Bewegung, die amerikanischen Militärbasen zu blockieren – also aktiv und verändernd ins Kriegsgeschehen einzugreifen. Repräsentative Demokratie macht viele Menschen zu politischen Objekten. Durch Ungehorsam gewinnen wir ein Stück Handlungsmacht als politische Subjekte wieder.

Die Aktionen zeigten aber auch die Grenzen der aktionistischen Konfrontation. Jede Militarisierung der Bewegung, in dem Sinne, dass man sich nur noch auf die Polizei fokussiert, sich immer besser gegen sie rüstet und dadurch die Spirale der physischen Konfrontation nach oben dreht, kann die Bewegung nur verlieren. Ungehorsam ist dann ein erfolgreiches Moment der Bewegung, wenn er sich als ein politisches Instrument zur Durchsetzung der allgemeinen Anliegen der Bewegung versteht: Von Anliegen, die nicht nur von den Ungehorsam Leistenden, sondern von sehr sehr vielen Menschen geteilt werden.



Globalisierungskritik 2.0

Wem gehört die Welt?

Warum Gipfelproteste heute wichtiger sind denn je.

von Chris Methmann und Martin Schmalzbauer¹

**„...und der Arme sagte bleich:
Wär' ich nicht arm, wärst du
nicht reich.“**

Bertold Brecht

„Eine andere Welt ist möglich!“- mit diesem Slogan trat die globalisierungskritische Bewegung einst gegen die Herrschaft des Neoliberalismus auf den Plan. Die Demonstrationen in Seattle 1999, Genua 2001 oder Cancún 2003 standen im Zeichen der Ablehnung einer Globalisierung, die alles dem Markt unterordnet. Mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm steht wieder ein solches „Großereignis“ der Bewegung vor der Tür. Doch es scheint, als wäre im Gipfeljahr 2007 einiges anders. Wenn Kritik an den „Schattenseiten der Globalisierung“ selbst auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos zum guten Ton gehört, wenn sogar Kanzlerin Merkel von der „sozialen Ausgestaltung der Globalisierung“ spricht, zeigt sich, dass Globalisierungskritik nicht mehr gleich Globalisierungskritik ist. Ist es nicht ein Zeichen des Erfolges, wenn jetzt selbst die Herrschenden globalisierungskritische Rhetorik pflegen? Wofür brauchen wir denn überhaupt noch Globalisierungskritik im Jahre 2007? Auch wenn sich ohne Zweifel einiges geändert hat, halten wir Kritik an der Globalisierung heute für notwendiger denn je!

Wozu noch Globalisierungskritik?

Niemals zuvor war der Graben zwischen Taten und Worten der Herrschenden so groß.

Statt uns den Wahlspruch der Neoliberalen „There is no Alternative!“ – es gibt keine Alternative zum Neoliberalismus – weiter ungeschminkt vorzubeten, verstecken die Herrschenden ihre unverändert neoliberale Politik nun hinter sozialer Rhetorik. Wenn es aber tatsächlich um eine „soziale Ausgestaltung“ geht, warum drängt die EU dann weiter aggressiv auf die Öffnung der Märkte des Südens? Wenn es wirklich um Wohlstand für alle geht, warum werden dann im Namen der Wettbewerbsfähigkeit kontinuierlich soziale Errungenschaften heruntergefahren? Wenn es wirklich um den Schutz des Klimas geht, warum wird dann im Zuge der größten Privatisierung der bundesrepublikanischen Geschichte die umweltfreundliche Bahn verramscht? Selten zuvor wurde so offensichtlich Wein gepredigt und Wasser gereicht.

Die Veränderungen in der Rhetorik von PolitikerInnen verweist dabei durchaus auf Erfolge der globalisierungskritischen Bewegung. Die Hegemonie der Neoliberalen ist angekratzt. Nur in der Praxis tut sich reichlich wenig. Die Erfahrung der vergangenen G8-Gipfel, als sich beispielsweise Tony Blair vor zwei Jahren in Gleneagles medial als Retter der Armen inszenierte, zeigt, wie sehr gerade im Rahmen der Gipfelproteste eine Präzisierung und ein Weiterdenken von Globalisierungskritik nötig sind.

Und noch aus einem anderen Grund ist konsequente Globalisierungskritik heute wichtiger denn je. Selbst die neue soziale Rhetorik liegt schief. Wenn eine Kanzlerin von der „sozialen Ausgestaltung der Globalisierung“ spricht, dann steht zwischen den Zeilen: Neoliberale Globali-

sierung an sich ist gut, nur müssen wir sie besser „managen“. Damit geht die Diskussion völlig an dem vorbei, was den Kern von neoliberaler Globalisierung ausmacht:

Armut und Reichtum

Neoliberale Globalisierung treibt die globale Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander.

Die Zahlen sprechen für sich: Das Vermögen der Dollarmillionäre beträgt mehr als 33,3 Billionen US-Dollar. Bis 2010 wird dieser Betrag vermutlich auf 44,6 Billionen ansteigen. Gleichzeitig leben noch immer 1,2 Mrd. Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag; weitere 1,6 Milliarden Menschen müssen mit einem Einkommen von zwei Dollar auskommen. Besonders sticht hier die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern hervor: Obwohl Frauen weltweit 70% der Arbeit leisten, erhalten sie nur 10% der Einkommen und besitzen 1% des globalen Vermögens (Quelle: UNO 2000).

Auch in der Bundesrepublik weitet sich der Graben: Zwischen 1998 und 2003 stieg die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze² leben, um 11,5% auf ca. 11 Millionen an. Hiervon sind 3 Millionen Menschen arm trotz Arbeit („working poor“), eine halbe Million mehr als 1998. Gleichzeitig wächst das Gesamtvermögen in Deutschland stetig und beträgt nun über 10 Billionen Euro. Davon befindet sich fast die Hälfte in den Händen der oberen zehn Prozent der Gesellschaft (Tendenz: steigend). Selbst die Bundesregierung kommt nicht umhin zuzugeben: „Deutschland ist ein reiches Land. [...] Die Privatvermögen in Deutschland sind allerdings sehr ungleichmäßig verteilt.“

Gerade auch wegen des wachsenden Widerstandes ist die öffentliche Debatte über Armut in dieser Gesellschaft unüber-

hörbar geworden. Das ist erfreulich, bringt aber nichts, wenn nicht gleichzeitig die unglaubliche Anhäufung von Reichtum zum Thema gemacht wird, die mit der wachsenden Armut einhergeht. Sich ernsthaft mit Globalisierung auseinanderzusetzen, bedeutet also die Frage zu stellen: „Wem gehört der Reichtum?“

Umwelt

Neoliberale Globalisierung zerstört die Umwelt.

Beispiel Klimawandel: Von den Folgen der globalen Erwärmung sind hauptsächlich die Armen betroffen. In New Orleans war es die Unterschicht, die unter dem ungewöhnlich starken Hurricane Katrina leiden musste. Und in Afrika leben 70% der Menschen von einer Landwirtschaft, die akut vom Klimachaos bedroht ist. Dies macht besonders den Frauen das Leben schwer, denn sie sind es, die für die Versorgung der Familien mit Wasser und Nahrung zuständig sind.

Das Klimachaos ist damit radikaler Ausdruck wachsender globaler Ungleichheit: Während die Armen leiden, gehen die Ursachen der Klimakatastrophe auf das Konto der Reichen. Fast die Hälfte des gegenwärtigen Treibhausgas-Ausstoßes geht auf das Konto der G8; historisch gesehen stammen 85% des Klimagases CO₂ in der Atmosphäre aus den Industriestaaten. Und der rasante Anstieg des Welthandels und eine einseitig auf Wachstum gerichtete Politik heizen das globale Treibhaus weiter an. Sich wirklich mit Globalisierung auseinanderzusetzen heißt also die Frage zu stellen: „Wem gehört der Himmel?“

Wissen

Neoliberale Globalisierung treibt die private Aneignung des Wissens voran.

Im Zuge der WTO und des TRIPS-Abkommens in der WTO wird Wissen privatisiert, also der Öffentlichkeit entzogen und privater Kontrolle unterworfen. Geschützt werden so genannte „geistige Eigentumsrechte“, nicht aber der freie Zugang der Menschen zu Kenntnissen und Wissen. Dies hat fatale Folgen, wenn beispielsweise Pharmakonzerne unter Verweis auf „intellektuelles Eigentum“ den Vertrieb bezahlbarer Arzneimittel in den Ländern des Südens blockieren (Beispiel: HIV/AIDS) oder durch die Patentierung von Pflanzen das traditionelle Wissen

indigener Gemeinschaften enteignet wird. Auch Bildung wird zunehmend zur Ware. Schulen und Universitäten werden im Dienste des ökonomischen Wettbewerbs umstrukturiert. In einer zunehmend wissensbasierten Ökonomie wird der Zugang zu Wissen zur immer relevanteren Machtfrage. Globalisierungskritik muss also heute fragen: „Wem gehört das Wissen?“

Demokratie

Neoliberale Globalisierung untergräbt demokratische Gestaltungsmöglichkeiten.

Privatisierungen und die Deregulierung von Welthandel und Finanzmärkten engen die Gestaltungsspielräume der Regierungen ein – vom Einfluss der BürgerInnen ganz zu schweigen. Im globalen Markt wandeln sich auch die europäischen Sozialstaaten zu „nationalen Wettbewerbsstaaten“ (Joachim Hirsch): Wer etwas vom Kuchen abhaben will, muss wohl oder übel den KapitalbesitzerInnen gefallen. Der Einfluss der Global Player auf die Politik ist somit größer denn je. Für die Wünsche der Menschen und ihre Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaften bleibt ebenso wenig Platz wie für die vielbeschworene „soziale Ausgestaltung“ dieser zutiefst unsozialen Prozesse. Dabei waren und sind es politische Entscheidungen, die Märkte und Konzerne von demokratischer Kontrolle befreit haben – besonders die G8 hatten und haben hier entscheidenden Einfluss. Globalisierung ist somit kein naturgesetzlicher Prozess, sondern Ergebnis einer entdemokratisierenden falschen Politik, die unsere Gemeinwesen privaten Profitinteressen unterordnet. Wer nicht zusehen will, wie Demokratie durch unkontrollierte Reichtumskonzentration zunehmend zur Farce wird, muss im Zuge der Globalisierung die Frage stellen: „Wer gestaltet die Welt?“

Globalisierungskritik revisited

Diese wenigen Beispiele zeigen deutlich: Es fehlt nicht nur an einer „sozialen Ausgestaltung“ der Globalisierung, Globalisierung läuft grundsätzlich falsch. Ihre GestalterInnen – maßgeblich die Regierungen der G8 - ordnen Mensch, Umwelt und Demokratie den Profitinteressen unter. Sie verteilen die Welt neu. Was heißt diese Erkenntnis für die Globalisierungskritik im Jahre 2007? Es heißt, diese Aufteilung nicht

hinzunehmen, sondern die Frage zu stellen: „Wem gehört die Welt?“

Die Antwort auf diese Frage scheint klar: Wir alle sind es, denen die Welt gehört! Doch warum weicht diese Antwort so stark von der Wirklichkeit ab? Ein zentraler Faktor ist die unglaubliche Anhäufung gesellschaftlicher Reichtümer in den Händen einiger weniger, die sich zu einer zerstörerischen Kraft für unsere Gesellschaften entwickelt hat. Die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen treibt den Drang nach Profit weiter voran. Vermittelt über die Macht der Finanzmärkte krepeln die ungleichen Verteilungsverhältnisse unser komplettes Leben und Wirtschaften um und unterstellen alles dem Renditezwang.

Denn dass die Reichen immer reicher und die Armen ärmer werden ist kein zufälliges Zusammentreffen zweier Tendenzen. Beide hängen zusammen. Die sich öffnende Verteilungsschere in allen Bereichen ist Ausdruck der gleichen wirtschaftlichen Dynamik. Im Zuge der Globalisierung ist ein neuer Typus von Wirtschaften entstanden, der von den Kapitalmärkten getrieben wird und sich an der Vermehrung des Vermögens orientiert. Er führt dazu, dass ein immer größerer Teil der wachsenden Reichtümer von der kleinen Schicht der GeldvermögensbesitzerInnen angeeignet wird. Eine regelrechte *Aneignungsökonomie* ist entstanden. In der Metapher vom volkswirtschaftlichen Kuchen: der Kuchen wächst, aber das Stück, das sich die Reichen und Superreichen aus dem Kuchen herauschneiden, wird immer größer. Der herrschende Diskurs dagegen behauptet, der Kuchen würde kleiner und daher müsste man sich mit einem kleineren Stück begnügen.

Dies ist keine vorübergehende, konjunkturelle Entwicklung, sondern Ausdruck eines Systemwechsels. Der vergleichsweise „gemütliche“ rheinische Kapitalismus verschwindet. Die gesamte Wirtschaft wandelt sich grundlegend, ein Wandel, der in seiner Bedeutung nur mit der tayloristischen/fordistischen Revolution in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu vergleichen ist. Diese damals überlegene Produktionsweise wird jetzt abgelöst. Das Finanzkapital, das in der traditionellen Konstellation bis dahin der Realwirtschaft untergeordnet war, wird zum dominanten Faktor. Unternehmenserfolg wird nur noch an einem einzigen Indikator gemessen, nämlich an der über die institutionellen Investoren vermittelten Rendite für den Eigentümer. Das

AttacBasisTexte 23



T. Löding/K. Schulze/
J. Sundermann
**Konzern, Kritik,
Kampagne!**



VSA

**Autor: Thomas Löding / Kay
Oliver Schulze / Jutta Sunder-
mann**

Verlag: VSA Verlag

Seiten: 96

Preis: € 6,50

Weitere Infos:

ISBN 3-89965-199-5

International tätige Konzerne profitieren von der neoliberalen Globalisierung – häufig zulasten von Mensch und Umwelt. Konzerne verfügen über gewaltige Ressourcen, mischen sich in politische Entscheidungen ein und setzen ihre Interessen mitunter skrupellos durch.

So nutzt der Discounter Lidl seine erhebliche Marktmacht, um Lieferanten zu Dumpingpreisen zu zwingen und sorgt für knallharte Arbeitsbedingungen in seinen Filialen. Coca-Cola lässt unbequeme GewerkschafterInnen in Kolumbien erschießen oder dezimiert mit seinen indischen Produktionsanlagen den lokalen Grundwasservorrat.

Verantwortungsbewusste und engagierte Menschen sind angesichts solcher Ungeheuerlichkeiten aber keineswegs zur Ohnmacht verurteilt. Mit einer konzernkritischen Kampagne ist es möglich, berechtigte Kritik auf den Punkt zu bringen, öffentlich zu machen und Konzerne zum Umsteuern zu bewegen.

**Erhältlich im Attac-Webshop
unter www.attac.de/material**



ist es, was man als Turbo- oder Shareholder-Kapitalismus bezeichnet.

Diese neue, vermögensgetriebene Wirtschaftsweise tendiert dazu, die gesamte gesellschaftliche Entwicklung zu vereinnahmen. Die wachsende Macht des Kapitals, das kurzatmige Profithandeln führt zur totalen Ökonomisierung. Wo nur noch Reichtumsvermehrung zählt, bleibt die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen auf der Strecke; wo Unternehmensleitungen sich auf den Shareholder-Value ihrer AktionärInnen konzentrieren, wird Partizipation und Mitbestimmung von Beschäftigten und KonsumentInnen unterlaufen. Schließlich sorgt die vom Neoliberalismus produzierte Prekarisierung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen für ein Klima der Konkurrenz und Ausgrenzung, die Spielräume der Menschen für demokratisches Engagement nehmen rapide ab. In erster Linie muss es also darum gehen, diesen destruktiven Kräften des Eigentums und der neuen Wirtschaftsweise entgegenzutreten. Dies schon allein deswegen, weil sonst Alternativen zum herrschenden Neoliberalismus nicht mehr denk- oder lebbar erscheinen.

Alternativen denken

Diese theoretische Antwort ist wichtig, aber darüber hinaus müssen wir auch Wege zur praktischen Beantwortung der Frage „Wem gehört die Welt?“ aufzeigen. Das Streben nach globaler Demokratie ist untrennbar verbunden mit der Forderung nach globalen sozialen Rechten, demokratischer Regulie-

rung von Eigentum, der gerechteren Verteilung von Reichtum, der Demokratisierung der Gesellschaft und der Ausweitung solidarischer Ökonomie. Zusätzlich gilt es, eine Form von Umweltgerechtigkeit durchzusetzen, die einem jeden Menschen zusätzlich zur gleichen gesellschaftlichen Teilhabe auch die gerechte Nutzung der natürlichen Ressourcen einräumt, und gleichzeitig die Nutzung der Natur auf ein nachhaltiges Niveau reduziert. Schließlich muss auch Geschlechtergerechtigkeit konsequent mitgedacht werden.

Der globalisierte Kapitalismus trägt heute das Gesicht einer Enteignungsökonomie, die öffentliches Eigentum zu Gunsten einer zunehmenden Konzentration von Reichtum und Gestaltungsmöglichkeiten enteignet. Um globale soziale Rechte durchzusetzen und die Welt anders zu verteilen, muss Globalisierungskritik heute fordern, dass Verfügungsrechte von Eigentum und Kapital eingeschränkt werden. Denn zur Forderung nach Globalen Sozialen Rechten gehören auch immer Institutionen, die diese Rechte ermöglichen und garantieren. Dies geht von der demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte über die notwendige Begrenzung von Reichtum durch konsequente Besteuerung und deren internationale Koordinierung bis zu einer realen Demokratisierung von Betrieben. Denkbar wäre, den freien Kapitalverkehr wieder stärker zu beschränken, und Spekulationsgewinne, die momentan steuerlich begünstigt werden, stärker zu besteuern. Denkbar wäre zudem, die Mitbestimmung von Arbeit-

nehmerInnen auszuweiten und gleichzeitig die Stimmrechte solcher Investoren zu beschneiden, die nur kurzfristig am Unternehmen interessiert sind. Oder aber auch die Rechte von Gewerkschaften zu stärken, beispielsweise durch ein politisches Streikrecht.

Ein Beispiel, wie eine andere Wirtschaftsweise zu denken wäre, kann heute in einer Vielzahl von Projekten und Betrieben genossenschaftlicher und solidarischer Ökonomie betrachtet werden. Selbstorganisation und gemeinsames Eigentum ermöglichen einer Vielzahl von Menschen, die in der profitorientierten Ökonomie oftmals chancenlos wären, ein besseres Leben. Diese Ökonomie wird vor allem in den Ländern des globalen Südens gelebt, zunehmend aber auch in Europa. Soziale, ökologische und demokratische Anliegen können so sicherlich besser durchgesetzt werden als durch profitorientierte Konzerne und oftmals auch besser als durch staatliche Bürokratien. Wenn Solidarische Ökonomie morgen mehr sein soll als die heute oft überlebensnotwendige Selbstverwaltung der vom Markt marginalisierten Gruppen und Bereiche, gilt es auf die Ausweitung Solidarischer Ökonomie hinzuarbeiten und sie mit der Notwendigkeit von Umverteilung und demokratischer Kontrolle von Reichtum zusammen zu denken.

So kann es nicht verwundern, dass in vielen Kommunen, die sich erfolgreich gegen die Privatisierung ihrer öffentlichen Daseinsfürsorge wehren, die Bür-

ger-Innen sich entschließen, diese selbst in die Hand zu nehmen, vom weltbekannten „Wasserkrieg“ im bolivianischen Cochabamba bis zur jüngsten Neugründung von Wasser-Kooperativen in deutschen Gemeinden wie Hartau und Ellershoop – in der BRD gibt es mittlerweile über 200 Wasser-Kooperativen, in denen die NutzerInnen ihre Wasserversorgung selbst organisieren.

Beispiele, die Schule machen könnten. Könnte man, anstelle einer Privatisierung der Bahn, diese nicht auch in eine von MitarbeiterInnen und NutzerInnen gemeinsam verwalteten, dezentralen Kooperative verwandeln? Könnten von der Schließung bedrohte Betriebe hierzulande nicht auch – wie in zahlreichen erfolgreichen Beispielen in Südamerika, Indien oder Italien von den ArbeiterInnen selbst übernommen werden? Zunächst utopisch klingende Gedanken - der oben angerissene Zustand der heutigen Globalisierung deutet jedoch darauf hin, dass es nötig ist, neue Fragen zu stellen, neue solidarische Alternativen zu entwickeln und voranzutreiben!

Die private Aneignung der Welt in Frage zu stellen, Reichtum umzufairteilen, neue Experimente demokratischer Vergesellschaftung aufzugreifen und auszuweiten, ist daher Notwendigkeit und Chance für die heutige Globalisierungskritik, zentraler Baustein für die Perspektive einer Globalisierung von unten. Denn der immense Reichtum, der in nie da gewe-

senem Ausmaß zur Verfügung steht, zeigt entgegen aller Sparrhetorik, dass genug für alle längst da ist. Wenn eine andere Welt möglich und Globale Soziale Rechte Wirklichkeit werden sollen, reicht es nicht, die soziale Rhetorik auszuweiten und „soziale Ausgestaltung“ scheinheilig herbeizuwünschen. Es gilt, die Antwort auf die Frage „Wem gehört die Welt?“ zu verändern!

Genau deshalb sind wir der Ansicht, dass es höchste Zeit ist, diese Kritik an der Globalisierung nicht nur erneut zu formulieren, sondern sie den Herrschenden direkt unter die Nase zu reiben. Diese Welt gehört uns, nicht den Konzernen und schon gar nicht den G8. Daher werden wir in Heiligendamm sein!

Anmerkungen

¹ Dieser Text beruht auf Diskussionen, Ideen und Anregungen aus der G8-Projektgruppe, dem Attac-Rat und -Koordinierungskreis. Er ist daher nicht als isoliertes Produkt zweier Autoren, sondern als Ergebnis gemeinsamer politischer Praxis zu verstehen.

² Dies ist nach offizieller EU-Definition die Schwelle von 60% des Durchschnittseinkommens. Sie lag 2003 bei 938. Quellen: Weltreichtumsbericht; DIW; 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.



Die Energiepolitik der G8 – Heizung im globalen Treibhaus

von Chris Methmann

Bereits jetzt hat die deutsche Bundesregierung angekündigt, einen Schwerpunkt ihrer G8-Präsidentschaft auf das Thema Energie zu setzen. Damit befassen sich die acht Staats- und Regierungschefs nun zum dritten Mal in Folge intensiv mit dem Thema Energie. Wie bei den letzten Gipfeln werden sie eine Politik verabreden, die weiter auf Öl, Gas und Atom setzt und den Klimawandel nur scheinbar ernst nimmt. Die Unfähigkeit der G8, zukunftsweisende Politik zu betreiben, ist auch im Energiesektor offenkundig. Dabei besteht gerade hier dringender Handlungsbedarf.

Energie global

Um die Hintergründe des Problems zu verstehen, ist es hilfreich, sich drei grundlegende Energie-Fakten vor Augen zu führen, die die Struktur unserer Energieversorgung prägen (Quelle: Internationale Energie Agentur, World Energy Outlook 2004):

Die fossilen Energien machen den Löwenanteil an der Weltenergieversorgung aus. Der bedeutendste Energieträger ist Öl (36%), gefolgt von Kohle (23%), Gas (21%). Zusammen machen diese „dreckigen Drei“ also 4/5 der Weltenergieversorgung aus. Atomenergie und traditionelle Biomasseverbrennung („Feuerholz“) liefern je 7%, erneuerbare Energien 4%.¹

Der Welt-Energiehunger wächst dramatisch. Bei unveränderten politischen Rahmenbedingungen wird der Weltenergieverbrauch bis 2030 um 60% wachsen. BP geht sogar von einer Verdoppelung des Energieverbrauchs bis 2050 aus. Ein Großteil des Wachstums wird auf das Konto der Entwicklungsländer gehen. Laut der IEA werden 2030 noch immer 80% des Energiebedarfs

durch fossile Energieträger gedeckt werden.

Die fossilen Energien gehen in näherer Zukunft zur Neige. Wann genau, ist allerdings hoch umstritten. Relativ wahrscheinlich ist der Zenit der Ölförderung in den nächsten 10-20 Jahre überschritten. Und sicher ist: Ist dieser Punkt einmal erreicht, wird die Fördermenge kontinuierlich sinken und der Ölpreis dramatisch steigen. Ähnliches gilt für Erdgas, das bei der rasant wachsenden Nachfrage auch nicht viel länger reichen wird. Lediglich Kohle würde als Energieträger für mehr als die nächsten 100 Jahre reichen.

Der Schaden durch fossile Energiequellen

Im Klartext bedeutet das: Der Lebensstil im Norden – und die vorherrschenden Entwicklungsmodelle im Süden gleichermaßen – bauen auf Energiequellen, die stetig teurer werden und keine Zukunft haben. In der Energiekrise treten die Grenzen des Wachstums so offen zu Tage wie selten zuvor. Und die Endlichkeit der Ressourcen ist nicht das einzige Problem. Viel dramatischer sind die Folgen, die unsere Herrschenden schon jetzt in Kauf nehmen, indem sie fast vollständig auf den fossilen Pfad setzen: Elend in den Förderländern; Abhängigkeit von mächtigen Konzernen; kriegerische Konflikte; und die globale Erwärmung.

Verfluchte Förderländer

Energieichtum nützt zumeist nicht einmal den Menschen in den Ländern, in denen die fossilen Brennstoffe gefördert werden. Manche (meist die Eliten) profitieren kurzfristig von den hohen Deviseneinnahmen. Langfristig leiden sie jedoch unter einem „Ressourcenfluch“. Im Jahr 1995 hat der angesehene Ökonom Jeffrey

Sachs eine breit angelegte Studie zu den Auswirkungen großer Bodenschätze publiziert. Ergebnis: Die Ökonomien ressourcenreicher Länder wachsen langsamer. Grundsätzlich haben es diese Länder schwerer, sich zu entwickeln. Auch politisch wirken sich die reichen Bodenschätze aus: In den meisten Ländern, die reich an Energieträgern sind, gibt es keine funktionierende Demokratie, weil Eliten ihre Herrschaft mit den Rohstoffeinnahmen absichern. Ein Blick nach Russland oder in viele arabische Staaten belegt dies. Wie das Beispiel Nigeria vor Augen führt, kommt es bei Entdeckung von Ölquellen häufig zu bürgerkriegsähnlichen Spannungen – oft noch angeheizt von den Machenschaften transnationaler Konzerne. Und schließlich verursacht die Ressourcenförderung tiefgreifende ökologische Schäden. Der Pipelinebau in Ecuador oder im Tschad stehen symbolisch für Umweltschäden, unter denen meist die Armen leiden.

Die Macht der Energiekonzerne

Die Ausbeutung von Öl, Kohle und Gas benötigt Großanlagen: Der Bau von Raffinerien, Förderanlagen und Pipelines, der Aufbau von Transportkapazitäten und nicht zuletzt die Erforschung und Erschließung neuer Vorkommen erfordern hohe Investitionen, die nur von sehr kapitalkräftigen Konzernen getätigt werden können. Nicht von ungefähr waren die sieben großen Ölmultis Anfang des letzten Jahrhunderts die ersten „global Player“, die Vorbilder der heutigen transnationalen Konzerne. Und das hat sich bis heute nicht geändert: Zu den 50 größten europäischen Konzernen gehören allein 17 konventionelle Energie- und Chemiekonzerne (Chemie hängt eng mit der Erdölwirtschaft zusammen). Bezieht man in diese Überlegungen die Kraftwerks- und Automobiltechnik sowie die Nahrungsmittel-

branche (die wiederum eng mit der Chemieindustrie zusammenhängt) ein, stößt man auf einen gigantischen fossil-industriellen Komplex: Sie machen 43 der 50 Unternehmen aus. Und diese ziehen immense Profite aus dem Energiegeschäft: Der größte Ölkonzern ist ExxonMobil mit einem Jahresgewinn (2003) von 25 Mrd. Dollar und 237 Milliarden Dollar Umsatz – das entspricht in etwa dem Bruttosozialprodukt Schwedens. BP und Shell haben jeweils einen Gewinn von 16 Mrd. Dollar und einen Umsatz von 140 Mrd. Dollar, was Ländern wie Iran oder Indonesien entspricht. Entsprechend ihrer Bedeutung sind diese Konzerne eng mit der Politik verstrickt. Zum Beispiel gehören der neu eingerichteten Expertengruppe der EU zur Energiepolitik neben zwölf Konzernvertretern nur vier Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Gruppen wie Gewerkschaften oder Umweltverbänden an.

Krieg und Frieden

Nicht erst seit dem Irak-Krieg mit seiner „blood for oil“-Logik wissen wir, dass der Hunger nach Energie zur treibenden Kraft der Geopolitik wird. Auch der Afghanistan-Krieg hing eng mit dem US-Einfluss im rohstoffreichen Zentralasien zusammen. Und diese Entwicklung wird zunehmen: Wird die Knappheit erst mal spürbar, spitzt sich der Konflikt um Energie zu. Wenn in 20 Jahren die dann verbliebenen Ölreserven zu 83 Prozent im Nahen und Mittleren Osten liegen, wird dort jeder seinen Einflussbereich abstecken wollen. Eine düstere Perspektive für eine Region, die schon jetzt regelmäßig von den Konflikten ums Öl erschüttert wird.

Der fossile Klimakollaps

Als wäre all dies nicht genug, ist unser fossiles Wirtschaftssystem die Ursache für eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes: den Klimawandel. In den vergangenen 100 Jahren hat sich die Erdatmosphäre um durchschnittlich 0,6°C erwärmt. Je nach Szenario sagen Forscher einen weiteren Anstieg um bis zu 5,4°C bis 2100 voraus. Dies ist ein beispielloser Anstieg der globalen Temperaturkurve, zu ¾ verursacht durch das Verbrennen fossiler Energien vor allem in den Industrieländern. Allein die Staaten der G8 sind für ca. 50% der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Folgen der globalen Erwärmung hingegen treffen die Armen: Artensterben und Was-

serknappheit bedrohen die Existenz der Menschen, die von ihrer direkten Umwelt leben, so hängen z. B. in Afrika ca. 70% der Menschen von der Landwirtschaft ab. Wetterextreme, Krankheiten und der steigende Meeresspiegel bringen die Menschen in Gefahr, die sich Anpassungsmaßnahmen (also Deichbau, stabile Häuser, Impfungen etc.) nicht leisten können.

Im Moment geht die überwiegende Mehrheit der Klimaforscher davon aus, dass schon jetzt eine Erwärmung um 2° C bis zum Jahr 2050 nicht mehr aufzuhalten sein wird. Dies würde dazu führen, dass 25 Millionen Menschen von Überflutungen, 180-250 Millionen von Malaria und 200-300 Millionen von Wasserknappheit bedroht sein werden.² Die weltweit steigenden Temperaturen treiben die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen wohlhabend und prekär weiter auseinander.

G8: Teil des Problems, nicht der Lösung

Die G8 wissen um die katastrophalen Konsequenzen der fossilen Energienutzung. Sie selbst sind Ergebnis einer „Energiekrise“. 1973 gründete sich die Organisation Erdöl-exportierender Staaten (OPEC) in Reaktion auf den israelisch-arabische Jom-Kippur-Krieg. Die OPEC drehte den Hahn zu, die Ölpreise vervielfachten sich und es kam zur Weltwirtschaftskrise. Die Regierungschefs sahen die Notwendigkeit eines Gremiums gekommen, das sich mit Weltwirtschaftsfragen beschäftigt: die G7 waren geboren. Schon im Abschlusskommunique ihres ersten Gipfels 1975 in Rambouillet erklärten sie die Behebung von Energieknappheit zur ihrer Aufgabe.

Seitdem waren sie mit einer Vielzahl von Energiekrisen konfrontiert. Nach dem Prinzip „Wenn die verschriebene Medizin nicht wirkt, müssen wir nur die Dosis erhöhen“ halten Sie seitdem eisern an ihrer fossil-atomaren Strategie fest, ziehen aber nicht die offensichtlichste aller Schlussfolgerungen: Fossile Energien sind nicht die Lösung der Energiefrage, sondern verursachen erst die Probleme. Als in den 80er Jahren aufgrund von Konflikten im Nahen Osten das Öl knapp wurde, verständigten sie sich auf den Ausbau der Kohleförderung und die Erschließung eigener Kapazitäten, wie z.B. in der Nordsee. Als in Tschernobyl ein Reaktorblock explodierte, beschlossen

sie höhere Sicherheitsstandards für Atommeiler, nicht aber die Abschaffung der Atomenergie. Als sich in den 90er Jahren die Tankerunfälle mit ihren dramatischen ökologischen Folgen häuften, versuchte man, doppelwandige Tanker einzuführen (was am Widerstand Japans scheiterte). Und jetzt, wo die globale Erwärmung nicht mehr zu leugnen ist, suchen sie unsinnige technische Lösungen, wo ein grundsätzlicher Strukturwandel Not tut.

Die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners

„Der Klimawandel ist ohne Zweifel auf lange Sicht die größte Bedrohung für das Leben auf diesem Planeten.“ Mit diesen Worten hatte Tony Blair das Thema Klima in Gleneagles 2005 auf die G8-Agenda gesetzt. Gemessen an dieser ungewohnt klarsichtigen Feststellung ist das Ergebnis des Gipfels ein Desaster. Der größte Erfolg: US-Präsident Bush gibt zu, was seit mehr als 10 Jahren wissenschaftlicher Konsens ist: der Klimawandel ist menschengemacht. Im Abschlussdokument regiert die Sonntagshetorik, klare Zielvorgaben wie etwa festgelegte Emissionsreduktionen fehlen. Damit ist die Erklärung ein Zugeständnis an die Bush-Regierung und bedeutet für die meisten Regierungschefs einen Rückfall hinter ihre Kyoto-Ziele. Sätze wie: „Fossile Treibstoffe werden auch weiterhin eine wichtige Rolle im globalen Energiemix spielen, und wir werden Wege finden müssen, mit den verbundenen Luftverschmutzungen und Treibhausgasen umzugehen“ sprechen für sich.

Der G8-Gipfel in Gleneagles ist damit als Löwe gestartet, aber als Papiertiger gelandet. In St. Petersburg 2006 kam dann auch noch die Rolle rückwärts: Die Abschlusserklärung machte sich das Szenario der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zu Eigen: bis 2030 wird der Energieverbrauch um 60% steigen und dabei zu 80% aus fossilen Energien bestehen. Ganz so, als ob dies der natürliche Lauf der Dinge wäre und nicht das Ergebnis politischer Entscheidungen. Wären die vollmundigen Versprechungen aus Gleneagles in die Tat umgesetzt worden – das Szenario sähe schon heute deutlich anders aus. Es hat den Anschein, als täuschten die Staats- und Regierungschefs mit einer solchen Form der Klimapolitik eine Bearbeitung des Themas nur vor, um sich den rechtsverbindlichen Prozessen im Rahmen der UN zu entziehen.

Auch dort geben die G8-Staaten ein schlechtes Bild ab. Die USA haben die klaren Verpflichtungen zur CO₂-Emissionsreduktion von vornherein abgelehnt. Auch die neue kanadische Regierung hat ihre Teilnahme an verbindlichen Klimaverhandlungen erst mal auf Eis gelegt. Und die EU hat zwar versprochen, bis 2012 ihren CO₂-Ausstoß um 8% zu senken, doch bei der Umsetzung sieht es düster aus. Vor kurzem urteilte die Umweltorganisation Friends of the Earth: Wenn die EU weiter in Untätigkeit verharrt, werden die Emissionen bis 2012 sogar leicht steigen. Schließlich Russland: Weil dort nach 1990 ein Großteil der Wirtschaft zusammengebrochen ist und so weniger Emissionen anfallen, kann es die überschüssigen Emissionsrechte international verkaufen und sich eine goldene Nase mit „heißer Luft“ verdienen. Insgesamt eine ernüchternde Bilanz. Kein Wunder also, dass die G8-Chefs sich auf den G8-Gipfeln lieber in unverbindlicher Propaganda üben, als sich ihrem Versagen in der internationalen Klimapolitik zu stellen.

Den Bock zum Gärtner gemacht

Bei der Umsetzung ihrer halbherzigen Ziele setzen die G8 folgerichtig auf einen halbherzigen Partner. Der Aktionsplan von Gleneagles beauftragt die Weltbank mit der

Erarbeitung eines Investitionsrahmens, der erneuerbare Energien weltweit fördern soll. Doch die Weltbank ist eher bekannt für gigantische Projekte wie z.B. Pipelines zur Förderung fossiler Energien. Und sie hat sich bei den Erneuerbaren in der Vergangenheit extrem uneinsichtig gezeigt. Obwohl eine von der Weltbank selbst in Auftrag gegebene Auswertung ihrer Projekte im fossilen Bereich zu dem Schluss kann, dass diese Projekte eher schaden als nutzen, hält sie eisern an diesem Weg fest: Noch immer fließt zwanzigmal mehr Geld in fossile Projekte als in die Erneuerbaren. Ein denkbar schlechter Partner, wenn es um den Klimaschutz geht.

Aufs falsche Pferd gesetzt: Technologische Abenteuer statt realer Alternativen

Abgesehen von den unkonkreten Vorgaben, setzen die G8 bei Klimaschutz und nachhaltiger Energiepolitik auf Scheinlösungen. Im Aktionsplan von Gleneagles rangiert die Förderung erneuerbarer Energien hinter zwei hoch umstrittenen Technologien: sauberen fossilen Energien und der Verklappung von CO₂. Solche Technologien setzen darauf, CO₂ entweder direkt bei der Verbrennung abzuscheiden oder aus der Atmosphäre zu filtern und es schließlich unter der Erde oder auf dem Meeresgrund

abzulagern. Doch solche Technologien sind unausgereift und teuer. Zudem konzentrieren sie sich allein auf das Klimaproblem, lassen aber die Endlichkeit fossiler Energien außer Acht. Es ist absurd, sich auf solche Formen technischer Symptombekämpfung einzulassen, wenn mit den erneuerbaren Energien praktikable und sinnvollere Lösungen auf der Hand liegen.

Eine ähnliche Sprache spricht der Aktionsplan von St. Petersburg. Dort wird verkündet, bis 2030 würden mehrere Billionen Dollar in eine zukunftsfähige Energieversorgung investiert. In der Auflistung, was denn zukunftsfähig wäre, tauchen erneuerbare Energien und Energieeffizienz nur als ein Punkt von vielen auf. In erster Linie bauen die Regierungschefs auf die Erschließung neuer Rohstoffquellen, die Entwicklung sauberer und effizienter Verbrennungstechnologien und ähnliche Absurditäten.

Alter Wein in neuen Schläuchen: Atomkraft auf dem Vormarsch

Endgültig absurd wird es dann, wenn die G8 mit dem Verweis auf den Klimaschutz die Atomkraft wieder ins Spiel bringen. In St. Petersburg vereinbarten Bush und Putin eine neue Nuklear-Initiative. Selbst Tony Blair, der in Gleneagles noch den Klimaschützer gab, zeigt sich jetzt überzeugt, dass nur die Atomkraft das Klima retten kann. Solche Pläne sind schlicht verlogen. Eine aktuelle Studie der Heinrich-Böll-Stiftung hat ausgerechnet, dass ein durchschnittliches Atomkraftwerk ungefähr so klimafreundlich ist wie ein mittelmaßiges Gaskraftwerk. Bezieht man nämlich den Bau des Kraftwerks und die Anreicherung des Urans in die Studien ein, verschlechtert sich die Kohlendioxidbilanz massiv.

Eine andere (Um-)Welt ist möglich

All dies passiert, obwohl die Alternativen zum fossilen Pfad klar auf der Hand liegen. Nicht die verfehlte Politik der G8 brauchen wir, sondern:

1. Eine massive Förderung erneuerbarer Energien

Erneuerbare Energien sind umweltfreundlich, friedenspolitisch sinnvoll und wohlstandsfördernd. Sie schaffen Arbeitsplätze

Das Klimachaos verschärft die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern

Nicht allein, dass der Klimawandel die globale Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandertreibt. Unter der globalen Erwärmung leiden Frauen häufig viel stärker, so dass die ungleiche Situation der Geschlechter weiter verschärft wird.

In den Subsistenzwirtschaften des globalen Südens tragen meist Frauen die Verantwortung für die Versorgung der Familien mit Nahrung und Wasser. In Afrika bestreiten sie siebzig bis achtzig Prozent der häuslichen Nahrungsmittelproduktion, in Asien sind es 65 Prozent. Wenn durch das Klimachaos der Anbau schwieriger und das Wasser knapper werden, macht dies Frauen in ihrer ohnehin schon prekären Situation das Leben noch schwerer. Auch wenn sich im Zuge der globalen Erwärmung Krankheiten ausbreiten, steigt die Belastung von Frauen zusätzlich, weil diese häufig für die Gesundheit der Familienmitglieder Sorge tragen. Weil Frauen zudem für die Sicherheit von Familie und Kindern verantwortlich sind, während die Männer zur Arbeitssuche abwandern, sind die meisten Opfer von Naturkatastrophen weiblich. Bei der großen Flut in Bangladesch 1991 starben fünf mal mehr Frauen als Männer. Und in Folge des Klimachaos werden solche extremen Naturereignisse zunehmen. Klimachaos ist somit auch eine Geschlechterfrage.

ze und funktionieren unabhängig von Konzernstrukturen und großen Leitungsnetzen. Und sie sind entgegen vielfacher Behauptung jetzt schon einsetzbar. Beispiel Strom: Zur Deckung des weltweiten Strombedarfs wäre es – selbst bei deutschen Sonnenbedingungen – ausreichend, 210.000 km² Solarzellen zu installieren. Das ist weniger als die gesamte überbaute Fläche in der EU, in die sich Solarzellen leicht einbauen ließen. Auch das Argument, Erneuerbare wären zu teuer, ist leicht zu widerlegen: Zählt man die jährlichen Subventionen zusammen, die weltweit in den Energiesektor fließen, kommt man auf 224 Mrd. Dollar. Gerade einmal 3,7% davon werden für Erneuerbare aufgebracht. Würde man dieses Verhältnis umkehren, wären die Erneuerbaren deutlich billiger.

2. Energiesparprogramme

Gleichzeitig steckt noch immer ungeheures Potenzial im Energiesparen, z. B. durch die Förderung von Null-Energie-Häusern

oder den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Förderprogramme hierfür rechnen sich auf jeden Fall, weil die Energieeinsparungen auch die Kosten senken. Wissenschaftler haben ausgerechnet, dass in den industrialisierten Ländern 75% des Energieverbrauchs eingespart werden könnten, ohne dass es zu höheren Kosten oder Einbußen in der Lebensqualität käme. Alles, was fehlt, ist der politische Wille, dies zu tun.

3. Eine Besteuerung des Flug- und Schiffsverkehrs

Obwohl gerade der Verkehrssektor für den drastischen Anstieg des Energieverbrauchs verantwortlich ist, verzichten unsere Regierungen noch immer darauf, Flug- und Schiffsbenzin zu besteuern. Damit entgehen den Staaten rund 250 Mrd. Dollar jährlich. Würde man diese Steuern konsequent erheben, kämen in den nächsten 10 Jahren mehrere Billionen Dollar zusammen, die zum

Ausbau regenerativer Energien im Süden verfügbar wären und in einen Kompensationsfonds für Klimaopfer fließen könnten.

4. G8: Hände weg von der Energiepolitik

In den jetzt 30 Jahren ihres Bestehens haben die G8 überzeugend bewiesen, dass sie völlig unfähig sind, die Energie- und Klimaproblematik in den Griff zu bekommen. Statt den grundlegenden Strukturwandel, den wir eigentlich brauchen, halten die Herrschenden eisern am fossilen Pfad fest. Damit offenbart der Club der 8 sich als Handlanger der Öl- und Energiekonzerne. Doch damit nicht genug: Mit ihren folgenlosen PR-Veranstaltungen auf den Gipfeltreffen versuchen sie, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Wenn in den nächsten Jahrzehnten die ersten Südseeinseln dem steigenden Meeresspiegel zum Opfer fallen, tragen die G8 die Schuld. Lasst uns stattdessen in Heiligendamm lieber die G8 versenken.

Literaturtipps:

Scheer, Hermann. Energieautonomie. Kunstmann, 2005.
Behandelt sehr erschöpfend die deutsche und globale Energiepolitik.

Wuppertal Institut. Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit. Beck, 2005.
Spannt den Bogen von der Energiefrage bis zur Endlichkeit aller Ressourcen.

M. Khor/ S. Narain/ L. Wallach u.a.: Konsum. Globalisierung. Umwelt. VSA, 2005.
Versammelt viele Beiträge zum Zusammenhang von Globalisierung und Umweltzerstörung.

Weblinks:

Energiedossier der Stiftung Wissenschaft und Politik
<http://www.swp-berlin.org/brennpunkte/dossier.php?id=4990&PHPSESSID=99de5851577b0416d1519e6028335d8d>

Umfassendes Material zu den Folgen der Ölabhängigkeit.
<http://www.priceofoil.org/>

Schwarzbuch Energiesicherheit von Greenpeace - Kompakter Überblick über die deutsche Rolle in der Energiepolitik.
http://www.greenpeace.de/themen/energie/energiepolitik/artikel/das_schwarzbuch_versorgungssicherheit/

Erschöpfender Überblick zur Klimaproblematik.
<http://www.foeeurope.org/climate/index.php>

Energieseiten der Attac-Mitgliedsorganisation BUND
<http://www.bund.net/lab/reddot2/energiepolitik.htm>

Anmerkungen

- 1 Diese Zahlen beziehen sich nur auf die kommerzielle Nutzung von Energieträgern.
- 2 So die Berechnungen von Parry u.a.: "Millions at Risk." in Global Environmental Change 11, S. 181-183.

Buchtipps (Anzeige)



Die Umwelt in der Globalisierungsfalle

Bei »McPlanet.com - Die Umwelt in der Globalisierungsfalle« trafen im Juni 2003 zum ersten Mal GlobalisierungskritikerInnen und UmweltschützerInnen auf einem gemeinsamen Kongress zusammen. Mehr als 1.500 TeilnehmerInnen diskutierten in Berlin darüber, wie die wirtschaftliche Globalisierung unser Trinkwasser, das Klima oder die Artenvielfalt bedroht. Drei Tage lang wurden Streitpunkte diskutiert, Gemeinsamkeiten gefunden, Pläne geschmiedet und Aktionen durchgeführt.

Autor: Walden Bello/Nicola Bullard/
Wolfgang Sachs/Vandana Shiva u.a.
Seiten: 206, - 12,80 Euro

Krieg und Frieden

von Claudia Haydt

Erklärtes Ziel des G8 Gipfels von 2007 ist es unter anderem „Frieden und Sicherheit“ zu fördern – besonders in Afrika. Doch ist die Gruppe der Acht als selbst erklärte Weltregierung wirklich willens und in der Lage wesentlich dazu beizutragen? Die versammelten Staaten sind direkt (durch Interventionen, Waffenlieferungen oder Ausbildung von Militärs) und indirekt (Durchsetzung neoliberaler Handelsregime und damit Verarmung in vielen Staaten) verantwortlich für die Gewaltverhältnisse in vielen Teilen der Welt. Die G8 vereint die wesentlichen globalen machtpolitischen Akteure. Die ursprüngliche Definition der Zugehörigkeit über wirtschaftliche Stärke wurde bei der Ausweitung der G7 um Russland aufgeweicht. „Es geht nicht nur um das Wirtschaftspotential Russlands“ erklärte das G8-Information Center vor dem Gipfel in Petersburg „sondern um seinen Einfluss auf die globale Situation.“ Dieser politische Einfluss wird mehr und mehr über militärische Stärke definiert, die von allen G8 Staaten zur Zeit ausgebaut wird. Warum diese Fixierung auf militärpolitische Stärke die globale Kriegsgefahr verstärkt und an welchen Punkten mehr oder weniger direkt Unruhen und Bürgerkriege durch die G8 Staaten ermöglicht und verstärkt werden, soll im folgenden an einigen Beispielen erläutert werden.

Doktrinen des globalen Interventionismus

Auch wenn die G8-Staaten in einigen Bereichen in Konkurrenz zueinander stehen, scheint es in vielen Bereichen einen Konsens zu geben. Der besteht einerseits darin, dass es für alle Beteiligten zu riskant wäre, diese konkurrierenden Interessen militärisch auszutragen. Andererseits funktioniert die „Sicherheitskooperation“ der G7-Staaten mit Russland hervorragend. Auf Grundlage vergleichbarer Bedrohungsszenarien wird von den G8-Staaten ein globaler „Krieg gegen den Terror“ geführt. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr legen für die Beziehungen zu Russland fest, dass „die gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus [...] die Grundlage für eine noch engere langfristige Kooperation“ bilden. Egal ob im Rahmen der russischen Militärdoktrin ein weiterer Zerfall Russlands durch Kampf gegen „Terroristen“ in Tschetschenien verhindert werden soll oder ob die westliche „Allianz gegen den Terror“ in Afghanistan und Irak interveniert – die Opfer sind überwiegend Zivilisten. Bei den Militär- und Sicherheitsdoktrinen, die in den letzten Jahren entwickelt wurden, fällt auf, dass sie sich in vielen Punkten sehr ähnlich sind. Die Bedrohungsanalysen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) und der National Security Strategy (NSS) der USA sehen in Terrorismus, zerfallenden Staaten und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen die wesentlichen Gefahren, die es auch militärisch zu bekämpfen gilt. Faktisch ermöglicht dies eine Aufteilung der Welt in einen „funktionierenden Kern“ und Interventionszonen, in denen wahlweise Staatlichkeit hergestellt, Terrorismus bekämpft oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindert wird.

Abrüstung und Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gilt nur für die jeweils anderen. Viele G8-

Staaten haben in letzten Jahren die Schwelle für den Einsatz ihrer Atomwaffen gesenkt. Die US-Regierung erwog 2002 im Rahmen der Nuclear Posture Review den „präventiven“ Einsatz von Atomwaffen und im Januar 2006 verkündete Jacques Chirac eine Herabsetzung der Einsatzschwelle für französische Atomwaffen. Wenn eine Gefährdung „in das Feld unserer vitalen Interessen“ fallen sollte, dann sei der Rückgriff auf Atomwaffen möglicherweise gerechtfertigt. Das aktuelle Weißbuch der Bundeswehr bezieht sich wiederum positiv auf die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO und damit mehr oder weniger direkt auf diese offensiven Einsatzoption, die im übrigen auch im Entwurf für ein europäisches Weißbuch erwogen werden.

Doch stärker noch als die atomaren Einsatzoptionen prägt der Ausbau der konventionellen Bewaffnung und die Umstrukturierung der Armeen die globale Machtpolitik. Massenarmeen, deren Schwerpunkt die territoriale Verteidigung war, wurden in den letzten Jahren umgebaut zu global einsetzbaren Interventionstruppen. Diese neue Rüstungswelle ist nur im globalen Kontext zu verstehen. Nach der Blockkonfrontation blieben die USA als einzige Weltmacht übrig. Wir erleben nun die Neuaushandlung zukünftiger globaler und regionaler Machtpositionen. Machtpositionen sind nicht unabhängig von Marktpositionen. Der strategische Dreh- und Angelpunkt zum Erhalt und Ausbau von Marktpositionen liegt (zumindest zur Zeit noch) im Zugang zu fossilen Rohstoffen. Womit die strategische Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens, Zentralasiens aber auch bestimmter afrikanischer und lateinamerikanischer Regionen deutlich wird. Nicht zufällig sind (mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten) die verschiedenen G8-Staaten in diesen Regionen offen oder verdeckt militärisch aktiv. Der Zugang zu Ressourcen wird in allen relevanten Strategiepapieren unter anderen im Weißbuch der Bundeswehr (2006) als zentrales



Ziel der Außenpolitik formuliert. Die G7 oder wahlweise G8 Staaten bilden im Wettlauf um strategische Rohstoffe ein Zweckbündnis. Mittel- und langfristig birgt die Frage, welche globale Bedeutung die EU als neue Großmacht einnehmen wird und welche Stellung Russland noch oder wieder haben wird, mehr als genug Sprengstoff. Vorläufig ist die Hoffnung auf die gemeinsame Eliminierung störender regionaler Machtfaktoren (Iran), globale Durchsetzung vorteilhafter Terms of Trade und die Erhaltung eines relativen Vorsprungs vor China und Indien jedoch Anreiz genug für Kooperation.

Die kurzfristige Auswirkung der aggressiven Interventionspolitik ist eine massive Aushöhlung von Völkerrecht und Menschenrechtlinien und die ganze offensichtliche Anwendung von doppelten Standards macht nicht zu letzt im Bereich der Abrüstung selbst ehrliche Bemühungen unglaublich unwürdig.

Ineffektive Militärinterventionen

Ein Teil der globalen Militärintervention wird als so genannte humanitäre Intervention zur Hilfe der Bevölkerung in Bürgerkriegen deklariert. Liegt die „Lösung“ der Konflikte wirklich in militärischen Interventionen? Einmal abgesehen davon, dass solche Interventionen meist nur dann stattfinden, wenn hier auch handfeste ökonomische, politische oder strategische Interessen involviert sind, bleibt Frage spannend, ob es für die Bevölkerung nicht we-

nigstens einen positiven Nebenaspekt haben könnte. Verkürzen Interventionen tatsächlich die Auseinandersetzung und damit das Leiden der Zivilbevölkerung? „Die Ergebnisse sind enttäuschend“ fasst die Weltbank verschiedene Studien zusammen (Weltbank, *Breaking the Conflict Trap*, 2003, S.46). Mit militärischen Mitteln zivile Ordnung herzustellen scheint – vorsichtig formuliert – ein schwieriges Unterfangen zu sein. „Die einzige militärische Intervention, die systematisch effektiv war, war Unterstützung auf Seiten der Rebellen: offensichtlich kann externe militärische Unterstützung eher eine Regierung besiegen als eine Rebellenorganisation.“ Die wiederholten „Interventionen“ in Afghanistan erläutern dieses Phänomen anschaulich. Die Sowjetunion konnte trotz massiver militärischer Präsenz, die Kabuler Regierung nicht stützen, während die USA und Pakistan durch die Unterstützung der Mudschaheddin schlussendlich den militärischen Sieg erringen konnten. Dieser konnte allerdings nicht in politische Stabilität umgesetzt werden. Das entstandene Machtvakuum füllten die Taliban. 2001 gelang es den USA und ihren Alliierten zwar wiederum – diesmal mit der Nordallianz – die Taliban-Regierung zu stürzen. Am Aufbau eines Friedens durch Intervention auf Seiten der Karsai-Regierung scheitern aber sowohl US-Militärs als auch die ISAF-Truppen.

Es gibt zwar durchaus Interventionen, die abschließend stabilere Situationen hinterlassen haben, dieses Er-

gebnis ist allerdings auch (und häufiger!) in Situationen zu beobachten, bei denen es keine Interventionen gab. Auch neutrale oder multilaterale Interventionen verkürzen die Konfliktdauer nicht. „Unabhängig davon, wie die Intervention konzipiert ist ... es scheint keinen Strategie-Mix zu geben, der zu einer kürzeren Dauer führt. Selbst ein neutraler Ansatz oder die Organisation der Intervention unter multilateraler Federführung reicht nicht aus für ein effektives Konfliktmanagement.“ (Regan, Patrick M.: *Third Party Interventions and the Duration of Intrastate Conflicts*; 2002, S. 31.) Leider ziehen die reichen westlichen Staaten (plus Russland) aus solchen Fakten nicht den Schluss, Militär als Instrument zur Herstellung von „Sicherheit und Ordnung“ in ihrer Außen- und Innenpolitik kritisch zu hinterfragen sondern verstärken ihre militärischen Aktivitäten – frei nach dem Motto: wo Gewalt nicht hilft, ist eben noch mehr Gewalt nötig.

Konfliktursachen?

Gerne werden Konfliktursachen in Ländern, deren Entwicklung durch Kolonialismus und aktuelle internationale Politik behindert wurde, als irrationale ethnische oder religiöse Konflikte beschrieben. Doch entgegen gängiger Wahrnehmungsmuster ist ethnische Vielfalt kein Bürgerkriegsgrund. Im Gegenteil: „Substantielle ethnische und religiöse Diversität reduziert das Risiko von Bürgerkrieg deutlich“ (Weltbank 2003, S.57) Homogenität auf der anderen Seite reduziert das Risiko nicht. Ethnische oder regionale Zugehörigkeit wird häufig dann beschworen, wenn in der entsprechenden Region wertvolle Ressourcen gefunden werden. Das Risiko eines Bürgerkrieges verdoppelt sich, wenn es in einer Region relevante Rohstoffe gibt. Doch auch wenn die Akteure in solchen Ressourcenkriegen „die Sprache historischer ethnischer Unterdrückung benutzen, wäre es doch sicher naiv Ethnizität als tatsächliche Wurzel des Konfliktes zu betrachten.“ (Weltbank 2003, S. 61) Hinter dem Diskurs um ethnische Unterschiede und ethnische Solidarität, werden faktisch die meisten Energien auf innerethnische Machtkämpfe und die Erreichung ökonomischer Machtpositionen verwendet.

In Regionen mit ökonomisch interessanten Ressourcen ist nicht nur das Risiko des Ausbruchs eines Bürgerkriegs höher, sondern dies ist oft auch die Grundlage

für lang anhaltende Konflikte, in denen „der Krieg den Krieg nährt“. In vielen Regionen versuchen (Bürger-)Kriegsparteien ihren Kampf durch Ressourcen auf weltweiten (Schwarz-)Märkten zu finanzieren. Das funktioniert durch illegale Exporte z.B. im Bereich der Drogenökonomie (Kolumbien oder Afghanistan) genauso wie auf legalen Märkten durch den Verkauf von Erdöl (Nigeria, Sudan) oder Holz (Kambodscha) oder Erzen (Indonesien). Diese ökonomischen Machtkämpfe werden häufig angeheizt durch internationale Unternehmen, die mit einer der Konfliktparteien Verträge abschließen und so die Konflikte finanzieren und motivieren. Die G8-Staaten hätten es hier in der Hand, durch ihre Importpolitik ein Beispiel zu geben und die Finanzierung von Konflikten weitgehend zu unterbinden.

Armut tötet!

Armut ist einer der wichtigsten Risikofaktoren für den Ausbruch von Bürgerkriegen. Für die Armut in vielen Ländern ist die Kolonialpolitik der westlichen Staaten genauso mit verantwortlich wie die neoliberalen Terms of Trade. Doch auch der Klimawandel, der vor allem durch die reichen Industriestaaten und durch deren verantwortungslose Politik und Konsumhaltung verursacht ist, tötet. Der Klimawandel führt zur Ausbreitung von Wüsten. Alle 10 Tage geht Land in der Größe Berlins für die Bewirtschaftung verloren und eine Fläche, die etwa 3,5mal Europa umfasst, ist von Verödung bedroht. Rund eine Milliarde Menschen – vor allem in Afrika – ist dadurch in ihrer Lebensgrundlage gefährdet. Dies wiederum führt zu Hunger, Armut, Migration und eben auch zu Konkurrenz um die verbliebenen Ressourcen. Der Konflikt in Darfur etwa ist auch ein Konflikt zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern um immer weniger Wasser.

Ohne eine andere Wirtschafts- und Umweltpolitik in den reichen und mächtigen Staaten werden immer wieder Konflikte und Bürgerkriege „ausbrechen“. Sinnvoller und effektiver als „Friedens“-Truppen zu finanzieren, ist die Bekämpfung der Armut. Eine Verdopplung des Pro-Kopf-Einkommens halbiert das Risiko von gewalttätigen Aufständen und jeder Prozentpunkt Wachstum – sofern es nicht nur wenigen zugute kommt – reduziert das Kriegsrisiko entsprechend, da so selbst bei niedrigem Einkommensniveau Hoffnung auf eine bessere Entwicklung entsteht. Doch genau das

nötige Wachstum ist für die Verliererstaaten der Globalisierung kaum zu erzielen und so bewegen sich diese in einer „Konfliktfalle“, in der aus Hoffnungslosigkeit leicht Kriege werden können und diese Kriege – nach ihrem Ende – oft die ökonomische und politische Grundlage für neue Kriege bilden. Der Zusammenhang von Bürgerkrieg und Armut ist empirisch eindeutig und ohne den Aufbau einer entsprechenden ökonomischen Grundlage helfen weder „good governance“, noch ethnische Homogenität noch „Sicherheitspolitik“. So produziert Armut Krieg und Krieg produziert Armut. Ohne Entwicklung keine Sicherheit!

Armutsbekämpfung wurde auf allen G8-Gipfeln der letzten Jahre zum Ziel erklärt. Konkrete Veränderungen folgen selten. Oft verschlechtert sich sogar die Situation. So wird im Rahmen der EU in der Haushaltsplanung sichtbar, dass bis 2013 der Budgetanteil des Beitrags der EU zu den Millenniums-Entwicklungszielen sinken wird, gleichzeitig soll der Anteil für „sicherheitsorientierte“ Instrumente zunehmen.

Entwicklungshilfegelder werden vermehrt für Militär und Polizei ausgegeben (z.B. im Kongo). Es verwundert deswegen nicht, wenn die Finanzmittel für konkrete Entwicklungshilfe reduziert werden. Im Haushaltsplan der Kommission wurde entsprechend der Ansatz für die Bekämpfung arbeitsbedingter Krankheiten im Jahr 2006 auf 76 Millionen gekürzt. 2005 waren es noch 102 Millionen (Haushaltsplan der Kommission, Titel 21020702). Die Kürzung von Geldern für die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose ist mehr als befremdlich, erklärten EU-Politiker doch z.B. auf dem G8-Gipfel in Schottland 2005, dass sie ihre Anstrengungen in diesen Bereichen steigern werden. Dazu kommt, dass AIDS auch massive sicherheitspolitische Implikationen hat. Steigende Zahlen von AIDS-Waisen lassen die Menge von sozial und ökonomisch nicht versorgten Kindern und Jugendlichen wachsen, führen vermehrt zur Bildung von (klein) kriminellen Jugendgangs und machen die Rekrutierung von Kindersoldaten verhältnismäßig einfach.

„Sicherheitskräfte“ und Waffenhandel

„Hilfe“ für destabilisierte Regionen sieht nicht selten so aus, dass Armeen und Polizei gestärkt werden. Ausbildung, Beratung und

Ausrüstung von „Sicherheitskräften“ diente zu Zeiten des kalten Krieges vor allem der „Eindämmung“ des jeweiligen Gegners. Die neuen „Argumente“ klingen nun bei allen G8 Staaten (inklusive Russland) gleich: „Bekämpfung von Terrorismus“, „Eindämmung von Drogenhandel“ oder schlicht „Festigung der Staatsgewalt“. Demokratische Ansätze in ärmeren Regionen werden dadurch meist geschwächt, während gleichzeitig eine Zunahme des Militarismus befördert wird. Auch empirisch lässt sich belegen, dass eine Steigerung der Militärausgaben (und der Hilfe dafür aus dem Ausland) auch bei bürgerkriegsgefährdeten Ländern keinerlei effektive Reduzierung des Konfliktrisikos darstellt. Hohe Militärausgaben erzielen auch keinen Abschreckungseffekt auf Rebellen. Es kann eindeutig nachgewiesen werden, dass das Kriegsrisiko mit der Höhe der Militärausgaben steigt. Dieser Effekt ist auch dann nachweisbar, wenn man berücksichtigt, dass die Ausgaben dort höher sind, wo die Unsicherheit größer ist.

Ein Regierung, deren Prioritäten in einer sozialen Politik liegen, die allen Bevölkerungsteilen zu gute kommt, signalisiert damit ein Interesse an Ausgleich und Frieden. Hohe Militärausgaben signalisieren das Gegenteil und lassen Vereinbarungen mit Rebellen oder sozialen Bewegungen als völlig unglaubwürdig erscheinen. „Hilfe“ westlicher Staaten zur Herstellung von „Ordnung und Sicherheit“ versucht teilweise die problematische Stärkung des Militärs dadurch zu vermeiden, dass lokale Polizei unterstützt oder aufgebaut wird. Doch auch diese Maßnahmen bringen für die Bevölkerung nicht unbedingt mehr Sicherheit, wenn nicht gleichzeitig zivile Mitspracherechte und Einflussmöglichkeiten entstehen. Mord oder Misshandlung durch staatliche „Sicherheitskräfte“ bedeuten für Teile der Bevölkerung oft ein höheres Risiko als die Gefahren durch Rebellenarmee oder „normale Kriminelle“. Das Fazit einer Untersuchung zur Frage der Bedrohungslage von Menschen in Südostasien ist hier symptomatisch: „Es ist wichtig zu betonen, dass die meisten Gemeinden sich durch die Exzesse der Sicherheitskräfte und der Polizei bedroht fühlten. In einigen Fällen wurden die Staatsorgane im Vergleich zu den bewaffneten ‚Militanten‘ als gefährlicher empfunden.“ (Banerjee, Dipankar / Muggah; Robert: SMALL ARMS AND HUMAN INSECURITY, Colombo, 2002, S. 57)

Ausgaben für zivile Infrastruktur, für Bildung und medizinische Versorgung sind für viele Länder nur möglich durch eine radikale Umverteilung ihrer Ressourcen und

mit zielgerichteter Hilfe von außen. Doch die Hilfe von außen besteht häufig genug in einem breiten Angebot an Waffensystemen. In Südasien nahmen Militärausgaben von 1991 bis 2000 um 59% zu. In Afrika (südlich der Sahara) nahm zwar in den 90er Jahren der Waffenimport offiziell ab, er stieg aber 1999 und 2000 wieder drastisch an. So hat z.B. Angola 2001 3.1% des Bruttoinlandsproduktes für Militär ausgegeben aber nur 2,7% für den Bildungsbereich. In Sierra Leone, dem weltweit ärmsten Land, ist das Verhältnis sogar 3,6% für Militär zu 1% für Bildung (*SIPRI Yearbook 2002, Oxford 2002*). Die G8-Länder, als größte Waffenexporteure, tragen hier bei der Reduktion von Rüstungsexporten die zentrale Verantwortung.

Ein weiteres Ressort, das öffentliche Ausgaben in sozialen Bereichen drastisch erschwert, ist der Bereich der Schuldentilgung; Schulden, die nicht selten dadurch entstehen, dass Industriestaaten mit Bürgerschaften Waffenexport in verarmte Länder absichern.

Der internationale Waffenhandel ist fest in der Hand der G8-Staaten. Sechs der acht Länder gehören zu den Top10 der globalen Waffenexporteure. Den ersten Platz nehmen die USA ein, gefolgt von Großbritannien, Frankreich, Rußland und Deutschland und Italien. Beim Wert der Kleinwaffen findet sich Deutschland auf Platz 3 (controll arms 6/2005). Besonders auffällig ist, dass Waffen trotz anderslautender Gesetzeslage schwerpunktmäßig in Krisengebiete geliefert werden. Im Mittel der letzten Jahre gingen jährlich Waffen im Wert von 15 Milliarden US\$ in diese Regionen. Mit dem

Ergebnis, dass im Libanonkrieg im Sommer 2006 nicht nur deutsche Waffen auf beiden Seiten der Front eingesetzt wurden. Frankreich und Deutschland haben trotz eines EU-Embargos Waffen z.B. nach China, Myanmar und in den Sudan exportiert. Deutsche Kleinwaffen gingen in den letzten Jahren u.a. nach Ägypten, Kasachstan, Kuwait, Malaysia, Mexiko, Thailand und Nepal. Vor allem die letztgenannten Länder sind Unruhegebiete, in denen davon auszugehen ist, dass die Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird.

Der Gesetzestext des Kriegswaffenkontrollgesetzes ist zwar restriktiv, aber das deutsche Außenwirtschaftsgesetz fördert faktisch den Export von Waffen. Eines der wichtigsten rechtlichen Schlupflöcher ist der Export von Komponenten. So werden z.B. Deutzmotoren in der Ukraine in gepanzerte Fahrzeuge eingebaut und dort mit Granatwerfern oder ähnlichem ausgestattet. Ein weiteres Problem ist die Lizenzvergabe. Besonders berüchtigt ist hier Heckler und Koch, deren Sturmgewehre in allen Krisengebieten der Welt zu finden sind. Auch der Weitervertrieb von Waffen in Drittländer wird kaum kontrolliert. Ganz offensichtlich sind die Gesetze sowie deren Umsetzung wenig adäquat. Auch neuere Versuche, wie das EU-Grünbuch für Rüstungsexporte versprechen keine Abhilfe, da sie im wesentlichen an der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Rüstungsindustrie orientiert sind. Durch diese Politik tragen die beteiligten Staaten Verantwortung für politische Spannungen, Ausbeutung und Gewalt an ZivilistInnen.

Da Waffen, wenn sie einmal produziert

sind und Lizenzen, wenn sie einmal vergeben sind, offensichtlich kaum zu kontrollieren sind, bleibt das Verbot von jeglichem Waffenexport und jeglicher Lizenzvergabe, die einzig politisch konsequente Forderung. Ergänzt werden muss dies durch verstärkte Anstrengungen beim Einsammeln und Zerstören von Waffen und Munition, die sich im Umlauf befinden, sowie durch weltweite Abkommen zur Nichtverbreitung von Kleinwaffen. Der politische Kampf muss sich klar gegen die Produktion und Verbreitung jeglicher Waffensysteme richten. „Abrüstung durch Krieg“, wie es in Bezug auf den Iran auf der Tagesordnung steht, ist jedoch mehr als kontraproduktiv.

Fazit

Ein Plädoyer gegen militärische Interventionen darf nicht gleichgesetzt werden mit Nicht-Einmischung. Es gibt zahlreiche Ansatzpunkte, an denen – neben der rein humanitären Hilfe (Nahrung, medizinische Hilfe etc.) – die Konfliktdynamiken unterbrochen werden können. Kein Krieg funktioniert ohne Soldaten, ohne Geld und ohne Waffen. Verbote von Rüstungsexporten, Druck auf Staaten, die Krisengebiete beliefern, internationale Kontrolle von Finanzströmen (aus Ressourcenverkauf oder von militanten Exil-Gruppierungen) und Hilfe für Deserteure (z.B. Asyl) wären sehr effektive Möglichkeiten der Konflikteindämmung. Hier hätten die G8-Staaten viele Möglichkeiten zur Deeskalation in der Hand. Es bleibt zu befürchten, dass die versammelten Staats- und Regierungschefs weiterhin ihre Verantwortung für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Kriegen und Bürgerkriegen weitgehend ausblenden und stattdessen ihre aggressive Politik fortsetzen.

Alle G8-Staaten (auch Russland) tragen zur globalen Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik bei, die über militärische Stärke abgesichert wird. Auch in der Innenpolitik werden neoliberale Prinzipien durch Sozialabbau durchgesetzt und die Repression nach innen kombiniert mit dem Abbau von Menschenrechten ist in beinahe allen G8-Staaten zu beobachten. Dagegen hilft nur globaler vernetzter und entschiedener Widerstand.



Gegenwind Resistance

G8-Wimpel

Eine weite Verbreitung wünschen wir uns für die tollen G8-Gegenwind-Wimpel. Wie die Pace-Fahne gegen den Irak-Krieg setzen die Gegenwind-Wimpel Signale gegen die G8. Ob am Stab oder als Girlande, am Fahrrad, Auto, Kinderwagen, im Balkonkasten oder Vorgarten: Alle, die wollen, dass sich der Kurs ändert, dass globale soziale Rechte, Abrüstung und nachhaltiges Wirtschaften Vorrang haben, sollen sie/sich zeigen und damit andere ermutigen. Und bei den örtlichen Aktionstagen und anderen gemeinsamen Aktivitäten kann der Gegenwind sichtbar werden.

Den Wimpel gibt es in zwei Varianten:
zum Verschenken und Dekorieren in 18 x 42 cm, 4farbig bedruckt, leichter Fahnenstoff mit ca. 2cm breiten Hohlsaum rechts. 2 Euro das Stück. Lieferung erfolgt ohne Stab.

Für Wand, Balkon, Demo und Inforeveranstaltung als Mobilisierungswimpel, ca. 1m x 2,4m groß, 4farbig, rundum gesäumt mit Hohlsaum an der Stangenseite. 10 Euro das Stück. Lieferung erfolgt ohne Stab.

Einfach bestellen im Attac Webshop unter www.attac.de/material

G8! Globalisierung geht ganz anders: Mensch und Umwelt vor Profit! www.attac.de/G8

GEGENWIND RESISTANCE

8 Factsheets zur Politik der G8 und unserer Kritik daran

Im Mai und Juni 2007 soll ein breiter Protest gegen den sogenannten Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm bei Rostock stattfinden. Zahlreiche Gruppen und Organisationen mobilisieren schon. Es gibt viele gute Gründe, sich zu engagieren. Wer sie kennt, kann sich besser einmischen. Diese Factsheets wollen dabei helfen!

- 1. Internationale Finanzmärkte**
Warum lassen sich die G8 von den Finanzmärkten auf der Nase herumtanzen – oder wer tanzt da eigentlich?
- 2. Schulden und Steuern**
Wie halten die G8 die Umverteilung von unten nach oben weltweit in Schwang?
- 3. Geistige Eigentumsrechte**
Was geschieht, wenn Patente auf Medikamente, Saatgut und Software weltweit durchgesetzt werden?
- 4. Energie**
Wohin führt die Energiepolitik der G8? Und wer bekommt die Folgen zu spüren?
- 5. G8 und Krieg**
Wieso stimmt die Formel „Frieden durch Handel“ nicht – und was hat die G8 vom „Krieg gegen den Terror“?
- 6. Sozialabbau**
Weshalb geht die Schere zwischen Arm und Reich überall weiter auf? Wo bleiben globale soziale Rechte?
- 7. Dienstleistungen**
Wer fordert die Privatisierung öffentlicher Dienste? Und was heißt das für uns und für morgen?
- 8. Landwirtschaft**
Was bedeutet Ernährungs-Souveränität und warum schmeckt das den G8 so wenig?

factsheet 8x Fakten gegen G8

Die Gipfelwoche im Überblick:

	05. Juni 07	06. Juni 07	07. Juni 07	08. Juni 07	09. Juni 07	10. Juni 07	11. Juni 07	12. Juni 07
• Großdemo in Rostock	x							
• Aktions-Camp	x	x	x	x	x	x	x	x
• G8-Fernseh-Gottesdienst, Bad Doberaner Münster		x						
• Aktionstag am Bombodrom: www.schickschmiede.org		x						
• Aktionstag zur Migration www.nolager.de			x					
• Blockade-Aktion(en) blockade@g8-2007.de		x	x	x				
• Aktionstag, Mülltätlerhaufen Rostock-Laage, www.g73.de			x					
• G8-Gipfel Treffen der 8 Staatschefs								
• Gegen-Gipfel in Rostock www.g8-germany.info						x	x	x
• Kulturveranstaltung in und um Rostock: mit Künstlern aus aller Welt						x		
• Abschlussdemo								x

Eine aktualisierte Terminübersicht gibt es unter: www.attac.de/G8

attac
www.attac.de

G8-Factsheets

Ansprechend und knackig aufbereitet eignen sich diese bunten, zweiseitig bedruckten Infoblätter hervorragend zum Verteilen und zur knappen Einführung in die Politik der G8. Die acht Themen sind einzeln (6 Cent pro Blatt) oder gesammelt mit Deckblatt (60 Cent) erhältlich.

Behandelt werden:

1. Internationale Finanzmärkte
2. Schulden und Steuern
3. Geistige Eigentumsrechte
4. Energie
5. G8 und Krieg
6. Sozialabbau
7. Dienstleistungen
8. Landwirtschaft

Einfach bestellen im Attac Webshop unter www.attac.de/material

Die Regeln der Reichen

Die G8 und Freihandel

von Alexis J. Passadakis

Dass das Treffen der Regierungschefs der Gruppe der Acht nicht nur G8-Gipfel, sondern auch Weltwirtschaftsgipfel genannt wird, gerät manchmal in Vergessenheit. Mit vor allem aus propagandistischen Gründen als Schwerpunkte der Treffen ausgerufenen Themen wie AIDS, Klimawandel, Entwicklungshilfe für Subsahara – Afrika etc. versuchen sich die G8-Staaten als „verantwortungsvolle Problemlöser“ selbst zu inszenieren und mit einem Schein von Legitimität zu umgeben. Hinter diesem Deckmäntelchen schreiben sie die Ungerechtigkeiten des Weltwirtschaftssystems weiter fest: d.h. insbesondere eine neoliberale Freihandelspolitik zugunsten der transnationalen Konzerne.

Dies ist kein Wunder. Schließlich haben über zwei Drittel der 200 weltweit größten Konzerne ihren Sitz in den acht Staaten, die diese informelle Gruppe bilden. Außerdem vereinigen sie etwa zwei Drittel des Weltsozialprodukts auf sich. Und sie tätigen 44,5% der weltweiten Exporte. Nach dem Dafürhalten der G8-Regierungen soll es bei dieser Ballung von wirtschaftlicher und politischer Macht in ihren Händen auch bleiben. Allerdings sind die G8-Gipfel nicht der Ort, an dem die Liberalisierung und neoliberale Re-Regulierung der Volkswirtschaften ausgehandelt und in internationales Recht gegossen wird. Bilaterale und regionale Abkommen und Organisationen wie die Weltbank, der IWF und die WTO spielen hier die entscheidende Rolle. In enger Abstimmung arbeitet die „Unholy Trinity“ aus Weltbank, IWF und WTO daran, das Liberalisierungsparadigma und damit optimale Kapitalverwertungsbedingungen für

Konzerne weltweit durchzusetzen. Die G8-Staaten (minus Russland) sind der größte Machtfaktor in allen drei Institutionen. Das bedeutet allerdings nicht, dass dort immer mit einer Stimme gesprochen würde, oder, dass diese Hegemonie nicht herausgefordert werden würde.

Auch wenn die G8-Gipfel oder die übrigen permanenten G8-Konsultationsstrukturen die Ebene sind, auf der neue Marktöffnungsprojekte angestoßen oder zumindest maßgeblich vorangetrieben werden, spielen die Gipfel-Events durchaus eine Rolle dabei, den herrschenden Freihandelskonsens zu bestätigen und verdichten. So gehört seit Mitte der 80er Jahre das „Bekenntnis“ der Regierungschefs zum „Freien Welthandel“ zu jeder Gipfel-Abschlussklärung. Seit dem Beginn der Doha-Runde der Welthandelsorganisation im November 2001 wird in den Gipfel-dokumenten ihr schneller Abschluss beschworen: *„Wir rufen alle WTO-Mitglieder auf, sich mit noch größerer Dringlichkeit um den Abschluss dieser Verhandlungsrunde bis Ende 2006 zu bemühen“* (BMWA 2005: 64).

Die bröckelnde Hegemonie des Nordens

Der Abbruch der WTO-Verhandlungen im Juli 2006 in Genf deutet allerdings die mit dem Aufstieg der Schwellenländer verändereten weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse an und zeigt die beschränkte Wirkung der Institution „G8-Gipfel“ auf. Denn dem informellen Treffen der G6 (EU, USA, Japan, Australien, Indien und Brasilien), das die Unterbrechung der Verhandlungen auslöste, war nur eine Woche zuvor der G8-Gipfel in St. Petersburg vorausgegangen. Dort hatten die Staatschefs der G81 einvernehmlich einen baldigen Verhandlungsabschluss der Doha – Runde herbeigewünscht. Am Folgetag des Gipfels fand sogar ein Treffen der G8-Staaten mit Vertretern der

G20, der Gruppe der großen Schwellenländer in der WTO statt. Auch dort beschworen die „Chefs“ öffentlich schnelle Resultate bei den Verhandlungen, während die Verhandlungsmaschine jedoch in eine ganz andere Richtung lief. „Alle Gespräche in allen Verhandlungsgruppen der WTO werden auf unbestimmte Zeit ausgesetzt“, musste Pascal Lamy, der ehemalige EU-Handelskommissar und derzeitige Generaldirektor der Welthandelsorganisation, am Montag den 24. Juli in Genf verkünden. Walden Bello, Direktor der südostasiatischen NGO Focus on the Global South, kommentierte den Kollaps der Gespräche mit den Worten „Das ist das Beste, was den Entwicklungsländern seit langer Zeit passiert ist.“ Der globalisierungskritische Vordenker hat Recht, wenn er die ärmsten Länder meint und die Menschen mit Niedrigsteinkommen überall auf der Welt. Ein WTO-Abkommen wäre für Arme in jedem Fall ein schlechter Deal gewesen.

Prognosen des Desasters

Seit Jahresbeginn erschienen zahlreiche Studien von internationalen Institutionen (Weltbank, UNCTAD) bis zu nicht-staatlichen Organisationen (International Confederation of Free Trade Unions - ICFTU, Carnegie Endowment), die aus entwicklungspolitischer Sicht desaströse Szenarien bei einem Abschluss der Runde prognostizieren. Das sich abzeichnende WTO-Abkommen bedeutet für die multinationalen Konzerne in Nord und Süd gesteigerte Profitmöglichkeiten, während es viele Bevölkerungsgruppen, insbesondere in den Entwicklungsländern, in (weiterer) Verarmung drängt.

Die Studie der Stiftung Carnegie Endowment for International Peace über Agrarliberalisierung und Zollsenkung im Industriegüterbereich kommt z.B. zu dem Schluss, dass die Entwicklungsländer selbst unter Annahme der günstigsten Vorschläge in der Doha – Runde die Verlierer sein

würden. Durch die weitere Liberalisierung des Agrarhandels wird es für die ärmsten Länder keine Wohlfahrtsgewinne geben. Länder mit starker exportorientierter Agroindustrie wie Brasilien und Thailand würden profitieren, aber auch in Brasilien würde die bäuerliche Landwirtschaft massiver Verdrängung ausgesetzt sein. Insgesamt würde das Weltsozialprodukt nur um 0,2 Prozent wachsen; dabei würden 90 Prozent auf einen verstärkten Handel mit Industriegütern zurückzuführen sein. Die daraus entstehenden Gewinne kommen im überwiegenden Maße den Industrieländern zugute. Lediglich einige exportstarke Schwellenländer, insbesondere China und Indien, könnten profitieren. Schrumpfen würden hingegen die Ökonomien in allen afrikanischen und den meisten lateinamerikanischen Ländern (Polaski 2006). In einem Schreiben an den Wirtschaftsminister Glos vom 6. Juli 2007 kritisiert der IG Metall-Vorsitzende Peters folgerichtig dieses Phänomen und die Verhandlungsposition der Bundesregierung wegen der zu erwartenden De – Industrialisierungseffekte in Entwicklungsländern: „Erfolgreiche Teilnahme am internationalen Handel setzt ein hinreichendes Maß an erfolgreicher Industrialisierung voraus – nicht umgekehrt“ (Peters/Rhode 2006).

Die „neue Quad“

Trotz der prognostizierten Verschärfung des sozialen Desasters artikulieren die Unterhändler der großen Schwellenländer durchaus vehement ihr Interesse, die de facto seit der Ministerkonferenz in Seattle 1999 laufenden Gespräche bald in einem neuen Vertragswerk münden zu lassen. Schließlich stehen sie unter dem Druck der multinationalen Konzerne und ihrer Verbände, endlich greifbare Ergebnisse zu produzieren. So kommt es nicht von ungefähr, dass der indische Handelsminister Kamal Nath und der EU-Handelskommissar Peter Mandelson gerade während der kritischen Verhandlungsphase in der International Herald Tribune vom 5. Juli 2006 einen gemeinsamen Artikel veröffentlichten, um Einigkeit zumindest bei einigen Fragen, in diesem Fall „Trade Facilitation“, zu demonstrieren (Nath/Mandelson 2006). Und der brasilianische Präsident Lula lobte in einem Interview, veröffentlicht in der Financial Times am 11. Juli, die Haltungen von Blair, Bush und Merkel, da sie ein Abkommen befördern würden, während er die Position des französischen Präsidenten Chirac wegen

seiner Verteidigung der Interessen als französischer BäuerInnen als „nicht konstruktiv“ kennzeichnete (Financial Times 2006). Im Vorfeld des Treffens der G8-Staaten mit zentralen Akteuren aus der G20 (Indien, China, Brasilien und Mexiko) am 17. Juli übte er damit gezielt Druck zugunsten der Agenda der multinationalen Agrarexporteure aus, die eine Öffnung des europäischen Agrarmarktes herbeiführen wollen.

Abgesehen von der Weichenstellung hin zu einer Verschärfung der Liberalisierungsregeln in den Bereichen Agrarprodukte, Dienstleistungen und Handel mit Industriegütern, ist die wachsende Macht der Regierungen der Schwellenländer Indien und Brasilien bei den Verhandlungen ein zentrales Ergebnis der vergangenen Jahre. Die WTO ist nämlich keine Organisation mehr, in der die Triade, die EU, Japan und die USA, ihre Projekte einfach durchsetzen können. Wichtige Vorhaben sind gescheitert: eine Erweiterung der WTO in der Doha – Runde, so wie es in der Uruguay – Runde gelang, neben dem GATT als neue Bereiche das GATS, das TRIMS und das TRIPS zu verankern (Braithwaite/Drahos 2000; The Corner House 2003), ließ sich nicht durchdrücken. In Cancún versuchten die EU und die USA, das Muster der Uruguay-Runde zu wiederholen. Diese war nämlich nach anfänglichem Widerstand von einigen Entwicklungs- und Schwellenländern in den 90er Jahren von der EU und den USA im Wesentlichen als eine bilaterale Veranstaltung geführt worden. Mit dem Scheitern der Ministerkonferenz von Cancún 2003 allerdings verschwanden die so genannten „neuen Themen“ Investitionen, Öffentliches Beschaffungswesen, Handelsleichterungen und Wettbewerb als eigenständige Verhandlungsbereiche von der WTO-Agenda – zumindest bis zum heutigen Zeitpunkt. Seitdem bestimmt die neue Gruppe, die „neue Quad“, bestehend aus der EU, den USA, Brasilien und Indien, das Verhandlungsgeschehen – in einigen Fällen erweitert um Japan und Australien (G6). Damit verknüpft ist allerdings weder, dass Entwicklungsinteressen im Allgemeinen mehr Berücksichtigung gefunden hätten, noch dass eine „Demokratisierung“ der WTO stattgefunden hätte. Aufgrund veränderter wirtschaftlicher Kräfteverhältnisse gibt es lediglich eine, wenn auch folgenreiche, Veränderung der Akteurskonstellation in der Welthandelsorganisation: Die Schwellenländer spielen eine größere Rolle in der WTO, allerdings ist diese Rolle auch das Ergebnis der neoliberalen Transformation dieser Staaten im

Interesse z.T. auch nördlichen Kapitals (Eberhardt/Passadakis 2006).

Exportgut aus Deutschland: Armut

Trotz dieser veränderten Konstellation sind es jedoch die Regierungen des Nordens und mithin der G8-Staaten, die die aggressivsten Liberalisierungspläne in der WTO Schritt für Schritt durchsetzen. In der europäischen Union wiederum gehört die deutsche Bundesregierung zu den Hardlinern: So unterstützten Wirtschaftsminister Glos und Landwirtschaftsminister Seehofer die EU-Kommission in Hongkong dabei, in den Agrarverhandlungen bis zum letzten Moment das Enddatum für das Auslaufen der EU-Exportsubventionen zurückzuhalten.

Denn das deutsche Hauptinteresse liegt in weit reichenden Marktöffnungen der Schwellenländer bei NAMA und GATS. Dies ist auch kein Wunder, ist die BRD als „Exportweltmeister“ doch extrem vom Weltmarkt abhängig. Deutschland exportierte 2003 Güter im Wert von ca. 760 Mrd. Euro (ungefähr doppelt soviel wie noch 1989) und damit mehr als jedes andere Land. Für das Jahr 2005 wurde der weltweit höchste Exportüberschuss von 160,5 Mrd. US-Dollar erzielt.

Mit diesem Export von Waren geht allerdings auch die Ausfuhr von etwas anderem einher: Arbeitslosigkeit und Armut. Um diesen enormen Exportüberschuss zu erzielen, müssen nämlich andere Produzenten weltweit niederkonkurriert werden bzw. deren Entstehung im Keim verhindert werden. Die Marktöffnungspolitik der WTO ist dazu ein passables Mittel: in der BRD ansässige multinationale Konzerne erhalten somit verbesserten Zugang zu anderen Wirtschaftsräumen und können dort ihre ökonomische und politische Macht ausweiten. Damit die Interessen dieser Großunternehmen weiterhin ihre Wirkung auf die Verhandlungen entfalten, unterhält der Bund Deutscher Industrie (BDI) seit einigen Wochen in Genf am Sitz der WTO eine Sonderdelegation. Und nicht zuletzt auf Druck des BDI hat Bundeskanzlerin Merkel die WTO-Verhandlungen zur Chefsache erklärt.

Ebenso hartnäckig ist das Lobbying der amerikanischen National Association of Manufacturers (NAM) und von UNICE, des europäischen Arbeitgeberverbandes. Denn die multinationalen Unternehmen und ihre Verbände versprechen sich enorme Gewinnmöglichkeiten, insbesondere in Indien, Brasilien und China. In einem gemeinsamen

Schreiben vom 16. Juni 2006 fordern sie den US-Präsidenten Bush und den EU-Kommissionspräsidenten Barroso auf, dass „[...] the U.S. and EU should jointly state that their agricultural offers are time limited and totally contingent upon willingness of those countries to make substantial cuts in their applied tariffs on manufactured goods [...] and elimination of non-tariff barriers (NTBs), and to make meaningful improvements in services market access“ (NAM/UNICE 2006). Diese Konzernagenda, in Verknüpfung mit weiterreichenden Forderungen von EU und USA, skizziert den Rahmen eines wahrscheinlichen Ergebnisses der Doha – Runde. Die sich abzeichnenden Umriss des drohenden desaströsen Abkommens werden auf den folgenden Seiten analysiert.

Die neue Geographie des Handels und der Produktion

Auch wenn noch nicht klar ist, ob, und falls ja, wann und wie die Regierungen der Mitgliedstaaten der WTO die Doha – Runde vielleicht doch noch abschließen werden, eines steht fest: die WTO wird sich umfassend verändern. Denn der rasante ökonomische Aufstieg der Schwellenländer führt zu einer „neuen Geographie des Handels“. Diese schlägt sich mit der Herausbildung der „neuen Quad“ bzw. der G6 bereits deutlich auf die Verhandlungsstruktur der Welthandelsorganisation nieder.

Die neue Kräftekonstellation wirkt sich aber auch auf andere internationale Organisationen aus. Im Dezember 2005 zahlten Brasilien und Argentinien – letztere mit Hilfe der venezuelanischen Regierung – ihre Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) auf einen Schlag zurück. Indonesien wird diesem Beispiel folgen und im Laufe des Jahres 2006 ebenfalls vorzeitig die Hälfte seiner Kredite zurückzahlen. Die restlichen 3,9 Mrd. US-Dollar sollen dann 2007 aus den auf 43,8 Mrd. Dollar aufgelaufenen Devisenreserven beglichen werden. (Antara News 2006). Und zahlreiche andere Länder planen, in Zukunft keine neuen Kredite mehr aufzunehmen. Zudem gibt es regionale Initiativen, die zur Gründung eigener Währungsinstitutionen führen könnten. Seit 2000 gibt es im ost-asiatischen Raum die „Chiang Mai-Initiative“ der ASEAN-Staaten und einiger weiterer Staaten zur Deckung kurzfristiger Liquiditätsengpässe und kürzlich regten die argentinische und venezuelanische Regierung die Ausgabe von Staats-

anleihen (sog. „Bonds of the South“) im Rahmen des Mercosur an. Was für den IWF einen massiven Machtverlust bedeutet, ist für die Schwellenländer die Chance auf eine Entwicklung ohne das Konditionalitätenkorsett dieser vom Norden dominierten Finanzinstitution. Diese neuen Spielräume der Schwellenländern bleiben zudem nicht ohne Folgen für die Verhandlungen in der WTO: Den Staaten des Nordens, insbesondere EU und USA, fehlt nun mit der geringeren Schuldenlast der großen Länder des Südens ein erprobtes Druckmittel.

Die chinesische Wirtschaft hatte in den vergangenen Jahren Wachstumsraten von bis zu 11 Prozent, Indien immerhin von 6 Prozent. Während der Anteil Asiens am Weltsozialprodukt in den kommenden Jahren weiter steigen wird, gibt es Prognosen, die ein Sinken des Anteils des Nordens am Weltsozialprodukt bei einem Weltbevölkerungsanteil von heute 45 Prozent auf 30 Prozent im Jahre 2025 vorhersagen.

Die heute noch überragende Bedeutung der Märkte des Nordens für die Unternehmen aus Entwicklungs- und Schwellenländern wird sich daher zugunsten Asiens verschieben. Ein wichtiger Grund dafür ist auch das zum Jahresende 2005 auf 900 Mrd. US-Dollar angelaufene Leistungsbilanzdefizit der USA. Dieses Defizit ist Ausdruck der zentralen Wachstumsmaschine der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren: während in den USA konsumiert wurde und in Asien, insbesondere China produziert, wurden die asiatischen Exportgewinne wieder in US-amerikanischen Finanzmarktprodukten angelegt. Mittelfristig wird sich dieses System und damit das hohe Leistungsbilanzdefizit allerdings nicht aufrecht erhalten lassen; der Dollar wird an Wert verlieren. Der Wert von Importen der USA wird, wenn er in Nicht-Dollar-Währungen gemessen wird, daher fallen (Weisbrot/Rosnick 2006). In vorsichtigen Szenarien wird der US Markt für ausländische Waren und Dienstleistungen um 9,5 Prozent schrumpfen (208 US\$). Wenn folglich Entwicklungsländer in den kommenden Jahren ihre Exporte in die USA steigern wollen, können sie nicht mit einem dynamisch wachsenden Markt rechnen, wie es in den 90er Jahren bis in die Gegenwart der Fall war. Sie müssen sich einen Verdrängungswettbewerb insbesondere mit Mexiko und China liefern. Der bisher so attraktive US-Markt, mit dem die VerhandlerInnen der US-Regierung als wesentliches Verhandlungspfund Zugeständnisse von Entwicklungsländern abringen konnten, könnte sich als weit weniger lu-

krativ erweisen, als eine einfache Verlängerung der Wachstumstrends der letzten Jahre vermuten lässt.

Der Frage künftiger lukrativer Absatzmärkte und der neuen Dynamik von Handelsströmen und ihrer Auswirkung auf die internationalen zwischenstaatlichen Strukturen wie oben skizziert, liegt eine neue Geographie der Produktion zugrunde. In den vergangenen 15 Jahren hat sich China, hier insbesondere Süd-China, zu einem Zentrum globaler industrieller Produktion entwickelt. Der WTO-Beitritt Chinas 2001 hat diese Entwicklung weiter beschleunigt. Die chinesische Industrie beschäftigt zurzeit ca. 83 Millionen Menschen – ungefähr so viele wie die 14 OECD-Mitgliedsstaaten zusammen. Da die Reserven von Arbeitskräften bei weitem noch nicht erschöpft sind, ist abzusehen, dass dort die Lohnkosten nicht oder kaum steigen werden. Der Entstehung und Verlagerung zusätzlicher produktiver Kapazitäten dorthin wird sich fortsetzen. Die Exporte in China produzierender einheimischer und insbesondere auch ausländischer Unternehmen setzen die Produktion in den Ländern der Triade, allerdings auch vielen Schwellenländern, somit weiter unter Druck (Frank 1998). Die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse werden sich weiter verschieben und die Hegemonie des Nordens in den internationalen Organisationen verstärkt in Frage gestellt werden. Was sich allerdings nicht ändert, sind die sozialen und ökonomischen Spaltungen und die Ungerechtigkeiten, die die neoliberale Form der Globalisierung impliziert.

Es gibt Alternativen...

Diese Verwerfungen aber führen weltweit zu Protesten und der Entwicklung alternativer Konzepte – gerade auch die Auseinandersetzungen mit der WTO. Am avanciertesten sind die Vorstellungen zu einer globalen Landwirtschaft jenseits des Liberalisierungsparadigmas und der Exportorientierung des WTO-Agrarabkommens. „WTO raus aus der Landwirtschaft!“ lautet ein Motto der internationalen KleinbäuerInnen – Organisation La Via Campesina. Ihr geht es um das „Recht auf Ernährungssouveränität“, d.h. das Recht jeder Gemeinschaft, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen. Dazu gehört das Recht selbst zu produzieren, was den Zugang zu Produktionsmitteln wie Boden, Wasser, Saatgut und Krediten voraussetzt (Via Campesina 2003). Das Konzept der Ernährungssouveränität

basiert auf den unmittelbaren politischen und sozialen Rechten von BäuerInnen, erstreckt sich aber bis hin zu Vorstellungen makro-ökonomischer Regulierung durch Schutzzölle.

Der Zugriff der GATS-Regeln auf Sektoren in dem auch öffentliche Dienstleistungen angeboten werden, ist weltweit in Auseinandersetzungen um Privatisierung thematisiert worden. Privatisierung bedeutet die Zurückdrängung von sozialen, ökologischen und demokratischen Ansprüchen, die an Dienstleistungen wie Wasser- und Energieversorgung, Bildungseinrichtungen und vieles mehr gestellt werden können, zugunsten der Profitorientierung. Die Reichweite des GATS, das Privatisierung und Liberalisierung rechtlich auf internationaler Ebene festschreibt, wird reduziert, wenn Dienstleistungen in der öffentlichen Hand verbleiben und demokratisiert werden. Denn dadurch sind sie nicht „handelbar“, können also nicht von transnationalen Konzernen aufgekauft werden (Dickhaus/Dietz 2005, Passadakis 2004, Deckwirth/Fette/Rügener 2004).

Gegen die Verhandlungen über Zollsenkungen bei Industriegütern (NAMA) führen Nichtregierungsorganisationen und insbesondere Gewerkschaften im Süden das Recht auf Entwicklung an. Zu diesem gehört eine eigenständige Industriepolitik, die als eines unter vielen auch auf Zölle als Instrument zurückgreifen können muss, um sich entwickelnde Industriezweige und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schützen. Auch Auflagen für multinationale Konzerne wie Joint Ventures zu bilden und bei der Produktion auf lokale Vorprodukte zurückzugreifen, sind entwicklungspolitisch wichtige, jedoch durch die WTO bedrohte Regeln.

Da sich in einem trotz der Aussetzung der Verhandlung noch immer möglichen Abkommen die Profitinteressen der exportorientierten Unternehmen aus Nord und Süd kristallisieren und soziale, ökologische und demokratische Belange außen vor bleiben, forderten deshalb im Juni über 100 internationale NGOs von Attac über Friends of the Earth und Third World Network bis hin zu Via Campesina in einem Brief die Handelsminister der WTO-Mitgliedsstaaten auf, die Doha – Agenda zu beerdigen (OWINFS 2006). An ihrer Stelle sei ein Paradigmenwechsel hin zu einem an sozialen Rechten und ökologischer Entwicklung orientierten Handelsregime nötig und möglich. Globale soziale Rechte und globale Demokratie sind der Maßstab an dem Handelsregeln sich messen lassen müssen. Bis es jedoch tatsächlich zu dieser erseh-

ten Neuausrichtung der globalen Handelspolitik kommt, bedarf es weitreichender Veränderungen der sozialen Kräfteverhältnisse auch auf den nationalen Ebenen und der transnationalen Kooperation

sozialer Bewegungen. Der G8-Gipfel in Heiligendamm ist ein Ort, an dem diese Kooperation zusammen- und dann weitergeführt werden kann. ❖

Antara News (2006) Bank Indonesia

Literatur:

confirms half of country's debt to IMF to be paid in 2006, vom 29. Mai 2006.
www.antara.co.id/en/seenws/?id=13441.
[28.06.2006]

BMWA (2005) G8-Weltwirtschaftsgipfel 2005, Berlin.

Braithwaite, John/Drahos, Peter (2000) Global Business Regulation, Cambridge : Cambridge University Press.

Deckwirth, Christina, Fette, Dominik, Rügener, Werner (2004) GATS lokal. Privatisierung in der Kommune und die Rolle des GATS. Berlin: WEED.

Dickhaus, Barbara/Dietz, Kristina (2005) Öffentliche Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck. Folgen von Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa, Berlin: WEED.

Eberhardt, Pia/Passadakis, Alexis (2006) Big Business in der WTO, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/06, S. 139-142.

Financial Times (2006) Lula to Promote Doha Talks during G8 Summit, by Richard Lapper and Jonathan Wheatley, 11. Juli 2006.

Frank, Andre Gunder (1998) ReOrient: Weltwirtschaft im asiatischen Zeitalter, London u.a.: University of California Press.

NAM/UNICE (2006) Joint Statement on WTO Doha Round, 15. Juni 2006, Washington, D.C.

Nath, Kamal/Mandelson, Peter (2006) Doha Round: It's not only what we trade, but how, in International Herald Tribune, 5. Juli 2006.

OWINFS (2006) Multilateral Trading system: time for a new approach. Letter to Trade Ministers, 26. Juni 2006, www.ourworldisnotforsale.org/showarticle.asp?search=1622.
[19.07.2006]

Passadakis, Alexis (2004) Stoppt die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen!, in: Bsirske, Frank u.a. (Hrsg.) Perspektiven! Soziale Bewegungen und Gewerkschaften, Hamburg: VSA-Verlag.

Peters, Jürgen/Rhode, Wolfgang (2006) Brief zu den NAMA-Verhandlungen in der WTO an Bundeswirtschaftsminister Glos, vom 6. Juni 2007.

The Corner House (Hrsg.) (2004) Who owns the Knowledge Economy? Political Organising Behind TRIPS, Briefing Nr. 32, Dorset.

Polaski, Sandra (2006) Winners and Losers: Impact of the Doha Round on Developing Countries, <http://www.carnegieendowment.org>.
[26.06.2006]

Via Campesina (2003) What is Food Sovereignty?, Jakarta, www.viacampesina.org.

Weisbrot, Mark/Rosnick, David (2006) A Shrinking Market: Projections for U.S. Imports, Washington: Center for Economic and Policy Research.

Anmerkungen

1 In diesem Fall eigentlich nur der G7-Staaten, denn Russland ist nicht Mitglied der WTO. Zwar hatte die russische Regierung darauf hingearbeitet, genau aus Anlass des Gipfels das Signal für einen baldigen Beitritt zu bekommen, die USA lehnten dies jedoch ab.

Die Rolle der G8 im internationalen Finanzsystem

von Philipp Hersel und Sven Giegold

Ein internationales Finanzsystem umfasst zwei zentrale Komponenten: 1. Ein System, das die Austauschverhältnisse, d.h. die Wechselkurse zwischen nationalen Währungen regelt („Internationales Wechselkurssystem“) und 2. eine Regelung, zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen überhaupt Geld bzw. Kapital über Grenzen hinweg bewegt werden darf („Kapitalverkehrsregime“).



Beide Teilsysteme sind politisch bestimmt und die Durchsetzung politisch überwacht. Zu diesem Zweck gibt es eine unübersichtliche Vielzahl von internationalen Organisationen. Zu nennen sind hier besonders 1. der Internationale Währungsfonds (IWF), 2. die Weltbank, 3. der Pariser Club, 4. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), 5. die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und 6. das Baseler Komitee für internationale Bankenaufsicht (Basel Committee for Banking Supervision-BCBS).

Zwar hört man heute oft, dass sich die internationalen Finanzmärkte der politischen Kontrolle entzogen hätten. Das gilt aber nur insofern, als dass die bisher relevanten politischen Akteure (d.h. die Staaten und ihre internationalen Organisationen) die Spielräume der privaten Akteure seit den 1970er Jahren massiv ausgewei-

tet haben. Banken, Investmentfonds und private Vermögensbesitzer bewegen sich überwiegend im Rahmen der Gesetze, die ihnen die Staaten zur Verfügung gestellt haben. Dabei stehen die Staaten natürlich unter Druck der Finanzmarktakteure, sind ihnen aber nicht ausgeliefert. Anders ausgedrückt: Die mächtigen Staaten haben den internationalen Finanzmärkte eine ziemlich lange Leine gelassen. Wäre aber der gemeinsame politische Wille da, so könnten die politischen Akteure diese Leine rasch anziehen. Dass dies praktisch geht und auch getan wird, beweisen die Bemühungen der westlichen Industrieländer, durch massive Überwachung und Kontrolle von Finanzbewegungen nach dem 11. September 2001 die Finanzquellen terroristischer Gruppen auszutrocknen.

Wer sind aber nun genau die relevanten politischen Akteure, welche sind die „mächtigen Staaten“ und welche Rolle spielt dabei die „Gruppe der Acht“ (G8) und ihre Mitgliedsstaaten?

Die G8 und die internationalen Finanzinstitutionen

Die sicherlich bekanntesten Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) sind der IWF und die Weltbank. Derzeit sind 184 Länder Mitglied von IWF und Weltbank. Während der IWF seine Mitgliedsländer im Fall von Zahlungsproblemen kurzfristig unterstützen soll, ist die Weltbank für die Vergabe langfristiger Entwicklungskredite zuständig. Dennoch vermischen sich die Funktionen der beiden, denn auch der IWF mischt sich langfristig in die Politik seiner Mitgliedsländer ein. Die Stimmrechte in den beschlussfassenden Gremien der beiden Organisationen verteilen sich entsprechend der internationalen Wirtschaftskraft der Länder. Derzeit halten die G8-Regierungen zusammen 48 bzw. 47 Prozent der Stimmrechte in

IWF und Weltbank. Das mächtigste Land sind die USA mit ca. 17 Prozent, die aufgrund der Sperrminorität von 15 Prozent jede Entscheidung durch Veto verhindern können. Deutschland ist mit ca. 6 Prozent nach den USA und Japan die drittstärkste Kraft in IWF und Weltbank. Die zehn mächtigsten Länder vereinigen fast 53 Prozent der Stimmrechte auf sich.

Die Entscheidungen von IWF und Weltbank haben weitreichende globale Konsequenzen. Zum einen sind die IFIs wichtige Gläubiger der Länder des Südens und verbinden strenge wirtschaftspolitische Auflagen mit ihrer Kreditvergabe. Im Rahmen eines neoliberalen Kanons von Wirtschaftspolitik (Liberalisierung, Haushaltsdisziplin, Inflationsbekämpfung, Privatisierung, Einnahmesteigerung durch Exportorientierung, etc.) spielt insbesondere der Druck zur Öffnung der nationalen Finanzmärkte der Entwicklungs- und Schwellenländer eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt durch den massiven Druck des IWF (und auf Initiative der G7 im IWF) wurden in den 1990er Jahren die Länder des Südens an die internationalen Finanzmärkte angebunden, die sich bis dahin hauptsächlich auf die westlichen Industrieländer erstreckten (vgl. G7 Gipfel in Halifax 1995). Dadurch wurde es ausländischen Banken, Investmentfonds und Kapitalbesitzern fast uneingeschränkt möglich, in Ländern des Südens Direktinvestitionen zu tätigen, Kredite zu vergeben oder in die dortigen Aktien- und Immobilienmärkte einzusteigen. Die Offenheit für solche Kapitalzuflüsse ist aber meistens gleichzeitig die Offenheit für den Abfluss von Kapital. Sobald ein Land, wie im Fall der südostasiatischen Finanzkrise 1997/98 geschehen, die hohen Renditeerwartungen der ausländischen Kapitalanleger nicht mehr erfüllt oder anderweitig in Schwierigkeiten gerät, droht ein panikartiger Abzug von Kapital aus dem Krisenland. Zurück bleibt häufig ein stark beschädigtes oder zusammengebrochenes

nationales Bankensystem, das in der Folge oft viele Unternehmenspleiten nach sich zieht. Allein in Indonesien verloren durch die Finanzkrise 10 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz, die Zahl der absolut Armen verdoppelte sich von 20 auf über 40 Millionen. Gerade im Fall Indonesiens standen IWF und Weltbank intensiv in der Kritik. Einerseits hat der IWF durch seinen Politikempfehlungen von Haushaltskonsolidierung und Zinserhöhungen die Krise dramatisch verschärft. Die Weltbank andererseits musste einräumen, dass sie an den indonesischen Diktator Suharto (1967-1998) auch weiterhin Kredite vergab, obwohl sie wusste, dass große Teile der Kredite zu dessen persönlicher Bereicherung veruntreut wurden. Auf die Rückzahlung der entsprechenden Schulden zu verzichten, daran denkt die Weltbank nicht.

Die politischen Grundlinien von IWF und Weltbank werden in den halbjährlichen Hauptversammlungen (Frühjahrs- und Herbsttagung) festgelegt, daneben kontinuierlich in den beiden Vorständen. Um ihre Positionen in IWF und Weltbank auszutauschen und möglichst abzugleichen, treffen sich die Finanzminister der G7 (G8 ohne Russland) seit den 1980er Jahren regelmäßig im Vorfeld der Frühjahrs- und Herbsttagungen. Daneben gibt es noch mindestens ein weiteres G7-Finanzministertreffen zur Vorbereitung der G8-Gipfel. Nachdem Russland 2006 erstmalig die Präsidentschaft der G8 übernommen hat, muss sich zeigen, ob Russland nun auch im Bereich der Finanzpolitik (in allen anderen Themenbereichen ist das bereits vollzogen) vollwertiges Mitglied der G8 wird. Bisher wurden die zentralen Beschlüsse, die in IWF und Weltbank getroffen wurden, zuvor unter den G7-Finanzministern ausgehandelt und danach formell bei den G8-Gipfeln beschlossen wurden.

Die G8 im internationalen Schuldenmanagement

Ein seit den 1980er Jahren auf G7-(bzw. nach 1998 G8-)Gipfeln immer wiederkehrendes Thema ist die Schuldenkrise der Länder des Südens. Nach dem „Ausbruch“ der Krise waren sich die G7-Regierungen einig darin, dass IWF und Weltbank eine zentrale Rolle im Krisenmanagement übernehmen sollten. Der IWF sollte mit den oben schon angesprochenen rigiden Auflagen die Zahlungsfähigkeit wiederherstellen, für die Umsetzung der Auflagen gab es dann im Gegenzug frische Kredite. Auch wenn

die Gläubigerländer und allen voran die G7 wenig Bereitschaft zeigten, über Zwangsauflagen für die Schuldner hinaus von sich aus auch Schulden zu streichen, so zwangen sie doch internationale Kampagnen von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen sowie in manchen Fällen die faktische Zahlungsunfähigkeit zur „Einsicht in die Notwendigkeit“ von teilweisen Schuldenerlassen, zumindest für die ärmsten Schuldnerländer. Dabei ging es zunächst um die Schulden zwischen einzelnen Regierungen. Diese „bilateralen Schulden“ werden im sogenannten Pariser Club der Gläubigerregierungen (19 Mitgliedsregierungen) verhandelt. Die G7-Gipfel waren dabei traditionell der Ort, an denen sich die mächtigsten Gläubiger über die Verhandlungsstrategie und die Erlassbedingungen einigten. Da die G7-Regierungen immer sehr geizig bei der Bemessung von Teilschuldenerlassen für die „ärmsten Staaten“ waren (die „Nicht-Ärmsten“ können sowieso keinen Erlass bekommen), griffen die Entschuldungsbedingungen immer viel zu kurz und mussten regelmäßig nachgebessert werden. Die große Bedeutung der G7 im Pariser Club lässt sich auch daran ablesen, dass seine „Entschuldungsstrategien“ immer nach den Tagungsorten der G7-Gipfel benannt waren, wo diese Strategien von den G7 beschlossen wurden: die „Toronto-Bedingungen“ von 1988 (Teilschuldenerlass bis 33%, beschlossen bei G7-Gipfel 1988 in Toronto), die „London-Bedingungen“ von 1991 (Teilschuldenerlass bis 50%, G7-Gipfel 1991 in London), die „Neapel-Bedingungen“ von 1994 (Teilschuldenerlass bis 66%, G7-Gipfel 1994 in Neapel), die „Lyon-Bedingungen“ von 1996 (Teilschuldenerlass bis 80%) und letztlich die „Köln-Bedingungen“ von 1999 (Teilschuldenerlass bis 100%). Sogar der G7 ist im Laufe der Zeit klar geworden, dass sie bestimmte Schulden wohl nicht mehr eintreiben können. Hätten sie von Anfang an einen grundsätzlichen Schuldenerlass gewährt, wären vielleicht einige Länder wieder auf die Füße gekommen und das Elend von Millionen verhindert worden. Durch das ewige „zu wenig und zu spät“ wurde aber auch diese Möglichkeit zunichte gemacht. Offensichtlich geht es den G7 nicht darum, durch Entschuldung entwicklungspolitische Spielräume zu schaffen. Sie sind bestenfalls bereit, die Schulden in großzügiger Ma-

nier zu „erlassen“, die sie selbst für absolut uneintreibbar halten. Die neoliberalen Wirtschaftsaufgaben von IWF und Weltbank gehen derweil weiter.

Als die G7 mit den Köln-Bedingungen die vermeintliche „100% Schuldenerlass“-Marke (bei den bilateralen Schulden) erreicht hatten, war ihnen offenbar schon klar, dass auch dieser Schritt völlig unzureichend sein würde. Daher wurden gleichzeitig die sogenannten multilateralen Schulden der ärmsten Länder v.a. gegenüber IWF und Weltbank ins Auge gefasst. Mit der ebenfalls beim Kölner (inzwischen) G8-Gipfel pompös abgekündigten Entschuldungsinitiative (HIPC) sollten nun auch die bis dahin fast heiligen multilateralen Schulden zumindest teilweise erlassen werden. Auch hier ein klarer Fall von machtpolitischen Abläufen: der G8-Gipfel machte den „Vorschlag“ für die HIPC-Initiative, ein halbes Jahr später wurde die Initiative dann formell von IWF und Weltbank beschlossen. Aber auch damit nicht genug, denn auch die HIPC-Initiative griff viel zu kurz: Im Juli 2005 rangen sich die G8 bei ihrem Gipfel in Gleneagles dann einmal mehr einem „Vorschlag“ für einen „100% Schuldenerlass“ ab, der danach von IWF und Weltbank formell beschlossen wurde. Mit diesem „historischen Schritt“ sollten diesmal die Schulden von mindestens 18, maximal ca. 40 Ländern bei IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank komplett gestrichen werden. Das klingt nach viel und bedeutet für einzelne Länder auch durchaus erhebliche Summen. Aber auch hier darf man das Kleingedruckte nicht überlesen, denn im Umfang der Schuldenstreichung z.B. bei der Weltbank werden den Ländern jeweils die Entwicklungshilfezuwendungen der Weltbank gekürzt. Für das Gesamtproblem der Verschuldung der Länder des Südens ist der Be-



schluss von Gleneagles indes nicht mal von symbolischer Bedeutung: Die Schuldnerländer werden 2006 zusammengenommen 299 statt 300 Mrd. US-Dollar an Zinsen und Tilgungen an die Gläubiger zahlen müssen, das sind weniger als 0,3 Prozent Entlastung. Denn die größten Schuldnerländer wie Brasilien und Mexiko werden um keinen Cent entlastet.

Angesichts so magerer Ergebnisse muss man fragen dürfen, ob gerade die „Entschuldungsinitiativen“ der G7/G8 primär zur Lösung von Schuldenproblemen dienen sollen, oder ob sich dieses Thema nicht besonders dazu eignet, die G8 in ein besseres Licht zu rücken. Nicht zuletzt aufgrund zunehmender Proteste seit den späten 1990er Jahren scheinen die G8 sehr bemüht, sich im Interesse ihrer Legitimation selbst als Retter der Menschheit aufzuspielen. Neben der Entschuldung sind daher noch einige andere Themen mediengerecht in den Vordergrund der G8-Gipfel gerückt wie z.B. die Armutbekämpfung und der Klimaschutz.

Die G8 im globalisierten Steuerdschungel

Obwohl in den G7 Ländern über 40% der Wirtschaftsleistung über Steuern und Abgaben erfasst werden, interessierte sich die G7 bis 1996 praktisch nicht für Steuerfragen. Erst im Vorfeld des Gipfels von Lyon im Sommer 1996 kam das Thema auf die Tagesordnung. Die G7 begrüßte dort die Aktivitäten der OECD zur Bekämpfung von Steuerflucht und „schädlicher Steuerkonkurrenz“. Im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte wurde die Vermeidung und Hinterziehung von Steuern auf Kapitaleinkünfte immer stärker. Steuer-

gerechtigkeit ist dabei für die G7/G8 Finanzminister und Regierungschefs ein widersprüchliches Thema. Einerseits begrüßen sie in verschiedenen Erklärungen über die Jahre „fairen Steuerwettbewerb“ und diverse nationale Steuerreformen, die mit niedrigeren Spitzensteuersätzen die Steuersysteme ungerechter gemacht haben. Andererseits jedoch beklagen sie die Unterhöhung nationaler Steuersysteme durch internationale Steuerflucht und „schädlichen Steuerwettbewerb“. Das entspricht etwa der vorherrschenden Meinung neoliberaler WirtschaftswissenschaftlerInnen: Niedrige Steuersätze sind gut, das Unterlaufen von steuerlichen Regeln schlecht. Dem entsprechen auch die Aktivitäten der OECD. Die Pariser ÖkonomInnen wollen von Mindeststeuersätzen etwa auf Kapitaleinkünfte nichts wissen. Die steuerliche Autonomie der Nationalstaaten soll vielmehr erhalten werden. Lediglich auf Anfrage von Nationalstaaten sollen steuerliche Informationen grenzüberschreitend ausgetauscht werden und so Steuerhinterziehung bekämpft werden.

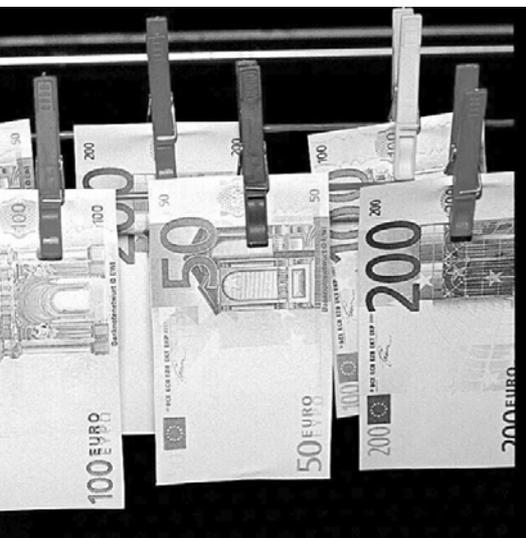
Dabei wird allerdings ignoriert, dass der internationale Steuerwettbewerb die Nationalstaaten in einen ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern treibt. Das gilt selbst dann, wenn der von G8 und OECD unterstützte internationale Informationsaustausch in Steuerfragen realisiert würde. Diese eigentlich triviale Einsicht, dass der internationalen Steuerkonkurrenz in Zeiten ökonomischer Globalisierung Grenzen gesetzt werden muss, widerspricht der vielfach wiederholten G8-Ideologie, dass mehr Wettbewerb immer gut ist. Dabei wird übersehen, dass internationaler Wettbewerb zwischen Firmen und Staaten zwei grundverschiedene Dinge sind. Unter strengen sozial-ökologischen Regulierungen ist der internationale Wettbewerb zwischen Firmen aus volkswirtschaftlicher Sicht wohlstandssteigernd. Der internationale Wettbewerb zwischen staatlicher Steuer-, Sozial- und Umweltpolitik ist jedoch eine Perversion des Wettbewerbsgedankens. Damit wird genau der Regulierungsrahmen unter Druck gesetzt, der die Ergebnisse des kapitalistischen Wettbewerbs sozial und ökologisch korrigieren sollte. Das Ergebnis des „Systemwettbewerbs“ im Zuge der neoliberalen Globalisierung kann heute international besichtigt werden: Die Staaten konkurrieren um InvestorInnen und Wohlhabende mit immer neuen Anreizen. Niedrige Steuern auf Kapitaleinkünfte und Vermögen sind dabei ein wichtiger Bau-

stein. Die Nationalstaaten werden zu neoliberalen Wettbewerbsstaaten im Interesse global mobiler Akteure umgebaut. Der demokratische Sozialstaat – wo er existierte – bleibt auf der Strecke.

Selbst die wenig anspruchsvollen Maßnahmen der OECD-Vorschläge wurden bis heute nicht effektiv umgesetzt. Auch 10 Jahre nach dem Lyoner G7-Gipfel blüht das Geschäft in den Steueroasen. Auch in den Deklarationen der G8 hat das Steuerflucht-Thema an Bedeutung verloren. Seit dem 11. September 2001 konzentriert sich das Interesse stärker auf die Finanzquellen von Terrororganisationen. Hier scheint der Wille zur Kooperation stärker. Kein Wunder, die Interessen der Finanzindustrie, transnationaler Unternehmen und vermögender KapitalbesitzerInnen werden höchstens unwesentlich berührt.

Die G8 in anderen internationalen Organisationen im Themenfeld Finanzen

Neben IWF und Weltbank gibt es noch eine ganze Reihe weiterer internationaler Organisationen, deren Tätigkeit und Beschlüsse von weitreichender Bedeutung für das internationale Finanzsystem sind. So ist z.B. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein wichtiges Forum, das in den vergangenen Jahren Konzepte wie den internationalen Investitionsschutz und die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme vorangetrieben hat. Die OECD mit ihren 30 Mitgliedsländern umfasst die westlichen Industrieländer, vier osteuropäische EU-Länder und drei Schwellenländer (Mexiko, Türkei und Südkorea) und wird häufig als der Club der reichen Länder bezeichnet, auch wenn das angesichts der Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sicher nur teilweise zutrifft. Zwar gibt es nicht, wie bei IWF und Weltbank, spezielle Treffen der G7/G8-Finanzminister, auf denen sie ihre Positionen vor Sitzungen der OECD absprechen, aber die Zusammenarbeit der Ministerialbürokratien der G7-Finanzministerien wird auch für Initiativen in der OECD genutzt. Die OECD ist unter anderem berühmt geworden, als dort die Pläne für das „Multilaterale Abkommen über Investitionen“ (Multilateral Agreement on Investment – MAI) geschmiedet wurden. Das MAI sollte ausländischen In-



vestoren die Möglichkeit eröffnen, Länder, in denen sie Investitionen tätigen, auf Schadensersatz zu verklagen. Auch dann wenn diese „Gastländer“ z.B. durch eine Erhöhung von Umwelt- und Sozialstandards zusätzliche Kosten für die Unternehmen verursachen und somit deren Unternehmensgewinne schmälern würden. Das MAI konnte durch zivilgesellschaftliche Proteste 1996 gestoppt werden. Stattdessen gibt es heute Versuche der gleichen Länder, ein vergleichbares Abkommen in der WTO wiederaufleben zu lassen. Die OECD ist auch bekannt dafür, ihren Mitgliedern, aber auch den anderen Ländern, die Privatisierungen öffentlicher Dienste (z.B. der Alterssicherungs-, Gesundheits- und Bildungssysteme) schmackhaft zu machen. Solche „Ratschläge“ besitzen auch dadurch eine erhebliche Ausstrahlungskraft für die Länder des Südens, da die OECD ein wichtiges Forum ist, in dem die reichen Länder ihre Entwicklungshilfeszahlungen koordinieren.

Neben der OECD ist als weitere internationale Organisation im Themenfeld Finanzen sicher noch die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und das Baseler Komitee für internationale Bankenaufsicht (Basel Committee for Banking Supervision-BCBS) zu nennen, das bei der BIZ angesiedelt ist. Die BIZ, schon 1930 gegründet, ist eine zentrale Koordinationsstelle der großen Zentralbanken für währungs- und geldpolitische Fragen. Der BIZ gehören die Zentralbanken von 55 Ländern an, allerdings spielen auch hier vor allem die G7 Staaten die erste Geige. Im 20-köpfigen Vorstand finden sich derzeit neben 15 Vertretern von G7-Zentralbanken (inkl. der Europäischen Zentralbank) noch je ein Vertreter der Schweiz, der Niederlande, Belgiens, Mexikos und Chinas. Sechs Zentralbanken (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, USA und Belgien, also 5 davon G7-Staaten) haben qua Satzung einen festen Sitz im Vorstand der BIZ. 1998 beauftragten die G7 als Reaktion auf die Finanzkrise in Südostasien den damaligen Chef der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer mit der Gründung des „Forum für Finanzstabilität“ (FSF), welches ebenfalls bei der BIZ angesiedelt wurde. Das FSF hat diverse Analysen erarbeitet, wie in Zukunft durch eine bessere Verzahnung von Bankenaufsicht und Zentralbankpolitik Finanzkrisen verhindert werden sollen. Dabei wurden zwar bisweilen auch kritische Töne hinsichtlich vorschneller Finanzmarktliberalisierung in Entwicklungs-



und Schwellenländern angeschlagen. Die Verantwortung für Finanzkrisen sah das FSF, ähnlich wie der IWF, aber nur in mangelnder Finanz- und Bankenaufsicht der Länder des Südens, nicht aber im Charakter möglichst freier internationaler Finanzmärkte an sich. Da keine weiterreichenden Konsequenzen folgten, ist die nächste fatale Finanzkrise so sicher wie das Amen in der Kirche.

Ebenfalls bei BIZ ist das Baseler Komitee für internationale Bankenaufsicht (Basel Committee for Banking Supervision-BCBS) angesiedelt. Nach mehreren spektakulären Bankenzusammenbrüchen in den 1970er Jahren (z.B. der Herstatt-Bank in der Bundesrepublik) sollte das BCBS verbindliche Regeln für das internationale Bankgeschäft festlegen. Die dabei entstandenen Regelwerke „Akkord von Basel“ (gültig sein 1988) und „Akkord von Basel II“ (gültig ab 2007) schreiben vor, wie viel Eigenkapital eine Bank zurücklegen muss, wenn sie Kredite vergibt. Auch wenn die Baseler Akkorde zunächst nur für das grenzüberschreitende Bankgeschäft konzipiert waren, sind sie in den meisten Ländern auch zur Grundlage nationaler Bankregulierung geworden. Besonders umstritten dabei ist z.B. die Regelung, dass Banken für die Vergabe kurzfristiger Kredite weniger Eigenkapital einsetzen müssen als für langfristige Kredite. Das ist zwar betriebswirtschaftlich plausibel, führt aber dazu, dass Banken einen erheblichen Anreiz haben, ihre Kredite kurzfristig zu vergeben und dann alle drei oder sechs Monate zu verlängern. Diese Kurzfristigkeit macht das Gesamtsystem des internationalen Kreditgeschäfts sehr anfällig, weil die Banken bei Anzeichen einer Krise kurzfristig ihre Kredite zurückziehen können.

Im Fall der Finanzkrise in Südostasien 1997/98 war genau dieser kurzfristige Abzug von Bankkrediten ein zentrales Element der Krise und hat diese massiv verschärft. In der Bundesrepublik wird Basel II auch deshalb kritisch diskutiert, weil es die Kreditversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen erschwert. Viele haben daher die Befürchtung, dass diese Form der Bankenregulierung zu einem weiteren Konzentrationsschub bei Banken und Unternehmen führen wird und große Konzerne dadurch noch deutlich mächtiger werden.

Auch wenn das BCBS die Spielregeln für das globale Bankengeschäft festlegt, gehören ihm nur 13 nationale Zentralbanken an. Dies sind neben den G7 noch Belgien, Luxemburg, die Niederlande, Spanien, Schweden und die Schweiz. Dass die G7 sich dabei besonders für die Belange des privaten Bankensektors stark machen, kommt nicht von ungefähr: 19 (gerechnet nach Kernkapital) bzw. 17 (gerechnet nach Bilanzsumme) der 25 größten internationalen Privatbanken haben in G7-Ländern ihren Hauptsitz.

Fazit

Die G8/G7 spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des internationalen Finanzsystems. Ihre Gipfel-Communiqués zeigen ein großes Maß an Kontinuität bei der Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung. Die Durchsetzung des freien Kapitalverkehrs hat die Kräfteverhältnisse zwischen Interessen von Kapitalbesitzern und „immobilen Interessen“ wie ArbeitnehmerInnen oder Umwelt nachhaltig zugunsten der Ersteren verschoben. Die nati-



onale Demokratie hat ihren Charakter unter dem Druck der internationalen Finanzmärkte auch in den sozialstaatlich geprägten Ländern verändert. In den Ländern des globalen Südens wurden neoliberale Politiken brutal durchgesetzt. An den Aufbau von Sozialstaaten ist dort nicht zu denken. Das von der G7/G8 maßgeblich mitbestimmte Schuldenregime ist dabei ein wichtiger Hebel in den Händen der reichen

Staaten zur Durchsetzung eigener Interessen. Diese wirtschaftsliberale Politik delegitimiert sich zunehmend selbst. Die Verbreitung von Ungleichheit, Unsicherheit und Naturzerstörung stieß in den letzten 10 Jahren auf immer mehr Widerstand. In Rostock/Heiligendamm haben wir die Chance diesem positiven Globalisierungstrend noch einen drauf zu setzen.

Quellen

Ein paar anschauliche Grafiken gibt es in den G8 Broschüren der Bundesregierung, z.B.:
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/g8-wwg-glneagles-2005,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

Diverse Communiqués der G7- und G8-Finanzminister, zu finden unter
<http://www.g7.utoronto.ca> und <http://www.g8.gc.ca/past-en.asp>

Communiqué der G7-Finanzminister: Meeting of the Council at Ministerial Level, Paris, 21-22 May 1996.

G8: "Making a success of globalization for the benefit of all", LYON, 28 JUNE 1996.

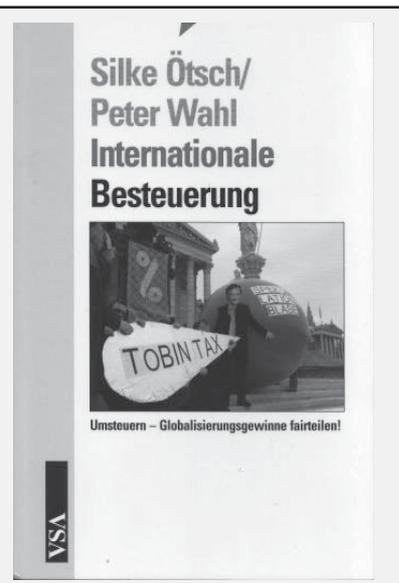
Conclusions of G7 Finance Ministers, London, 9 May 1998.

G7 INITIATIVE ON HARMFUL TAX COMPETITION, Birmingham Summit 1998.

Actions Against Abuse of the Global Financial System, Report from G7 Finance Ministers to the Heads of State and Government, Okinawa, July 21, 2000.

G7 Finance Ministers' Meeting: Fighting the Abuses of the Global Financial System-Report of G7 Finance Ministers to the Heads of State and Government, Rome, July 7, 2001

Diese und viele andere Dokumente zur G8/G7 finden sich unter:
<http://www.g7.utoronto.ca/>
<http://www.g8.gc.ca/past-en.asp>



Internationale Besteuerung

Unsere Steuersysteme sind auf den Nationalstaat mit seiner relativ abgeschlossenen Volkswirtschaft und nicht auf das globalisierte Finanz- und Wirtschaftssystem eingestellt. Das führt dazu, dass ein zunehmender Teil des Steueraufkommens über Lohn- und Mehrwertsteuern gedeckt wird, während mobiles Kapital und Transnationale Konzerne immer weniger Steuern zahlen.

Vor dem Hintergrund maroder Staatsfinanzen und der Finanzierung der Millenniumentwicklungsziele der Vereinten Nationen werden vermehrt Vorschläge diskutiert, Steuern international zu erheben bzw. die Steuerpolitik international zu koordinieren. Alternativen gibt es genug: Einerseits können nationale Regierungen eine gerechtere Steuerpolitik umsetzen, und zwar durch Maßnahmen wie das Wohnsitzprinzip, die Unitary Tax oder die in der Solidarischen Einfachsteuer von Attac und ver.di unterbreiteten Vorschläge. Andererseits können auf multinationaler Ebene Steuern eingeführt werden, die bereits im Vorhinein unter internationaler Perspektive entwickelt wurden, beispielsweise die Tobin-Steuer, die Besteuerung von Steueroasen und Finanzaktivitäten und internationale Umweltsteuern.

Autor: Silke Ötsch / Peter Wahl
 Verlag: VSA Verlag
 Seiten: 96
 Weitere Infos: ISBN 3-89965-178-2

Sozialer Frieden durch Kleinkredite!?

von Christa Wichterich

Von offizieller Seite werden seit einiger Zeit Mikro-Kredite als effektive Form der Armutsbekämpfung und Entwicklungshilfe hochgelobt. Der folgende Beitrag analysiert die Rolle dieses Instruments für die internationalen Finanzmärkte wie auch für die lokalen Ökonomien und befasst sich dabei speziell mit den Folgen für Frauen.

Der diesjährige Friedensnobelpreis geht an Muhammed Yunus für seine Erfindung der Mikro-Kredite für arme Frauen. Als entwicklungspolitisches Instrument zur Integration von Frauen aus den Dörfern in die neoliberale Markt- und Finanzökonomie haben die kleinen Kredite eine große Wirkung und einen erstaunlichen Multiplikationseffekt gehabt. Als Allheilmittel gegen Armut und Frauenunterdrückung sind sie allerdings ein Täuschungsmanöver.

Muhammed Yunus hatte in den 1970er Jahren eine Idee: wenn die armen Frauen in den Dörfern Bangladeshs nicht zur Bank gehen können, dann muss die Bank eben zu ihnen in die Dörfer gehen. Diese Idee war der Grundstein für ein inzwischen in der Entwicklungspolitik vielfach kopiertes Modell: Mikrokredite für arme Frauen, in Ländern des Südens, neuerdings verstärkt in Osteuropa, aber auch im Norden. Yunus, ein integrierter Ökonom, wollte den Frauen mit den Mikro-Finanzierungsprogrammen zur Selbstbefreiung aus Armut und Unterdrückung verhelfen. In welchem Umfang dies gelang, ist zweifelhaft. Was dagegen rundum gelang, war die Integration von Millionen armen Frauen durch Mini-Darlehen in die modernen Finanzdienstleistungssysteme.

Yunus Idee und die Kreditangebote seiner Grameen-Bank waren in viele Rich-

tungen anschlussfähig und wurden von nahezu allen Entwicklungsakteuren begeistert aufgenommen. Sie entsprachen feministischen Forderungen, dass es ohne Zugang von Frauen zu produktiven Ressourcen kein Empowerment geben könne und dass Frauen als Schlüsselgestalten in Entwicklungsprozessen und im Armutmanagement gestärkt werden müssen. Die Grameen-Bank verzichtete auf die sonst üblichen Sicherheiten. Sie half der viel gepriesenen Rückzahlungsmoral der Frauen durch die Kreditvergabe an eine Gruppe und deren Druck nach. Damit verband sie auch die Einübung der Frauen in die marktökonomische Disziplin und eine Modernisierung der Frauenrolle: bei jedem Treffen stehen die Frauen zum Appell stramm und wiederholen im Sprechchor ihr Gruppengelöbnis: die Gruppe bürgt nicht nur für die Kreditrückzahlung mit stattlichen effektiven Zinsen von 25 %, sie verpflichtet sich auch, sich als Entwicklungsakteurin im Dorf zu betätigen, das Darlehen produktiv zur Erwirtschaftung eines Einkommens und für Konsum zu nutzen, zu sparen, Familienplanung zu betreiben, die Kinder zur Schule zu schicken usw.

Zwillingshaft verkoppelt mit dem Konzept der Mikrofinanzierung unter Verzicht auf sonst übliche Sicherheiten ist das Konzept des Kleinunternehmertums, d.h. der wirtschaftlichen Eigeninitiative. Beide Mikro-Ansätze sollen eine Makro-Wirkung haben, nämlich den Frauen ermöglichen, sich am eigenen Schopf aus der Armut zu ziehen.

Die gesamte Entwicklungsindustrie mit der Weltbank an der Spitze nahm den Geniestreich des Professors aus Bangladesh auf, blies ihn zu milliardenschweren flächendeckenden Programmen auf und erklärte ihn zum universellen Wundermittel gegen die Armut. Über den Kleinkreditmechanismus werden große Summen in die Länder gepumpt, sodass aus den als bottom-up konzipierten Programmen gigantische top-down-Programme wurden.

Mit der Behauptung, es gäbe ein „Menschenrecht auf Kredit“ verknüpfte Yunus sodann das Menschenrechtsparadigma der Vereinten Nationen mit der modernen Finanzwirtschaft und dem neoliberalen Mainstream. Die Kredite sollen eine Brücke schlagen zwischen den Mikro- und den Makrofinanzmärkten. Yunus fordert explizit, dass große Banken und Fondsgesellschaften in das kommerzielle Geschäft mit den Kleinkrediten einsteigen sollen.

Regierungen übernahmen das Konzept freudig als Entlastungsprogramm, um sich aus der Verantwortung für soziale Aufgaben, Umverteilung und direkte Armutsbekämpfung zurückziehen und ein Gros der Verantwortung an die hochgradig motivierten Frauen und ihre „Eigeninitiative“ übergeben zu können. Mit ihren Kleinkrediten stehen die Frauen zudem gerade, wenn die Regierungen Großkredite von der Weltbank und anderen für Mikro-Finanzierung beziehen. Die Verschuldung inklusive der Wechselkursschwankungen wird an die Frauen weitergereicht.

Jubelberichte darüber, dass Kleinkredite auf geradem Wege Kleinunternehmertum, Armutsbeseitigung und Wachstum fördern würden, führten dazu, dass 1997 ein Mikrokredit-Gipfel veranstaltet und 2005 von den UN zum „Internationalen Jahr des Mikrokredits“ ausgerufen wurde. Grameen-Bank, so das Wallstreet Journal, sei zu einem Symbol geworden „dass der Kapitalismus ebenso für die Armen funktionieren kann wie für die Reichen.“ (27.11.2001)

Kleinkreditprogramme, so 1997 der damalige Weltbank-Chef Wolfensohn, sind der „Business-Ansatz zur Armutsbekämpfung.“ Business sollen die Frauen durch – wie es im Entwicklungsjargon heißt – „einkommenschaffende Tätigkeiten“ machen. Business macht inzwischen vor allem aber mit vielen kleinen Krediten für viele rückzahlungstreue Frauen der gesamte Bankensektor, zunehmend auch der priva-

te - nach dem Motto „viel Kleinvieh macht auch Mist“.

Zeitgleich mit der Ausweitung der Programme und den Erfolgsmeldungen entstand im Laufe der Jahre eine wahre Lawine von differenzierenden kritischen Studien, die an dem Mythos der Kredite als Allheilmittel zur Armutsüberwindung, Selbsthilfe und zum Frauen-Empowerment rüttelten. Die Allerärmsten werden nicht erreicht; je ärmer die Frauen, desto weniger verbessert der Kleinkredit ihre wirtschaftliche Situation; für Kleinbäuerinnen ist die Laufzeit zu kurz; für nicht ganz arme Frauen sind die Kredite als Startkapital für ein Geschäft zu klein. Die Ungleichheiten sind eben auch vor dem Kredit nicht ganz gleich.

Deutlich schaffen die Darlehen eine neue Frauenrolle in den Familien: eine „gute“ Frau ist Beschafferin von Geld; dies beanspruchen die Männer dann häufig für ihre eigenen Zwecke. Oft werden Kredite für Notfälle, vor allem für Medikamente ausgegeben oder konsumtiv genutzt. Die Frauen verschulden sich erneut bei den lokalen Wucherern, um pünktlich zurückzahlen und geraten wiederholt in eine Verschuldungsspirale. Im Umfeld der Grameen-Bank – und nicht nur dort – nahm die Gewalt gegen Frauen zu, weil Männer mit der neuen Frauenrolle nicht fertig werden. Die Frauen aber sind hoffnungslos

überfordert mit all den Entwicklungsaufgaben, die sie übernehmen sollen, auch wenn sie sich durch die Zuschreibungen in ihrem Selbstwertgefühl bestätigt und insgesamt empowert fühlen.

Tatsächlich sind Mikrokreditprogramme ein Instrument zur massenhaften Mobilisierung von Frauen. Tatsächlich hilft Mikrofinanzierung, wenn sie mit Trainingsprogrammen einhergeht, vielen Frauen, die Armut besser zu managen, und einigen auch, die Armutsgrenze zu überschreiten. Frauen bringen erstmals einen Gewinn in die Familie ein, sind sichtbar im Dorf, finden mehr Anerkennung und Selbstvertrauen, kontaktieren Behörden und öffentliche Einrichtungen. Doch diese Möglichkeitsstrukturen sind abhängig von den Macht- und Abhängigkeitsstrukturen in den Familien und Dörfern.

All diese ambivalenten Wirkungen und die Erwartung, dass die Armen sich mit eigenen Kräften aus der Armut befreien können, lassen die soziale Ungleichheit und die Mechanismen, die Armut erzeugen, unangetastet. Die Politisierung der Geschlechter- und der Klassenfrage verschwindet im Windkanal des Marktzugangs. Soziale Mobilisierung erfolgt nicht mehr um die Ressourcenfragen: wem gehört das Land, das Wasser, das Saatgut, der Körper der Frauen, die Arbeit der Frauen, die Macht

im Dorf? Die Armen kämpfen nicht mehr für Umverteilung und gegen Klassen- und Kastenschranken. Alles reduziert sich auf die Frage: wer bringt einen Kredit nach Hause? Der Kredit entpolitisiert die existentielle Frage des Überlebens und ökonomisiert sie in marktangepasster Form. Mit dieser Entpolitisierung leisten Kleinkredite tatsächlich einen Beitrag zu sozialem Frieden und Konfliktvermeidung, indem sie die Armen mit kleinen Gaben befrieden und die Frauen mit einer Portion Empowerment aussöhnen und in die Lage versetzen, durch Selbsthilfe mit der Armut besser fertig zu werden.

Siehe zur Kritik von Mikrokrediten auch: Batliwala, Srilatha/Dhanraj, Deepa (2006): Gender-Mythen, die Frauen instrumentalisieren, in: Peripherie 103, 373-385



Der Ausverkauf der Bahn:

Die G8-Privatisierungsagenda konkret

Wie Bahnprivatisierung, G8 und Globalisierung zusammenhängen

Stephanie Handtmann, Chris Methmann

Die Zeichen stehen auf Ausverkauf: Gehen die Pläne der Bundesregierung auf, kommt die Deutsche Bahn AG 2007 endgültig unter den Hammer und wird teilweise an private Konzerne und Fonds veramscht. Damit käme das letzte große Unternehmen der Bundesrepublik, das sich noch in öffentlichem Eigentum befindet, unter private Kontrolle. Gleichzeitig wäre das ein neuer Meilenstein mit internationaler Signalwirkung in der Durchsetzung neoliberaler Wettbewerbsideologie. Ein weiteres großes Stück öffentlicher Daseinsvorsorge würde der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen – ein Paradestück der Privatisierung.

Logische Folge des Verkaufs öffentlichen Eigentums ist die Unterordnung der Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer unter die Renditeinteressen der Investoren. Private Investoren erwarten saftige Renditen – zehn Prozent Rendite lassen sich nur über massive Eingriffe in Angebot und soziale Rechte aus der Bahn rauspressen. Darunter leidet das gesamte System:

- Unrentable Strecken werden stillgelegt. Nach der Bahnprivatisierung stehen weitere circa 5000 Kilometer Schiene zur Disposition. Der Bahnverkehr konzentriert sich auf die Verbindungen zwischen den Metropolen, das Angebot in der Fläche wird ausgedünnt.
- Wie selbst Bahnchef Mehdorn angekündigt hat, werden die Fahrpreise nach einer Privatisierung „sicher nicht sinken“. Bahnfahren wird damit noch teurer als ohnehin schon, damit wird auch Mobilität immer mehr zum Exklusivgut der Wohlhabenden.

- Arbeitsplätze sind in Gefahr. Um die Kosten zu drücken, wird an allen Ecken und Enden gespart. Schon seit der Bahnreform von 1994 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze von 380.000 auf 190.000 halbiert. Dieser Trend wird sich fortsetzen.
- Bei alledem würde der Fiskus weiterhin gemolken: Zusätzlich zu den weiterhin vereinbarten jährlichen 3,5 Milliarden Euro Subventionen für die Bahn würden riesige öffentliche Zuschüsse in Neubaustrecken und Prestigeprojekte fließen.

Doch die Menschen leiden nicht nur als Fahrgäste unter einer Privatisierung, sondern auch als BürgerInnen und

SteuerzahlerInnen. Die Bahnprivatisierung stellt nämlich eine beispiellose Verschleuderung öffentlichen Eigentums dar. Je nachdem, welches Privatisierungsmodell gewählt wird, liegt der Verkaufserlös bis zu 100 Milliarden Euro unter dem eigentlichen Wert der Bahn. Und auch nach einem Verkauf würden die öffentlichen Zuschüsse für den Bahnverkehr in ähnlicher Höhe weiterlaufen.

Im Klartext bedeutet das: Erst wird eine 170 Jahre lang aufgebaute Infrastruktur an private Investoren verramscht und dann bezahlen wir auch noch mit Steuergeldern deren Rendite. Bei der Privatisierung der Bahn handelt es sich also um eine Politik gegen die Interessen und Bedürfnisse der Menschen.

Doch was hat all das mit der Politik der G8 und der neoliberalen Globalisierung zu tun?



Die neoliberale Privatisierungsagenda

Der rücksichtslose Ausverkauf der Bahn ist das Paradebeispiel einer neoliberalen Privatisierungsagenda, die sich im Zuge der Globalisierung weltweit ausbreitet. Überall werden öffentliche Güter und Einrichtungen der Daseinsvorsorge an transnationale Konzerne verschertelt. Motor der Entwicklung ist das im Überfluss vorhandene Kapital, verbrämt wird der Prozess mit dem Argument, durch den Wettbewerb würden Güter und Dienstleistungen kostengünstiger und qualitativ hochwertiger bereit gestellt.

Doch im Gegenteil: Im Ergebnis werden die Bedürfnisse der Menschen den Renditeinteressen der Investoren systematisch untergeordnet. Steigende Preise bewirken, dass privatisierte Güter und Dienstleistungen für arme Menschen unerreichbar werden. So wurde beispielsweise 1999 im bolivianischen Cochabamba die Wasserversorgung an den US-Konzern Bechtel verkauft. In der Folge stiegen die monatlichen Wasserpreise auf horrenden 30 Prozent des Durchschnittseinkommens mit der Folge, dass sich kaum mehr jemand sauberes Wasser leisten konnte. Zwar formierte sich eine spektakuläre Protestwelle, so dass Bechtel schließlich die Segel streichen musste. Doch der weltweite Trend zur Privatisierung ist nach wie vor ungebrochen und erstreckt sich auf alle Bereiche des Lebens.

Allein im Jahr 2005 verkauften die deutschen Städte und Gemeinden Vermögen für 5,7 Milliarden Euro, darunter Wasserversorgung, Straßenreinigung, Gartenbaubetriebe, Kliniken, Müllabfuhr, Messehallen, Busverkehr, Wohnungen, Schulhausbau und so weiter. Manche Kommunen haben mittlerweile allerdings dazu gelernt und gehen einen umgekehrten Weg: Sie kaufen zum Beispiel privatisierte Müllentsorgungsunternehmen zurück und beschäftigen die dort angestellten Arbeiter wieder zu Tarifanstatt zu Dupinglöhnen. Das entlastet an anderer Stelle ihre kommunalen Budgets, die dann nicht mehr dazu herangezogen werden können, über Wohngeld und andere Unterstützungsleistungen die unterbezahlten Menschen mitzufinanzieren. Den die Gleichung privat besser und billiger hält der Realität nicht unbedingt stand.

Trauriger Höhepunkt der Entwicklung ist ein Modellversuch in der britischen Gemeinde East Riding, deren gesamte



öffentliche Verwaltung von der Bertelsmann-Tochter Arvato betrieben wird. Das Unternehmen übernimmt die gesamte Palette hoheitlicher Dienstleistungen von der Steuererhebung über die Auszahlung der Sozialhilfe bis hin zur Verwaltung der Gemeindefinanzen. Ziel dieses Versuches ist es, Erfahrungen zu sammeln für eine breit angelegte Offensive Bertelsmanns zur Privatisierung öffentlicher Verwaltungen. Wenn damit letztendlich die Privatisierung des gesamten Staates droht, wer soll dann noch die Interessen der Allgemeinheit durchsetzen?

Zwar könnte man durch staatliche Regeln auch privaten Unternehmen die Absicherung der Grundbedürfnisse vorschreiben, doch dem sind mittlerweile Grenzen gesetzt. Denn die privatisierungsfreundlichen Rahmenbedingungen werden von einer Reihe internationaler Institutionen forciert. Internationale Abkommen wie das *General Agreement on Trade in Services* (GATS), das 1995 im Rahmen der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) in Kraft trat, beschäftigen sich mit genau diesem Thema. Auch wenn das GATS den Übergang der Daseinsvorsorge in private Hand nicht zwingend vorschreibt: Mit GATS macht den Unternehmen Privatisierung erst richtig Spaß, da es die Möglichkeit des Staates, zum Wohle der Menschen regulierend einzugreifen, stark beschneidet. Weltbank und Internationaler Währungsfonds machen die Privatisierung der Daseinsvorsorge teilweise zur Bedingung für die Erteilung von Krediten, so dass vielen Ländern keine Wahl bleibt. In Europa sorgt dagegen vor allem die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union dafür, dass Unternehmen nicht gezwungen werden, mit ihrem Handeln jenseits von Gewinnmaximierung auch das gesellschaftliche Wohl im Auge

zu behalten. Tonangebend bei der Entfesselung der Märkte sind die führenden Industrienationen, die im Rahmen der jährlichen G8-Gipfel eine solche Politik absprechen. Sie sind es, die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Steigerung der Rendite für private Investoren vorantreiben. Wie viele andere Bereiche zuvor soll nun auch das Verkehrssystem Bahn der demokratischen Kontrolle entzogen werden.

Die Bahn als Opfer finanzmarktgetriebener Globalisierung

Der Trend zur Privatisierung unserer Gemeingüter, in den sich auch die Verschleuderung der Bahn einreicht, lässt sich nur vor dem Hintergrund der finanzmarktgetriebenen Globalisierung verstehen. Mit der Deregulierung und Liberalisierung der Weltwirtschaft steigt die Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen weniger überproportional an. Die wachsende Zahl der Reichen und Super-Reichen sucht in der globalen Ökonomie nach immer neuen Möglichkeiten, ihr Geld „wachsen zu lassen“ und ihren Reichtum zu vermehren. Mit der Macht institutioneller Anleger auf den Finanzmärkten (zum Beispiel durch Hedge- und Rentenfonds) drängen sie darauf, immer weitere Bereiche des menschlichen Lebens wirtschaftlich zu verwerten. So kommt es, dass Gemeingüter privatisiert, nach ökonomischer Logik umstrukturiert und damit dem Renditezwang unterworfen werden. Wir befinden uns direkt auf dem Weg in eine globale Enteignungsökonomie. Vgl. zum Zusammenhang von Reichtumsverteilung, Finanzmärkten und Globalisierung auch den Leitartikel dieses Readers.

Genau diese Dynamik der finanzmarktgetriebenen Globalisierung steht auch hinter der Privatisierung der Bahn. Es geht darum, weitere Möglichkeiten zur profitablen Investition von Vermögen zu schaffen – und das auch gerne auf Kosten der Mobilitätsbedürfnisse der Menschen. Die G8 als Herren dieses Systems sind damit mittelbar auch für die Privatisierung der Bahn verantwortlich.

Politik hinter verschlossenen Türen statt demokratischer Kontrolle

Dasselbe System der Herrschaft hinter verschlossenen Türen, das zum Markenzeichen der G8 geworden ist, zeigt sich auch bei der Privatisierung der Bahn. Trotz breiter Ablehnung des Verkaufs in der Bevölkerung¹ werden die Pläne von der Bundesregierung weiter vorangetrieben. Auf deutlich formulierte Kritik selbst aus den Reihen der eigenen Fraktionen reagieren die Privatisierungsbefürworter mit einer Verschärfung des Tempos.

Obwohl keine eingehende Diskussion der Privatisierungspläne in den Fraktionen statt gefunden hatte, nahmen im November 2006 die Spitzen von CDU und SPD in einer kurzfristig anberaumten Bundestagsentscheidung den Kritikern mit einem von oben verordneten Blitz-Kompromiss den Wind aus den Segeln. Dem Verkehrsministerium wurde der Auftrag erteilt, ein Privatisierungsgesetz vorzulegen – ohne jedoch gleichzeitig die Abgeordneten wirklich über eine konkrete Ausgestaltung debattieren und entscheiden zu lassen. Eine Koalition, die von Kanzlerin Merkel und Ministern jener SPD, die vor einem Jahr noch gegen „Heuschrecken“ wettete, über Konzernchef Mehdorn bis hin zu Bahn-Gewerkschaftschef Hansen reicht, will die Bahn-Privatisierung offensichtlich gegen jede Kritik durchpeitschen. Der Ausverkauf der Bahn ist damit ein eindrückliches Beispiel dafür, wie in Zeiten der Globalisierung Konzerne Einfluss auf Politik nehmen und die politischen Eliten ihren neoliberalen Kurs auf undemokratische Weise durchdrücken. Demokratische Willensbildung, die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung sowie eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Verkehrspolitik werden völlig ungeniert als störender Ballast über Bord geworfen.

Privatisierung gegen das Klima

Ein weiterer Aspekt macht den Zusammenhang zwischen Bahn-Privatisierung und Globalisierung deutlich: die Aufheizung des globalen Treibhauses. Die menschengemachte Veränderung des Klimas treibt die globale Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander. Während die CO₂-Emissionen als Ursache für das Klimachaos fast zur Hälfte aus den Staaten der G8 kommen, treffen die Folgen des Klimawandels zu allererst die Armen: Unter Unwettern, ansteigenden Meeresspiegeln, Dürren und Überschwemmung leiden vor allem jene Menschen, deren Überleben direkt von ihrer natürlichen Umwelt abhängt – in Afrika sind das 70 Prozent. Der Klimawandel ist damit radikaler Ausdruck globaler Ungleichheit. Um die schlimmsten Folgen eines ungebremsten Klimawandels zu verhindern, muss in den Ländern des Nordens jetzt umgesteuert werden. Und das auch den Verkehr: 2002 kamen in Deutschland 20 Prozent der CO₂-Emissionen aus diesem Sektor. Notwendig wäre eine radikale Umorientierung in der Verkehrspolitik: Weniger Individualverkehr, weniger Schwerlastverkehr auf der Straße, weniger Flugverkehr, statt dessen deutlich mehr Verkehr auf der Schiene. Wie aber soll das gehen, wenn im Zuge des Verkaufs der DB AG die Kontrolle über die Bahn aus der Hand gegeben wird? Für Investoren zählt die kurzfristige Rendite. Dies steht einem wachsenden Anteil der Schiene am Gesamtverkehr in weiten Teilen entgegen. Mit der Privatisierung der Bahn wirft die Bundesregierung damit ohne Not eine entscheidende Möglichkeit, Klimapolitik zu gestalten, den internationalen Finanzmärkten zum Fraß vor.

Gegen G8 und Privatisierung

Es verwundert nicht, dass sich angesichts der gravierenden Folgen eines Ausverkaufs Widerstand formiert. In einem breiten Bündnis mit Verkehrs- und Umweltverbänden und Gewerkschaften protestiert Attac mit Informationen, Veranstaltungen und vielfältigen Aktionen gegen den Verkauf der Bahn. Die Erfahrung zeigt, dass breiter gesellschaftlicher Widerstand erfolgreich sein kann. Denn wo sich deutlicher Protest formiert, lassen sich

Privatisierungsprojekte nicht mehr ohne Weiteres durchpeitschen.

Dies zeigt nicht nur das oben erwähnte Beispiel aus Bolivien – auch in der Bundesrepublik ereignen sich Erfolgsgeschichten: Im November 2006 lehnten siebzig Prozent der FreiburgerInnen den Verkauf kommunaler Wohnungen in einem Volksentscheid ab. Interessanterweise haben manche Kommunen mittlerweile ebenfalls dazu gelernt und gehen einen umgekehrten Weg: Sie kaufen zum Beispiel privatisierte Müllentsorgungsunternehmen zurück und beschäftigen die dort angestellten Arbeiter wieder zu Tarif- anstatt zu Dumpinglöhnen. Das entlastet an anderer Stelle die kommunalen Budgets, die dann nicht mehr dazu herangezogen werden können, über Wohngeld und andere Unterstützungsleistungen die unterbezahlten Menschen mit zu finanzieren. Denn die Gleichung „privat gleich besser und billiger“ entpuppt sich in der Realität häufig als Milchmädchenrechnung.

Auch ein Scheitern der Bahnprivatisierung ist aufgrund des gesellschaftlichen Widerstandes nicht mehr auszuschließen. Weiten sich die Proteste aus, hätte das eine deutliche Signalwirkung für Privatisierungen in Deutschland und in der EU und würde den Neoliberalen die Suppe gehörig versalzen. Der Protest gegen den Ausverkauf der Bahn ist damit gleichzeitig ein Zeichen gegen Globalisierung und G8.

Anmerkungen

Kampagne gegen die Privatisierung der Bahn: www.bahn-fuer-alle.de, getragen von Attac, ROBIN WOOD, BUND, Bahn von unten und anderen.

„Der Staat entmachtet sich selbst“ – Interview mit Werner Rügemer, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22880/1.html>

Winfried Wolf: In den letzten Zügen. Attac-Basistext Nr. 22.

P. Hauschild u.a.: Privatisierung: Wahn und Wirklichkeit. Attac-Basistext Nr. 9.

Thomas Fritz / Uwe Hoering: Wasser ist zum Kämpfen da! Attac-Basistext Nr. 13.

¹ Nach einer vom Kampagnenbündnis „Bahn für Alle“ (Attac und sieben weitere Organisationen) in Auftrag gegebenen FORSA-Umfrage sind 70 Prozent der BundesbürgerInnen gegen eine Privatisierung.

Demo
 Proteste & Alternativen
 G8 Gipfel 2007
 Heiligendamm



Die Sonderzüge zum Gipfelprotest

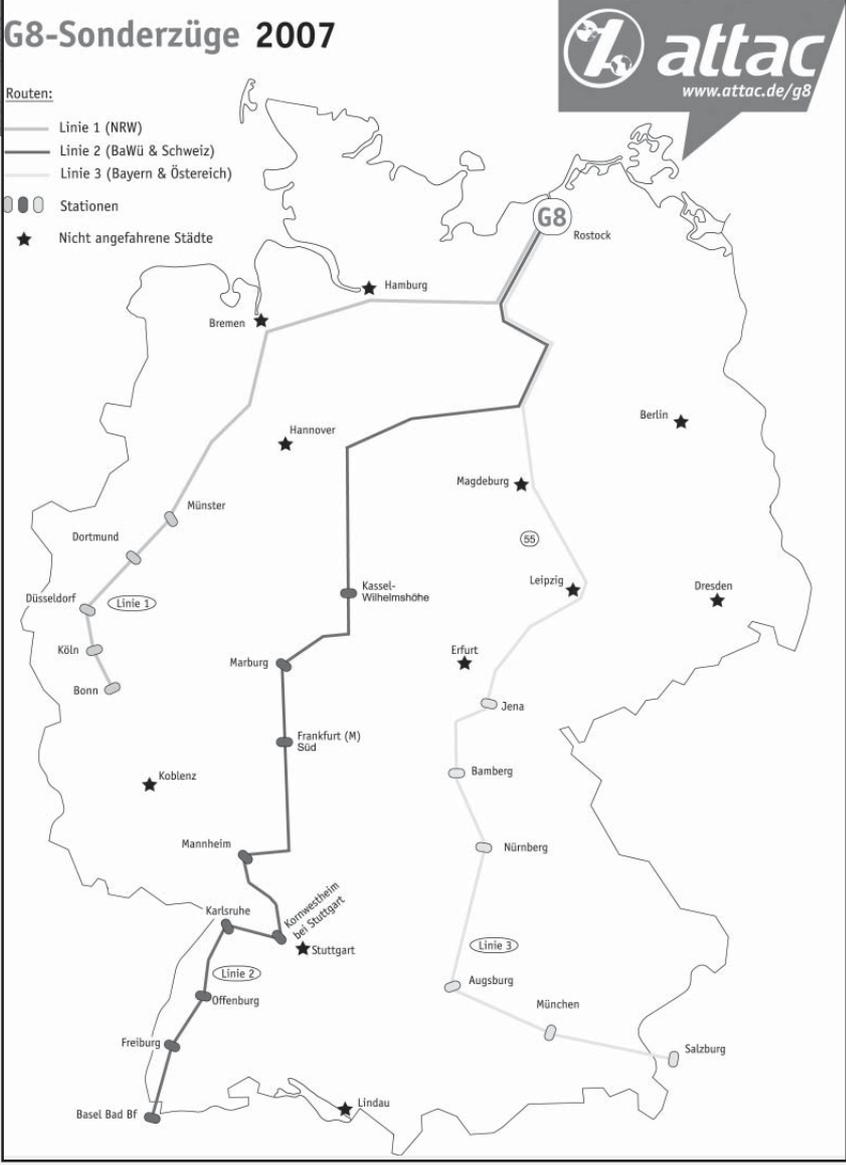
Am **1. Juni** geht der Zug ab!

auf nach Rostock, auf in die Gipfelprotestwoche!

Aus Salzburg, Basel und Bonn fahren Sonderzüge zu günstigen Preisen quer durch die Republik bis an die Ostsee.

Wer beim Sonderzug nach Evian 2003 dabei war, erinnert sich noch: Eine politische Aktion mit toller Stimmung, ein großes Erlebnis.

Also: Seid dabei! Karten gibt es über Eure lokale Attac-Gruppe (besonders günstig) und per Internet-Formular auf der G8-Homepage.



Mehr Infos zu den Zügen bald unter www.attac.de/sonderzug
 Mehr Infos zur Gipfelprotestwoche auf Seite 63.

Wem gehört das Wissen der Welt?

Vom Ausverkauf der Wissens-Schätze und anderer Lebensgrundlagen der Gesellschaften

von Petra Buhr & Oliver Moldenhauer

„Geistige Eigentumsrechte bilden den Schlüssel für die Verteilung von Wohlstand, Macht und Zugangsrechten in der Informationsgesellschaft.“

(Rechtswissenschaftler James Boyle in *Environmentalism for the net*)

Ein Bereich der Privatisierung und Enteignung der Allgemeinheit ist noch nicht hinreichend im Bewusstsein der AktivistInnen angekommen: Die zunehmende Einschränkung des Zugangs zu Wissen, Information und biologischer Vielfalt. Den offen zugänglichen Teil dieses gemeinsamen Wissensschatzes bezeichnen wir als *Wissensallmende*.

Die ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung dieses Zugangs nimmt in unseren Gesellschaften stetig zu. Durch die Digitalisierung von Informationen können viele Medien wie Filme, Tonaufnahmen und Texte heute digital gespeichert und über das Netz verbreitet werden, was ein Grund für einen stark zunehmenden Handel mit Wissensgütern ist. Nicht umsonst wird Wissen oft das „virtuelle Öl des 21. Jahrhunderts“ genannt.

Wissen? Information? Was hat das mit Privatisierung zu tun?

Ganz einfach: Ohne eine gut ausgebaute Wissensallmende, also ohne hinreichenden Zugang zu Wissen, Information und biologischer Vielfalt, ist ein Gemeinwesen nicht überlebens- und entwicklungsfähig. Wenn die Nutzung des Wissen um medizinische Wirkstoffe patentiert ist, müssen Menschen in vielen Ländern an heilbaren Krankheiten sterben, da sie die Medikamente nicht be-

zahlen können. Wenn Saatgut durch Sortenschutz monopolisiert wird, können arme Subsistenzbauern und -bäuerinnen es nicht einsetzen. Wenn Texte nicht kopiert werden dürfen, können ärmere Studierende nicht auf sie zugreifen.

Privatisierung im herkömmlichen Sinn meint meistens Entstaatlichung, also den Übergang von staatlichen in privaten Besitz. Wir fassen diesen Begriff jedoch weiter und zwar als die Übertragung eines Gemeingutes in die private Sphäre. Auch die Einschränkung der Wissensallmende ist eine Privatisierung.

Nun ist Wissen ein ganz besonderes Gut, dass sich nicht so einfach privatisieren lässt. In vielerlei Hinsicht lässt es sich als *öffentliches Gut* betrachten. Öffentliche Güter im Sinne der Volkswirtschaftslehre sind dadurch definiert, dass ihr Gebrauch nicht-rivalisierend und nicht-ausschließbar ist, was für andere Güter, z. B. Autos oder Äpfel, nicht gilt. Ein Vergleich des Gebrauchs eines Apfels und eines Leuchtturms macht schnell deutlich, was gemeint ist: Halte ich einen Apfel in der Hand, so kann kein anderer diesen Apfel besitzen. Ich habe also

alle anderen von dem Gebrauch des Apfels ausgeschlossen. Das Leuchten eines Leuchtturms dagegen ist für all' diejenigen sichtbar, die sich in seiner Reichweite befinden, ich kann niemanden vom Anschauen ausschließen – von unfeinen Lösungen mal abgesehen. Gleichzeitig würde es mich durchaus in meinem Gebrauch behindern, wenn jemand anderes meinen Apfel isst, so dass Rivalität in der Nutzung vorliegt. Beim Leuchtturm ist das anders: Er leuchtet nicht schwächer, nur weil





Ausdehnung geistiger Monopolrechte I: Neue Bereiche werden eingeschlossen

Anfangs wurden lediglich Texte und Musik (Urheberrecht) sowie technische Erfindungen (Patentrecht) geschützt. Das Urheberrecht wurde mittlerweile auf Filme und Software ausgeweitet. Die Sprachen dieser Welt sind zwar bisher nicht schützenswert, neben dem Schutz von Texten im Urheberrecht können aber auch Namen oder Bezeichnungen von Firmen (Coca Cola) und Produkten (Snickers) (Markenschutzrecht) geschützt werden. Aber auch Lebensgrundlagen wie Pflanzenzüchtungen (Sortenschutzrecht) und Medikamente (Patente) gehören schon seit einiger Zeit dazu.

Besonders pervers ist die Ausdehnung des Gesamtsystems geistiger Monopolrechte auf die Patentierung von Gensequenzen. Seit einigen Jahren entschlüsseln u. a. Konzerne, vor allem der Industriestaaten, das Genom von Mensch, Pflanzen und Tieren und patentieren fleißig die Sequenzen. Damit wurde eine wichtige Grenze überschritten: *Entdeckungen* sind im Gegensatz zu *Erfindungen* traditionell nicht patentierbar, weil ihre Monopolisierung einen zu großen gesellschaftlichen Schaden anrichten würde. Firmen, die Gensequenzen verändern und sie in andere Organismen einbauen, haben danach ein Monopol über die Nutzung von Tieren oder Pflanzen und ihrer Nachkommen.

Ausdehnung geistiger Monopolrechte II: Ein rechtliches Dickicht droht die Wissensallmende zu ersticken

Diese Ausweitung sorgt für eine vermehrte Nutzung geistiger Monopolrechte. Zusätzlich dienen seit den 70er Jahren Patente von Unternehmen an der Börse als Maß für den *shareholder value*. Je mehr Patente ein Unternehmen besitzt, desto wertvoller ist es in den Augen der Analysten. Dadurch steigt der Anreiz für Unternehmen, jenseits des Interesses an der Nutzung einer patentierten Erfindung oder Gensequenz, Patente zu erwerben und zu halten. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Produkte, deren Produktion und Verkauf die Nutzung verschiedenster Patente erfordern. Dadurch müssen

viele Leute hinschauen, ist also nicht durch Rivalität im Konsum gekennzeichnet.

Wissensallmendegüter sind mit leichten Einschränkungen öffentliche Güter in diesem Sinne. Ausschließbarkeit und Rivalität sind bei ihnen nur bedingt gegeben. Ohne zusätzliche Gesetze kann mich niemand daran hindern z. B. ein Buch zu kopieren und weiterzugeben und durch das Kopieren verliert auch das ursprüngliche Buch nichts an Nützlichkeit. Dies führt zu einigen Problemen, will man mit Wissensgütern Geld verdienen. Kaum jemand wird ein Gut kaufen, wenn es auch so zu haben ist. Ohne Ausschließbarkeit kein Verkauf, ohne Verkauf kein Ertrag. Damit fehlt potentiellen Produzenten ein monetärer Anreiz, etwas zu produzieren. Für dieses Problem gibt es verschiedene Lösungen, z. B. die Finanzierung von Wissenschaft durch den Staat. Eine andere Lösung ist Privatisierung.

Was heißt das konkret? Wie privatisiert man ein öffentliches Gut, um es letztendlich in Geld umsetzen zu können? Ganz einfach: Man reglementiert die Nutzung einer Idee. So geschehen schon seit Jahrhunderten. Dahinter steckt eigentlich eine gute Idee: Künstler und Erfinder sollten einerseits für ihr Schaffen entlohnt werden, um ihnen ein Einkommen zu sichern, da sie der Gesellschaft zu kultureller oder technischer Weiterentwicklung verhalfen. Andererseits soll ein Anreiz geliefert werden, neues Wissen zu produzieren, damit die Gesellschaft davon profitieren kann.

Geistige Monopolrechte als Lösung? ...

Mittel zum Zweck ist die Gewährung zeitlich begrenzter Monopole, dass heißt nur die Person, die das Monopolrecht inne hat, darf in einer bestimmten Zeit die Erfindung nutzen bzw. anderen erlauben, sie zu nutzen. Diese rechtlich auf eine bestimmte Zeit gewährten Monopole werden oft *geistige Eigentumsrechte* genannt, sind aber, wie wir finden, mit *geistigen Monopolrechten* besser bezeichnet.

... Nur bei einem gerechten Ausgleich von Interessen.

Problem ist, dass damit Teile der Wissensallmende privatisiert werden. Sie ist aber die Basis, auf der alles Neue, alles darauf folgende, aufbaut. Ohne Altes wären wir noch nicht einmal in der Lage, Neues zu erkennen. Ohne die Erfindung eines Verfahrens zur gezielten Nutzung von Elektrizität gäbe es keine Glühbirnen und keinen Computer. Privatisierung darf also nicht zu weit gehen. Es muss ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen des Gemeinwesens gefunden werden. Vor allem gilt es, das Interesse des Gemeinwesens an freier Nutzung der Wissensallmende gegenüber dem Interesse an der Schaffung neuen Wissens abzuwägen – und dabei die alternativen Möglichkeiten zur Förderung von Wissensproduktion nicht zu vergessen.

Firmen, um bestimmte Waren herzustellen, Lizenzen für die Patente anderer erwerben.

Problematisch ist dies aus marktwirtschaftlicher Sicht, da große Firmen, die viele Patente halten, eine Praxis betreiben, die Kreuz-Lizensierung genannt wird. Diese Firmen tauschen wechselseitig Lizenzen für ihre Patente aus, so dass beide Seiten die gewünschten Produkte herstellen und vertreiben können. Angeschmiert sind dabei kleinere Firmen oder Neueinsteiger, die nicht zum Kartell der Patentinhaber gehören. Sie haben nichts zum Tauschen, daher bleibt ihnen nur der direkte Erwerb von Lizenzen, was immense Kosten verursacht. Damit haben die größeren und etablierten Firmen ein sehr effektives Instrument gefunden, um Neueinsteigern und kleineren Konkurrenten den Markteinstieg zu erschweren oder gar zu verwehren.

Das Ergebnis: Wettbewerb wird behindert, Innovation erschwert

Ein Paradebeispiel für die durch dieses System entstehende Unsicherheit kommt aus dem Bereich gentechnisch veränderter Pflanzen. Die amerikanische Firma Monsanto beschäftigt einen 75köpfigen Mitarbeiterstab, der nichts anderes tut, als Felder von Farmern nach Spuren von Gen-Raps zu untersuchen und Schadensersatz-Forderungen zu verteilen, sofern diese ohne eine vertragliche Vereinbarung „genutzt“ werden. Das hört sich im ersten Moment

nicht besonders unrechtmäßig an, sieht man von der Zweifelhaftheit des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen generell einmal ab. Problem ist aber, dass dieser Raps sich oft, z. B. durch Wind, auf Feldern aussäht und munter verbreitet.

Folge für den „ertappten“ Farmer: Entweder verzichtet er auf Schadensersatzforderungen gegenüber Monsanto, zahlt einen bestimmten Betrag und bewahrt Stillschweigen, oder er wird vor Gericht gestellt: Wegen Verletzung des Patentes von Monsanto. So geschah dies auch dem kanadischen Bauern Percy Schmeiser. Er hat sich gewehrt, da er den Genraps in keiner Weise nutzen wollte und nicht einsah, für die *Verschmutzung* seiner Felder Geld zu bezahlen. Nach langjährigem Rechtsstreit bekam er vom obersten Gericht Kanadas in dieser Hinsicht zwar Recht, Monsantos Schadensersatzforderungen wurden abgewiesen. Schmeiser war aber trotzdem der Leidtragende: Neben Zeit und Nerven kostete ihn dieser Ausflug nach Absurdistan 400.000 kanadische Dollar.

Ausdehnung geistiger Monopolrechte III: Export eines schlechten Systems in alle Welt

Die Wissensallmende wird so täglich verkleinert und weiter ausgeräubert. Der Kampf David gegen Goliath scheint für David von vorne herein verloren. Und täglich werden die Chancen ungerechter verteilt. Gerade von einem Abhilfe schaffenden Ausgleich zum Wohl des

Gemeinwesens ist auf politischer Ebene kaum die Rede. Von Politikern wird, dem Privatisierungs-Mantra gleich, meist das Prinzip „Viel hilft viel“ vertreten. So auch von der Bundesregierung. Besondere Brisanz erhält dies dadurch, dass dieses problematische System auch den Ländern des Südens aufgezwungen wird. Seit dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens zu geistigen Eigentumsrechten (TRIPS = *Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights*) 1995 sind Entwicklungsländer gezwungen, nach Ablauf von Übergangsfristen geistige Monopolrechte in ihren Staaten einzuführen bzw. zu verschärfen.

Dabei potenzieren sich die negativen Aspekte dieses Systems aufgrund der besonderen Situation der Entwicklungsländer. Die meisten Monopolrechte liegen in den Händen von Konzernen des Nordens (ca. 97% der Patente). Viele Industriestaaten, wie z. B. Japan, haben durch die Nachahmung von Erfindungen aus anderen Staaten eine nachholende Industrialisierung eingeleitet, die den heutigen Entwicklungsländern nach Einführung geistiger Monopolrechte verwehrt bleibt. Durch die Ausdehnung von Patenten auf die Genome der Erde ist es den Konzernen des Nordens außerdem möglich, einen unschätzbaren Wert der südlichen Länder, ihren Bestand an nutzbaren Pflanzen und Tieren zu privatisieren und so die Lebensgrundlage aller Gesellschaften in ihren Besitz zu bringen.

Und die G8-Staaten? Probleme ignorieren, Hauptsache die Industrie macht Kasse!

Noch über die im TRIPS-Abkommen der WTO vorgeschriebenen hohen Mindeststandards für geistige Monopolrechte hinaus gehen zahlreiche bilaterale Handelsabkommen, die Industriestaaten mit Entwicklungs- und Schwellenländern abschließen. Die G8-Staaten sind ganz vorne mit dabei in diesem fragwürdigen Privatisierungswahn. In St. Petersburg haben sie eine Erklärung zu „geistigen Eigentumsrechten“ abgegeben. Starke Worte vom Willen zur besseren Durchsetzung geistiger Monopolrechte in aller Welt sind dort zu finden. Experten sollen in allen G8-Staaten Möglichkeiten zur stärkeren Durchsetzung geistiger Monopolrechte ausloten. Entwicklungsländern soll Hilfe gewährt werden, aber nur hinsichtlich





der besseren Durchsetzung geistiger Monopolrechte.

Kein Wort ist dort zu lesen von dem Wert der Wissensallmende, der besonderen Situation der Entwicklungsländer oder der fragwürdigen Bilanz des derzeitigen Systems der geistigen Monopolrechte schon in den Industriestaaten. Bundeskanzlerin Merkel hat bereits angekündigt, dass geistige Monopolrechte eines der wichtigsten Themen 2007 in Heiligendamm sein werden. Die Erklärung von St. Petersburg zeigt deutlich, worum es dort gehen wird:

- um die Durchsetzung der Interessen der Industriestaaten in Entwicklungsländern,
- um die Durchsetzung der Interessen von international agierenden Konzernen,
- um eine möglichst weitgehende Privatisierung der Wissensallmende ohne jegliche Beachtung des Wertes einer freien und reichen Wissensbasis für das Gemeinwesen. Es gibt Alternativen!

In allen Bereichen der Wissensallmende gibt es Beispiele für konkrete Alternativen, die ohne geistige Monopolrechte neues Wissen schaffen: Sei es im Bereich der Freien Software mit Programmen wie OpenOffice, mit dem dieser Text geschrieben wurde, sei es bei der Jahrtausende alten Tradition des freien Tau-

sches von Saatgut oder bei der Produktion patentfreier HIV-Medikamente oder mit freien Texten wie dem Attac-Basistext Wissensallmende. Wir müssen nicht der Logik der großen Konzerne folgen, weder *Microsoft* noch *Walt Disney* oder *Monsanto* sind die einzige Quelle von Wissensgütern.

Aktiv werden

Statt einer Welt voller Zäune durch geistige Monopolrechte, die Entwicklung verhindern und Zugang zu Wissen erschweren, wollen wir, dass es im Norden wie im Süden einen gerechten Ausgleich gibt zwischen Interessen von RechteinhaberInnen und dem Interesse des jeweiligen Gemeinwesens an einer starken und reichhaltigen Wissensallmende.

Wir müssen deutlich machen, dass sich hinter dem Ruf nach Privatisierung durch stärkere geistige Monopolrechte nichts anderes verbirgt, als der Ausverkauf des kulturellen, biologischen und technischen gemeinsamen Erbes der Menschheit.

Die Erfolge von Sozialen Bewegungen gegen die sinnlose Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zeigen, dass dies möglich ist.

Zum Weiterlesen:

Attac Basistext „Wissensallmende“ www.attac.de/wissensallmende/basistext
 Kontakt: petra@wissenallmende.de, moldenhauer@wissenallmende.de
www.attac.de/wissensallmende, www.fairsharing.de

G8-Quiz

Das große globalisierungskritische Quiz zu G8!

Testet Euer Wissen und werdet zu Globalisierungsgewinnern!

Die Preise werden unter allen TeilnehmerInnen verlost.



Unter www.attac.de/g8

Jetzt Mitmachen!

Ab Ende Februar 2007 im Netz

G8 und EU – Unterschiede und Gemeinsamkeiten

von Stephan Lindner

Schon ein Blick auf die Liste der zur G8 und EU gehörenden Länder lässt zwischen beiden viele Gemeinsamkeiten erwarten. Mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien sind die Hälfte der G8-Staaten auch Mitglieder der Europäischen Union. Fällt dann auch noch, wie 2007 in Deutschland und 2005 in Großbritannien, der Vorsitz eines Landes in der G8 mit dem Vorsitz in der EU zusammen, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn Initiativen der jeweiligen Regierung in beiden Kontexten auftauchen. Dies war bereits während der britischen Präsidentschaft mit der Initiative zur Schuldenstreichung einiger Länder Afrikas so und wird während der deutschen G8- und EU-Präsidentschaft kaum anders sein.

Anders als die EU ist die G8 ein informeller Zusammenschluss, der keine festen Institutionen und Regeln kennt. Während erstere über einen großen Mitarbeiterstab mit eigenen Kompetenzen verfügt, um einmal gefasste Beschlüsse um- bzw. durchzusetzen, ist die G8 darauf angewiesen, dass diese Aufgabe von den beteiligten Regierungen übernommen wird. Dabei hat dieser informelle Charakter der G8 allerdings nicht nur Nachteile, sondern auch Vorteile. Feste Regeln stellen nicht nur Verbindlichkeit her, sondern können auch einschränken. Die G8 Gipfel wurden vor allem dafür ins Leben gerufen, damit sich die Staats- und Regierungschefs der mächtigsten Industrienationen in zwangloser Atmosphäre besser zu verstehen lernen. Häufig ist es gerade das, was hinterher in ganz anderen Kontexten überhaupt erst

Handlungsfähigkeit ermöglicht. Merkel brachte diesen Aspekt in einer ihrer Pressekonzferenzen sehr treffend auf den Punkt: „Ich kann Ihnen aus meiner persönlichen Erfahrung nur sagen: Die intensiven, direkten Kontakte zwischen Verantwortlichen in der Weltpolitik sind durch nichts zu ersetzen und ermöglichen dann auch wieder, telefonisch über sehr heikle Fragen miteinander zu sprechen und sich auszutauschen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass politische Prozesse überhaupt in Gang kommen.“

Damit aus solchen Gesprächen tatsächlich gemeinsame politische Initiativen im Rahmen der G8 werden, ist ein hohes Maß an Interessenshomogenität aller Beteiligten notwendig. Diese ist, trotz aller Rivalitäten, vor allem dann gegeben, wenn es um die Stabilität der bestehenden Weltwirtschaftsordnung geht. Dazu gehört vor allem der sichere Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten weltweit sowie ein stabiles Weltfinanzsystem. Auf Grund der umfangreichen Kompetenzen, die die EU-Mitglieder der Europäischen Union in all diesen Bereichen übertragen haben, kommt dieser dabei meist eine große Bedeutung zu. Deshalb nimmt schon seit 1978 ein EU-Repräsentant an allen G8-Gipfeln teil. Allerdings ist dieser formal nicht stimmberechtigt, sondern hat nur Konsultativstatus.

Grundsätzlich gibt es zwischen den führenden Industrienationen kaum Unterschiede in den Vorstellungen, wie die Weltwirtschaft funktionieren soll. Davon abgesehen, dass für eigene Unternehmen doch immer wieder protektionistische Sonderregeln gelten sollen, wenn diese nicht konkurrenzfähig sind, ist das Leitmotiv ein freier Welthandel, der möglichst wenig durch Zölle und andere Handelshemmnisse eingeschränkt wird. Die EU hat sich diesem Grundsatz bereits seit langem in den Europäischen Verträgen verschrieben. Sie tritt sowohl in der WTO, als auch in bilateralen Handelsrunden immer wieder für dieses

Prinzip ein. Handel ist bei G8-Gipfeln immer wieder Thema, um bei Differenzen untereinander Kompromisse auszuloten oder sich auf gemeinsame Verhandlungsstrategien gegenüber den Ländern des Südens zu einigen.

Angesichts der engen Interessensverflechtung aller G8-Akteure ist es nicht weiter verwunderlich, dass wirtschaftspolitische Kurswechsel nicht nur auf einer Handlungsebene stattfinden, sondern zeitgleich auch in anderen Kontexten vor sich gehen. Als in den 80er Jahren nach den Regierungsantritten Reagens in den USA und Thatchers in Großbritannien sich immer mehr eine neoliberale Wirtschaftspolitik durchsetzte, folgte auch die EU diesem neuen Kurs. Kernprojekt war und ist dabei die Vollendung eines echten EU-Binnenmarkts, in dem Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen so frei fließen können wie innerhalb eines Mitgliedstaats. Zu den seither umgesetzten Projekten gehört nicht nur die Liberalisierung zahlreicher Branchen, sondern auch die Realisierung zahlreicher Verkehrsprojekte, um für die Handelsströme die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Eines der wichtigsten Teilprojekte in diesem Zusammenhang ist die Einführung des Euro und die Schaffung eines integrierten europäischen Kapitalmarkts.

Wichtigstes Element der ideologischen Durchsetzung von Freihandel und Binnenmarkt ist der Globalisierungsdiskurs. Einerseits werden die Chancen betont, die in der Globalisierung angeblich stecken. Durch vermehrte Arbeitsteilung und größere Märkte käme es zu Spezialisierungsgewinnen und Skaleneffekten, die für alle mehr Wohlstand brächten. Andererseits wird Globalisierung zur Drohkulisse, mit der allen immer mehr Flexibilität, längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne abgepresst werden soll, weil der globale Standortwettbewerb dies erfordere.

Die Rolle der EU in diesem Prozess entspricht etwa der eines Scharniers zwi-

schen der globalen Ebene und den Mitgliedsstaaten. Einerseits kommt ihr eine immer größere Bedeutung dabei zu, das, was u.a. in der G8 zwischen den Regierungen verabredet wird, als Global Player umzusetzen. Im Handelsbereich tut sie das z.B. dadurch, dass sie im Namen ihrer Mitgliedsstaaten in der WTO und in zahlreichen bilateralen Gesprächen Handelsabkommen aushandelt, die mit der von der G8 vertretenen Freihandelsphilosophie übereinstimmen. Gleichzeitig spielt sie eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung der Mitgliedsstaaten, um auf die so geschaffenen vermeintlichen Sachzwänge zu reagieren. Dies geschieht im Rahmen einer Koordination der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitiken der Mitgliedsstaaten, in der die EU u.a. immer wieder neue Vorschläge für weiteren Sozialabbau macht. Dabei sollte, wenn von der EU die Rede ist, nie vergessen werden, dass die mächtigste Institution dort immer noch die ist, in der die nationalen Regierungen das Sagen haben. Die Verflechtung zwischen EU und G8 zeigt allerdings auch, dass dabei, von den unterschiedlichen Stimmgewichten bei Mehrheitsentscheidungen einmal abgesehen, auch bei Einstimmigkeit de facto längst nicht alle Regierungen das gleiche Gewicht haben. Will die EU ein Handelsabkommen abschließen, muss dem derzeit noch jeder einzelne Mitgliedstaat zustimmen. Regierungen, die in der G8 vertreten sind, haben allerdings mehr Möglichkeiten, den Verhandlungsverlauf zu beeinflussen als Regierungen, die dort nicht vertreten sind. Für letztere kann das bedeuten, dass sie am Ende nur noch das fertige Ergebnis zur Kenntnis nehmen können, ohne vorher irgendeinen nennenswerten Einfluss auf den Verhandlungsverlauf gehabt zu haben.

Die von der G8 vertretene Weltwirtschaftsordnung hat große Ungleichheit auf dem Globus zur Folge. Während eine kleine Minderheit im reichen Norden einen Großteil der Ressourcen verbraucht, lebt die große Mehrheit der Erdbevölkerung in Armut. Diese Ungerechtigkeit führt immer



wieder zu Gewalt und Krieg. Entsprechend standen in den letzten Jahren auch Themen wie Terrorismus und Krieg auf der Tagesordnung der G8. Auch in diesen Bereichen werden der EU zunehmend Aufgaben und Kompetenzen von ihren Mitgliedsstaaten übertragen. Auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens – die dort geführten Kriege beschäftigten die G8 auch bereits – kommen statt NATO-Truppen immer häufiger EU-Truppen zum Einsatz.

Eines der heißesten derzeit auf G8-Gipfeln diskutierten Themen dürfte die Energiesicherheit sein. Diese stand bereits auf dem G8-Gipfel 2006 in St. Petersburg im Vordergrund. Auch damals gab es parallele Aktivitäten der EU, die das Thema prominent auf die Tagesordnung ihres Frühjahrsgipfels setzte. Akut wurde es nicht nur wegen des hohen Ölpreises und der Lage im Irak, sondern weil Russland der Ukraine die Gaslieferungen sperrte, als diese sich nicht in der Lage sah, für russische Gaslieferungen Weltmarktpreise zu bezahlen. Daraufhin fiel auch der Druck in Pipelines, mit denen russisches Gas über ukrainisches Territorium in die EU transportiert wird. Richten soll es mal wieder der Markt. Ob allerdings große EU-Staaten wie Deutschland wirklich bereit sind, nationale Oligopole auf dem Gasmarkt zu beseitigen oder sogar russischen Oligar-

chen den Zutritt zum heimischen Markt zu gestatten, bleibt abzuwarten. An kaum einem Beispiel lässt sich das Versagen freier Märkte und die Notwendigkeit politischer Regulierung besser anschaulich machen als an den zur Monopolbildung neigenden Gasmärkten.

Egal, ob die Energiekrise, die Lage im Nahen Osten oder die Situation der Menschen in den ärmsten Ländern: Überall zeigt sich, dass die Politik der G8 nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist. Das ist auch kein Wunder, denn wenn sich die „Führer der Welt“ treffen, sitzen viele legitime Interessen nicht mit am Tisch. Entsprechend wenig werden sie berücksichtigt. Auch dabei ähnelt die G8 der EU, wobei letztere zwar seit vielen Jahren sogar ein Parlament hat, diesem aber nach wie vor wichtige elementare demokratische Rechte vorenthalten werden.

Die Konsequenz für die Politik der EU und G8 kann deshalb nur lauten, eine konsequente Demokratisierung zu fordern. In der EU müssten dazu u.a. dem Europäischen Parlament seine vollen demokratischen Rechte gegeben werden. Bezogen auf die G8 kann eine solche Forderung nur Auflösung der G8 bedeuten. Hier werden immer wieder Entscheidungen über die Köpfe vieler Millionen Betroffener hinweg gefällt, ohne dass diese auch nur die geringste Mitwirkungsmöglichkeit haben. Für demokratischere Entscheidungsabläufe gibt es längst andere Institutionen wie die UNO, die allerdings ebenfalls weiter demokratisiert werden müssten.

Stephan Lindner ist Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac Deutschland, Diplom Politologe und lebt in Berlin.



Was haben die G8-Gipfel mit Migration zu tun?

von Inigo Valdenegro

Der folgende Text ist ein Beitrag der Attac-AG Migration. Er gibt keinen offiziellen Attac-Konsens wieder, da das Thema innerhalb von Attac noch nicht abschließend bearbeitet wurde.

Die G8 hat sich in den letzten Jahren kein einziges Mal ausdrücklich zum Thema Migration positioniert. Das ist erst mal überraschend, da die G8 nicht umsonst den Anspruch hat, über die wichtigsten Themen der Welt zu beraten und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die dann in den entsprechenden internationalen Organisationen oder auf nationaler Ebene durchgesetzt werden sollen.

Aber die Tatsache, dass die G8 offiziell zu Migration kein einziges Wort verloren hat, heißt nicht, dass sie in den Migrationsprozessen der letzten Jahre keine Rolle gespielt hat. In jeder Abschlusserklärung eines G8-Gipfels wird der Wunsch ausgedrückt, dass die ärmeren Länder der Welt den Weg zu Entwicklung und Wohlstand einschlagen. Anschließend findet sich eine Diagnose über die richtige „Medizin“, um dem „kranken“ Freund zu helfen. So heißt es im Abschlusskommunique des Gipfels 2005, Afrika brauche Wirtschaftswachstum, um seine Entwicklungsziele zu erreichen und unter anderem mehr Mittel für Bildung und Gesundheit bereitstellen zu können. Dafür müsse Afrika u.a. ausländische Investitionen anziehen und ein günstiges Investitionsklima erhalten.

Es ist kein Geheimnis, dass der Wert der G8-Gipfel darin liegt, dass wichtige Impulse vorgegeben werden, die dann von anderen mächtigen internationalen Organisationen

wie der WTO, dem IWF und der Weltbank durchgesetzt werden. Gerade die Weltbank und der IWF werden von den G8-Staaten aufgrund ihres Stimmengewichts kontrolliert, so dass die von der G8 aufgestellte Aufforderung an die Entwicklungsländer, eine „investitionsfreundliche Politik“ durchzuführen und sich dem Welthandel zu öffnen, die Entscheidungen dieser beiden Finanzinstitutionen maßgeblich prägen.

Was hat all das mit Migration zu tun? Man könnte denken, dass, wenn diese Maßnahmen die versprochenen Ergebnisse mit sich bringen würden, die EinwohnerInnen der Staaten, die seit langem die Patentrezepte der G8, des IWF und der Weltbank anwenden, durch das Wirtschaftswachstum bessere Bildungs- und Gesundheitsstandards genießen und mehr Möglichkeiten haben, eine Arbeit zu finden. In einem Wort, die Menschen dort würden eine Lebensperspektive finden.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Wie wir seit Jahren sehen können, suchen Zehntausende ein besseres Leben in den Ländern des reichen Nordens, weil die neo-

liberalen Maßnahmen nicht nur keinen Wohlstand gebracht haben, sondern ihre Länder instabil und ihre Lage aussichtslos gemacht haben. Das soll an dem Beispiel Somalias klar gemacht werden.

Das Beispiel Somalia

Somalia kam im Jahre 1993 in die Schlagzeilen, als das US Militär unter Schirmherrschaft der UNO intervenierte. Ziel war es, der hungernden Bevölkerung des vom Bürgerkrieg gebeutelten Landes zu Hilfe zu kommen. Noch heute befindet sich das Land in einer instabilen und schwierigen Situation. Gemeinhin wird übersehen, welche Verantwortung internationale Kreditgeber für die desolate Lage des Landes tragen. Bis in die 70er Jahre konnte sich Somalia durch eine ländliche Tauschwirtschaft von HirtennomadInnen und KleinbäuerInnen weitestgehend selbst versorgen. In den 70er Jahren führten Privatisierungen und die Ausrichtung der Landwirtschaft auf Export zu einer Krise.

Die Struktur- und Anpassungsmaßnahmen, die der IWF Anfang der 80er Jahre forderte, bewirkten eine Zerstörung des fragilen Gleichgewichts von nomadischer Vieh- und sesshafter Ackerbauwirtschaft. Strenge Sparmaßnahmen, die Öffnung der Märkte und eine Abwertung der nationalen Währung führten zu einer Verarmung der Stadtbevölkerung und



der bäuerlichen Gemeinden und zum Zusammenbruch der Viehwirtschaft. Gesundheits- und Erziehungsprogramme brachen zusammen.

In Folge der Öffnung des Getreidemarktes wurde beispielsweise der Markt mit billigen Nahrungsmittelhilfen aus dem Ausland überschwemmt. KleinbäuerInnen konnten mit den Preisen nicht konkurrieren und verloren ihre Existenzgrundlage. Dies zeigt, dass Hunger im späten 20. Jahrhundert keine Konsequenz von Nahrungsmittelknappheit ist, sondern auch durch ein Überangebot an Getreide entstehen kann.

Im Jahre 1993 verzeichnete man 860.000 somalische Flüchtlinge.

Somalia ist zwar einer der ärmsten Länder Afrikas, doch ein ähnlicher Verlauf kann in vielen Entwicklungsländern betrachtet werden. Und am Ende der Geschichte stehen die Verlierer dieses Prozesses, die sich entscheiden, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und ein besseres Leben in einem Industriestaat zu suchen.

So haben sich im Laufe der Jahre die in den G8-Gipfeln mit bezaubernder Rhetorik bekannt gegebenen Pläne für die Armutsbekämpfung, die dann von den betroffenen Ländern auf Druck von den internationalen Finanzinstitutionen durchgesetzt wurden, als Politik entlarvt, die Millionen Menschen im Süden die Lebensgrundlage entzogen hat und sie gezwungen hat zu migrieren.

Die Reaktion der G8-Staaten auf Migration

In der Antwort der G8-Staaten auf Migration kann, abgesehen von einigen lokalen Unterschieden, eine eindeutige Linie festgestellt werden.

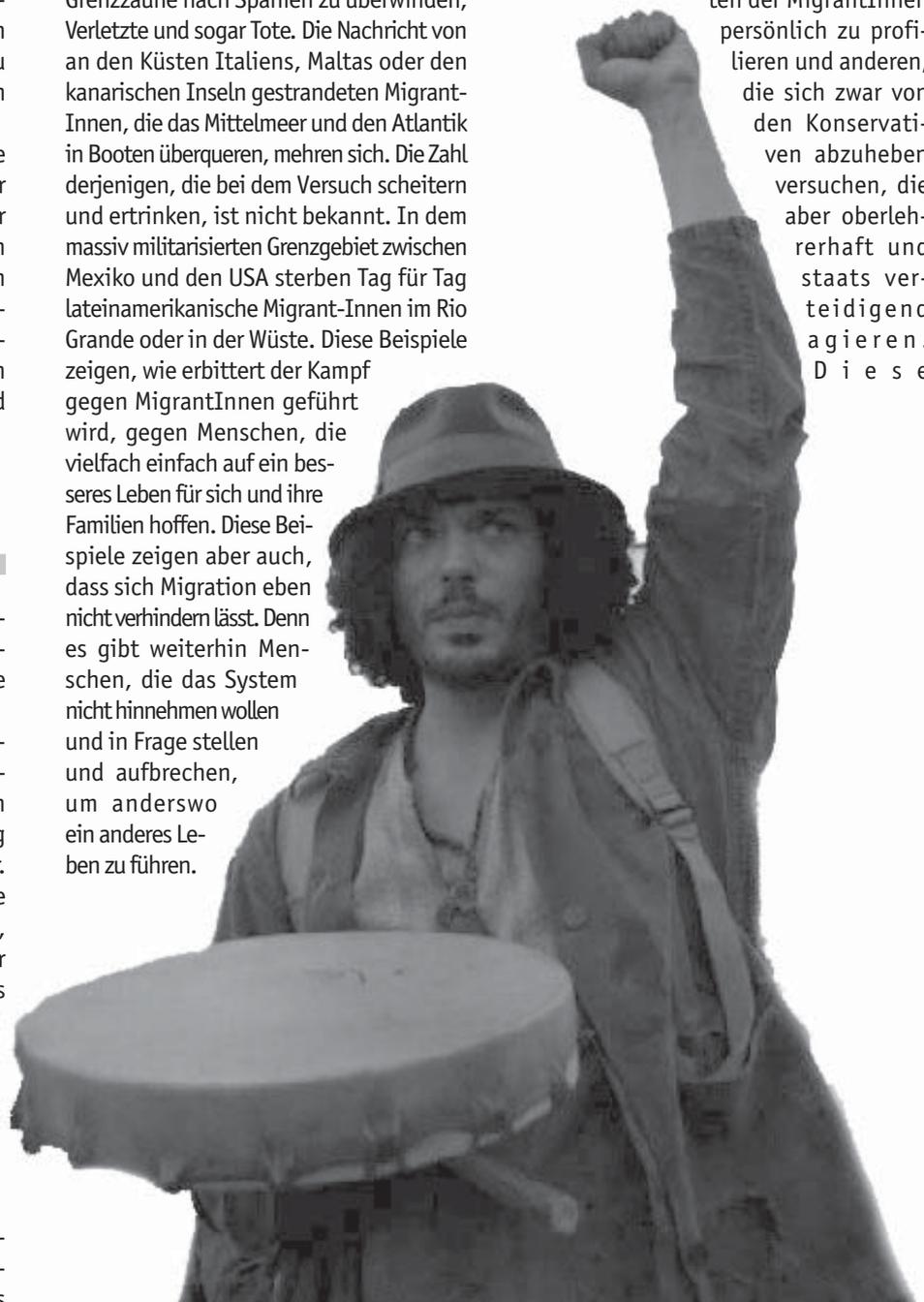
Zum einen wird versucht, die Außengrenzen auszubauen und vor dem Eindringen von MigrantInnen zu schützen. In dem G8 Mitgliedsstaat USA ist die Militarisierung der Grenze schon seit langem kein Tabu mehr. Und auch hier in der EU werden die Stacheldrahtzäune an den Grenzen erhöht, die Kontrollen massiv verschärft und sogar auf MigrantInnen geschossen, wie letztes Jahr an der spanisch-marokkanischen Grenze in Ceuta und Melilla geschehen. Jeden Tag sterben Menschen auf dem Weg nach Europa und jeden Tag geschehen Menschenrechtsverletzungen im Namen der EU. Während in der EU der Begriff „Festung Europa“ offiziell aufgegeben und durch sämtliche Euphemismen ersetzt wurde, wurde an der Idee, die dahinter stand, nicht zuletzt aufgrund des Drucks

der G8-Mitglieder Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien nichts geändert. Die Außengrenzen sollen demnach so „sicher“ sein, dass die EinwanderInnen diese Grenzen nicht heimlich überschreiten können. Dadurch soll der Fluss von EinwanderInnen je nach Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts verwaltet werden. MigrantInnen sollen nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit aussortiert werden.

Die Konsequenzen für viele MigrantInnen, die diese ungerechte und verfehlte Politik herausfordern, sind verheerend, wie die Beispiele von Ceuta und Melilla oder die kanarischen Inseln in der EU und vom Grenzgebiet zwischen Mexiko und den USA zeigen. In Ceuta und Melilla gab es im vergangenen Jahr, als MigrantInnen in Gruppen von mehreren Hunderten versuchten die Grenzzäune nach Spanien zu überwinden, Verletzte und sogar Tote. Die Nachricht von an den Küsten Italiens, Maltas oder den kanarischen Inseln gestrandeten MigrantInnen, die das Mittelmeer und den Atlantik in Booten überqueren, mehren sich. Die Zahl derjenigen, die bei dem Versuch scheitern und ertrinken, ist nicht bekannt. In dem massiv militarisierten Grenzgebiet zwischen Mexiko und den USA sterben Tag für Tag lateinamerikanische MigrantInnen im Rio Grande oder in der Wüste. Diese Beispiele zeigen, wie erbittert der Kampf gegen MigrantInnen geführt wird, gegen Menschen, die vielfach einfach auf ein besseres Leben für sich und ihre Familien hoffen. Diese Beispiele zeigen aber auch, dass sich Migration eben nicht verhindern lässt. Denn es gibt weiterhin Menschen, die das System nicht hinnehmen wollen und in Frage stellen und aufbrechen, um anderswo ein anderes Leben zu führen.

Zum anderen findet zurzeit durchgehend eine so genannte „Integrationsdebatte“ statt. Anlass dieser sind Ereignisse wie die Vorstadtkämpfe Ende 2005 in Frankreich, die terroristischen Anschläge in Großbritannien oder der Schrei vieler LehrerInnen von Hauptschulen mit einem hohen MigrantInnenanteil in der BRD. Diese Vorfälle sind im Grunde nichts anderes als die Konsequenz davon, dass in diesen Einwanderungsländern in den letzten Jahrzehnten der Wille zur vollständigen Integration der EinwanderInnen nicht wirklich vorhanden war. Bei dieser Debatte schwanken die Meinungen der PolitikerInnen zwischen dem Versuch vieler, sich durch chauvinistische und konservative Parolen und Politiken auf Kosten

der MigrantInnen persönlich zu profilieren und anderen, die sich zwar von den Konservativen abzuheben versuchen, die aber oberlehrerhaft und staatsverteidigend agieren.
D i e s e



PolitikerInnen begehen wieder den gleichen Fehler der Vergangenheit und gehen in ihren Überlegungen über Integration kaum auf die MigrantInnen ein, auf ihre Bedürfnisse, Gefühle und Meinungen. EinwanderInnen werden eher als passive Objekte denn als aktive Subjektivitäten behandelt. Bei den Zwischenfällen werden vorwiegend der Staat und seine Institutionen automatisch in Schutz genommen, ohne zumindest für einen Moment zu hinterfragen, ob diese zur Entstehung und Festigung der Missstände beigetragen haben.

MigrantInnen, die es trotz aller Hindernisse geschafft haben, beispielsweise nach Deutschland zu kommen, sei es auf legale oder illegale Weise, werden vorwiegend als Menschen zweiter Klasse behandelt. Ihnen werden Grundrechte wie beispielsweise das Recht auf Meinungs- und Bewegungsfreiheit, auf medizinische Versorgung und Arbeit systematisch verweigert. Und das sind nur einige wenige Beispiele, die Liste ließe sich ohne Weiteres fortsetzen. So leben beispielsweise AsylbewerberInnen in Deutschland in Lagern weit entfernt von der nächsten Stadt. Sie bekommen statt Geld, Gutscheine und Sachleistungen und die Residenzpflicht verbietet ihnen, den Landkreis zu verlassen. Menschen, die sich ohne legale Aufenthaltspapiere in Deutschland befinden, sind ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen relativ schutzlos ausgeliefert und können nur durch Gesetzesbrüche medizinische Versorgung und Bildung erhalten. Auch diese Liste ließe sich beliebig ergänzen.

Feminisierung der Migration

Es findet derzeit eine zunehmende Feminisierung der Migration statt. Viele Frauen werden heutzutage aktiv und entschließen sich, ihre Heimat zu verlassen, um sich und ihren Familien ein besseres Leben zu ermöglichen. Sie arbeiten als illegale Arbeiterinnen in Europa vor allem im Haushalts- und Dienstleistungsbereich. Sie erhalten niedrige Löhne und sind Gewalt und Unterdrückung vielfach besonders schutzlos ausgeliefert.

Wenn Massenmedien oder Politik die Feminisierung der Migration ansprechen, geben sie ein falsches Bild des Phänomens wieder. Frauen werden häufig als Objekte dargestellt. Sie seien Opfer von Menschenhandel oder Sklaverei und nicht in der Lage, ihr Schicksal zu bestimmen. Selten wird wahrgenommen, dass diese Frauen aktive Subjekte sozialer Umverteilung sind, die durch viele Widerstandsstrategien täglich zeigen, dass eine Einordnung in diese Opferrolle nicht angemessen ist.

Die Position der AG Migration von Attac

Menschen entscheiden sich aus den unterschiedlichsten Gründen, ihre Heimatländer zu verlassen. Viele Menschen sehen sich aus politischen Gründen gezwungen zu migrieren. Andere sind neugierig und wollen die Welt entdecken,

oder sie haben andere persönliche Beweggründe. Aber eine zutiefst ungerechte Weltwirtschaftsordnung, wie sie Jahr für Jahr in den G8-Gipfeln rhetorisch bejubelt und faktisch gefördert wird, ist der wichtigste Grund für Migration.

Wir sind der Meinung, dass Migration die richtige Antwort der benachteiligten Menschen aus den ärmeren Ländern auf diese Missstände ist. Mit Migration sollte deswegen konstruktiv und nicht repressiv umgegangen werden.

Zum einen üben MigrantInnen ein Menschenrecht, das Recht auf Bewegungsfreiheit, aus, das von keinem Staat in Frage gestellt werden sollte.

Zum anderen sind sie Akteure sozialer Umverteilung von oben nach unten, von Nord nach Süd. Die Rücküberweisungen der MigrantInnen in ihre Heimatländer betragen mittlerweile viel mehr als die gesamte Entwicklungshilfe. Diese Menschen wandern also in die reichen Ländern aus und holen sich dort einen Teil dieses Reichtums zurück. Migration lässt sich nicht beschränken, sie hat immer stattgefunden und findet nach wie vor statt. Und das egal, wie hoch die Zäune sind, die sie abhalten sollen, und wie groß die Einschränkungen sind, die hingenommen werden müssen.

Migration ist deswegen eine erfolgreiche soziale Bewegung. MigrantInnen treffen bewusst die Entscheidung, die Heimat auf der Suche nach einem besseren und anderen Leben zu verlassen. Durch diese Entscheidung fordern sie Gerechtigkeit und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Sie sind aktive AkteurInnen im Weltgeschehen, die Veränderungen bewirken wollen und dies auch tun, und zwar individuell wie auch gesellschaftlich. Sie fordern oft die Gesetzgebung und die Repression der Industriestaaten heraus, die darauf zielen, Migration zu beschränken. Sie eignen sich z.T. Wohlstand und Rechte an, die der Staat ursprünglich nicht gewähren wollte, wie das Aufenthaltsrecht, soziale Rechte bis hin zum Staatsbürgerschaftsrecht. Vielfach tun sie sich solidarisch zusammen und schaffen sich Netzwerke, die ihnen das Leben erleichtern.

Für Attac sollte Migration also als soziale Bewegung wahrgenommen werden und eine Vorbildfunktion haben. Die MigrantInnen lehren uns täglich, dass man eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung nicht ohne weiteres hinnehmen muss und dass man sie erfolgreich herausfordern kann.



Drei Märchen oder eine Aufgabe: globale soziale Rechte

von Werner Rätz

Die Frage, wie und wo eigentlich Regelungen möglich werden, die so etwas wie soziale Sicherheit ermöglichen, erscheint in einer seltsamen Weise doppelt gebrochen. Schon in der Schule lernen wir im Politikunterricht, dass Sozialpolitik Teil der Innenpolitik ist. Es sind die jeweiligen nationalen Regierungen, manchmal sogar noch kleinteiliger die Bundesländer oder Städte und Gemeinden, die verantwortlich sind für gesetzliche Krankenversicherungen oder Rentensysteme, Kinderbetreuungseinrichtungen oder öffentlichen Verkehr, Sozialhilfe oder Arbeitsmarktpolitik. Diese Regulierungen geraten zunehmend unter Druck, aber wo sollten sie durchgesetzt werden wenn nicht in den zuständigen Parlamenten?

Internationale Akteure, oder gar globale, das scheinen ganz andere zu sein: Großunternehmen, die UNO, die Welthandelsorganisation WTO, Internationale Finanzinstitutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfond IWF, vielleicht auch noch die Nato oder der Pariser Club. Und tatsächlich gehen von diesen Institutionen viele der Entwicklungen aus, die GlobalisierungskritikerInnen seit langem angehen: Unternehmen organisieren Arbeitsprozesse rund um den Globus arbeitsteilig so, dass sie vielen Menschen ihr Einkommen nehmen. Die WTO zwingt die Länder des globalen Südens zur Marktöffnung und macht sie spätestens auf diese Weise arm. Der Pariser Club sichert ihre Zahlungsfähigkeit und IWF und Weltbank verwalten das internationale Schuldenregime so, dass die Rückflüsse aus dem Süden in den Norden dauerhaft ihre Richtung behalten. Geht



das alles trotzdem mal schief, sorgen UNO und Nato für die militärische Durchsetzung der Interessen der Großen.

Natürlich agieren in diesem System auch Staaten, aber Innen- und Außenpolitik scheinen deutlich getrennt. Verfahrensregeln und Zuständigkeiten scheinen das zu bestätigen: Über Sozialpolitik können die jeweiligen Regierungen selbstständig entscheiden, die Forderung nach internationalen Regulierungen findet oft kein ansprechbares Gegenüber. Aber so wie Kapital keine Grenzen anerkennt, sondern stetig bemüht ist alle Abläufe seiner Vermehrung zu unterwerfen, so verwischt die Globalisierung zunehmend herkömmliche Unterscheidungen. Die weltweite Deregulierung ist ein langer und immer wieder koordinierter, bewusst gestalteter politischer Prozess voller Regeln und Festlegungen. Nationale Regierungen benutzen „die Globalisierung“ zwar regelmäßig als Vorwand, um sich bestimmten politischen Forderungen zu entziehen, aber tatsächlich wirken diese globalen Mechanismen tief in jede „Innenpolitik“ hinein. Und die Idee einer weltweiten, abgestimmten und einzuhaltenden Ordnung ist ein legitimes Kind der Globalisierung.

Deregulierung ist das Ergebnis eines langen Regulierungsprozesses oder das Märchen vom Rückzug des Staates

1975 setzten sich sechs Staats- und Regierungschefs großer Industrieländer erstmals zusammen und überlegten, wie sie die seit Jahren stärker werdenden wirtschaftlichen Verwerfungen in den Griff bekommen könnten. Schon der Titel, den sie ihrem Kaminesgespräch gaben, belegt, dass es ihnen um mehr ging als nur ihre eigenen Angelegenheiten: „Weltwirtschaftsgipfel“. Darin steckt ein Anspruch, ein Problem und eine Lösungsidee. Der Anspruch: Wir reden für die ganze Welt, weil wir entsprechend wichtig sind. Das Problem: Wir sind uns über diese Wichtigkeit einig, auch darüber, dass wir zu ihrer Durchsetzung fest zusammenhalten müssen. Schließlich existiert ja mit der Sowjetunion noch eine Weltmacht, die diesen Anspruch in Frage stellt. Ihr gegenüber haben wir gemeinsame Interessen, aber untereinander durchaus nicht. Die Lösungsidee: Wir begeben uns bewusst an die Gestaltung weltweiter Verhältnisse.

Das war schon die Idee gewesen, die hinter dem damals gerade untergehenden

Weltwährungssystem gesteckt hatte. Weltwirtschaftskrise und Zweiter Weltkrieg hatten die deutschen Ökonomen einerseits, die britischen und US-amerikanischen andererseits unabhängig voneinander zu der Einschätzung gebracht, dass man Währungs- und Wirtschaftsprobleme nur noch im globalen Maßstab anpacken könne. Sie befanden sich damit in Übereinstimmung mit einer tatsächlichen Entwicklung großer Kapitalgruppen, für die nationale Märkte sich zunehmend als Fesseln erwiesen. Die Regulierungsprinzipien des 1944 in dem Ort Bretton Woods beschlossenen Währungssystems (Bindung des Dollar an den Goldwert und feste Wechselkurse zwischen den wichtigsten kapitalistischen Währungen) waren mit dem Wachsen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu eng geworden. Deshalb formulierten die sechs (und später sieben) Herren im Laufe weniger Jahre Ansprüche, wie denn zukünftige Regulierungen auszusehen hätten.

Die „hohe Arbeitslosigkeit, anhaltende Inflation und schwerwiegende Energieprobleme“ müsse man überwinden, hieß es bereits in der 1975er Abschlusserklärung. Und wie macht man das? Na klar, durch freien Handel! Selbst der eigenen klassischen Volkswirtschaftslehre zufolge ist das Unsinn: Freier Handel ermöglicht es angeblich jedem Land, zu den jeweils günstigsten Kostenbedingungen zu produzieren, d.h. aber eben in der Summe unter Abbau, nicht Aufbau von Arbeitsplätzen, auch wenn in einzelnen Branchen und an einzelnen Orten durchaus neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Es herrschte natürlich der Wunsch, dass sich diese Orte in den G7-Staaten befinden sollten – bekanntlich hat das aber nie geklappt. Indem sich die Staaten auf Bekämpfung der Inflation als vorrangiges Ziel festlegten (und in praktisch allen späteren Gipfelerklärungen daran festhielten), schnürten sie sich ihre eigene haushaltspolitische Bewegungsfreiheit ein. Mit diesem Grundsatzbeschluss gaben sie das Instrument auf, soziale Anliegen mittels einer offensiven Haushaltspolitik verfolgen zu können.

So hat schon der allererste Weltwirtschaftsgipfel die Weichen dafür gestellt, dass von Seiten der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrieländer Sozialabbau zum grundlegenden Muster aller globalen Wirtschaftspolitik erhoben wurde. War damals die Arbeitslosigkeit das Thema, so tauchten in den Folgejahren alle Bereiche des Sozialen auf. Immer ist das Rezept Privatisierung und Rückzug des Staates, ob es um Gesundheit, Altersversor-

gung oder wie kürzlich in St. Petersburg um Bildung geht: „Wir werden Investitionen in Wissen, Forschung und Entwicklung fördern. Wir werden öffentliche Ausgaben strategisch einsetzen um Privatkapital für Forschung und Entwicklung und im Ausbildungssektor anzuziehen. Zusätzlich werden wir die engere Kooperation von Universitäten und Industrie fördern.“

Dieser Linie sind die Herren (und mittlerweile ja zum zweiten Mal eine Dame) treu geblieben. In ihrem Kreis wurde die immer weiter gehende Verschuldung der so genannten „Entwicklungsländer“ besprochen (erstmalig 1976, was ab 1982 zur Kreditfinanzierung der Schulden durch den IWF bei einer harten Auflagenpolitik führte), „größtmögliche Zollsenkungen“ (1977, mündet 1994 in die WTO), ein „neues europäisches Währungssystem“ (1978, das wir als „Euro“ mit den berühmten „Maastrichtkriterien“ kennen), von Anfang an begleitet von Bekenntnissen zur „unerlässlichen Weiterentwicklung der Kernenergie“ (neben aller ökologischen Widersinnigkeit ein zusätzliches Milliardengrab). 1980 rückten der Bürgerkrieg in Afghanistan und 1981 (nach dem Amtsantritt Ronald Reagans als US-Präsident) die Notwendigkeit der verschärften Systemkonkurrenz mit umfassender militärischer Aufrüstung in den Vordergrund. Das Militärprogramm wurde über Kredite finanziert, die mittels hoher Zinsen die Geldflüsse aus dem Süden in den Norden beschleunigten.

1982 ist der Neoliberalismus erstmals nicht mehr nur Hintergrund für einzelne Beschlüsse, er wird als System propagiert. Der Weltwirtschaftsgipfel fasst seine Politik zusammen als „eine gemeinsame Verantwortung für...eine auf Konvergenz gerichtete (sich angleichende – WR) Politik“. Nun fehlt nur noch die bis heute gültige Lügensprache. Der neue deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl hatte diesbezüglich Maßstäbe gesetzt, als er die Bundeswehr zu „größten Friedensbewegung“ erklärte. In ähnlicher Verdrehung der Wortbedeutung wurde 1983 der Titel „Erklärung zur wirtschaftlichen Gesundung“ gewählt um das System „Wohlstand für wenige durch weltweite Herrschaft ihrer Interessen, Werte genannt“ hinter schönen Worten zu verstecken: „Unsere Völker bekennen sich gemeinsam zu Demokratie, Freiheit des Einzelnen und Kreativität, zu Moral, Menschenwürde, persönlicher und kultureller Entwicklung. Um diese gemeinsamen Wertvorstellungen wahren, stützen und ausbreiten zu können, ist Wohlstand wichtig.“



Dabei gibt es Widerstände und Rückschläge, aber die Liberalisierung schreitet regelmäßig voran. Die 1994 gegründete WTO kann als Musterstück gelten. Sie ist auch allein der Marktideologie verpflichtet und entwertet nach und nach dem widersprechende, andere internationale Regeln, etwa die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Es gibt keinerlei prinzipiellen Grund, warum internationale Regulierung nicht auch genau umgekehrt festgelegt werden könnte, dass Freihandel eine Absichtserklärung ohne Durchsetzungszwang und fehlende Arbeitsnormen strafbewehrt wären. Wenn eine Regierung dafür bestraft werden kann, dass sie einem Konzern die Einfuhr und Produktion von Gengetreide untersagt, warum sollte sie nicht ebenso gut dafür zur Verantwortung gezogen werden können, dass Konzerne in ihrem Hoheitsgebiet gültige Arbeitsgesetze brechen? Es ist so, weil es politisch so gewollt ist, und zwar in erster Linie von den Staaten der G7.

Die Befolgung europäischer oder globaler Vorgaben erfolgt freiwillig oder das Märchen von den schwachen Staaten

Nationale Regierungen regeln die rechtlichen und politischen Abläufe in ihren Ländern sehr verschieden, auch bei Problemlagen, die sich international sehr ähneln. Über die WTO und ihre Einzelverträge, aber auch über zahlreiche andere Wege erfolgt mittlerweile eine internationale Angleichung.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Existenz und das Agieren multinationaler Konzerne, weil sie in verschiedenen Staaten aktiv sind und damit verschiedenen

Regeln unterliegen (können). Grundsätzlich ist das kein Problem, da sie jeweils im nationalen Rahmen bestimmte Rechtsformen haben und damit festgelegte Verpflichtungen und Möglichkeiten. Aber sie können konzernintern die Unterschiede vergleichen und sich die jeweils günstigsten Bedingungen herausuchen. Das setzt voraus, dass seitens der Staaten keine Anstrengungen unternommen werden um die eigenen Regeln durchzusetzen. Es ist unbestritten, dass sie etwa im Steuer- und Unternehmensrecht die Entscheidungsberechtigung dazu hätten. Tatsächlich findet aber seit Jahrzehnten ein Wettlauf darum statt den Konzernen die günstigsten Bedingungen zu bieten. Zumindest in einem gemeinsamen Rechtsraum wie der Europäischen Union müsste das nicht sein. Tatsächlich hat die EU auch lange Zeit versucht, ihre interne Rechtsangleichung so zu vollziehen, dass die höheren Standards gewahrt wurden.

Die inzwischen angewandte „offene Methode der Koordinierung“ funktioniert anders. Hier verständigt man sich auf eine grundsätzliche Richtung oder auf ein Ziel, auf das hin man sich vereinheitlichen will. Anschließend sind die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet die Richtlinien umzusetzen und der Kommission darüber zu berichten. Die hat dann die Aufgabe und das Recht diesen Prozess zu überprüfen und Fortschritte oder Mängel festzustellen. So dringt die EU zwar immer tiefer in nationale Regulierungsfelder ein, aber zuständig bleiben die Staaten.

Wenn sich die nationalen Regierungen, wie bspw. die Schröder-Regierung 2003 bei der Verkündung der Agenda 2010, des größten Sozialabbauprogramms in der Geschichte Deutschlands, auf EU-Beschlüsse berufen, so ist das richtig und falsch zugleich. Richtig ist, dass es diese Beschlüsse gibt und dass sie eine Wirkung in eine bestimmte Richtung entfalten. Die europäischen

Staats- und Regierungschefs hatten sich auf ihrem Gipfeltreffen in Lissabon im Jahr 2000 auf eine Strategie festgelegt, mit der die EU in der globalen Konkurrenz mit den USA und Ostasien einen entscheidenden Schritt nach vorne machen sollte. Dazu wurden verschiedene Vereinbarungen getroffen, von denen im Rahmen dieses Artikels besonders drei von Bedeutung sind: Liberalisierung von Gas, Strom, Postdiensten und Verkehr sowie des Dienstleistungsbereiches, Deregulierung der Arbeitsmärkte sowie Umschichtung der Alterssicherung auf private Pensionsfonds.

Ich will kurz auf den letzten Punkt eingehen. In den meisten EU-Ländern erfolgt(e) die Altersversorgung über das so genannte Umlageverfahren. Das bedeutet, dass die wirtschaftlich Aktiven, die Beschäftigten mit Einkommen also, einen Teil ihres Einkommens abgeben. Über ein staatlich kontrolliertes oder verwaltetes System werden diese Gelder an die nicht mehr Aktiven, also die Rentnerinnen und Rentner, weitergeleitet. Keine Bank, keine Versicherung, kein Fonds treten dazwischen. Ökonomisch ist das, als wenn der verdienende Ehepartner dem nicht verdienenden oder den Kindern Taschengeld gibt: Ein einzelnes Einkommen wird von mehreren ausgegeben. Das ist selbstverständlich aus Sicht von Kapitalsammelstellen wie den oben erwähnten ein Unding, schließlich handelte es sich allein in der BRD um fast eine halbe Billion DM, an denen sie nichts, aber auch gar nichts verdienten!

Also erfand Riester die nach ihm benannte Rente. Die damalige Begründung war, dass die Rente aus Erwerbsarbeit nicht mehr ausreiche und auch ohnehin nicht mehr zu finanzieren sei, da es immer mehr alte Menschen gebe. Tatsächlich sind beide Argumente wiederum richtig und falsch. Mit ununterbrochenen tatsächlichen Renten Kürzungen ist seither das Niveau der Sozialrenten so niedrig, dass viele Men-

schen Altersarmut erleben werden, auch wenn sie ein Leben lang erwerbstätig waren. Und tatsächlich gibt es zwar einen wachsenden Anteil an Alten in der Gesellschaft, aber der wächst langsamer als die Produktivität. Es wäre also folgerichtig, diese gesteigerte Reichtumsproduktion zur Finanzierung von Einkommen und damit auch der Renten heranzuziehen. Die Entwicklung ist seit Beginn der 90er Jahre aber gegenläufig: Die Löhne wachsen nicht mehr mit der Produktivität, teilweise sinken sie sogar, so dass die Renten aus einem kleiner werdenden Topf bezahlt werden müssen. Das überfordert die einzelnen BeitragszahlerInnen tatsächlich.

Alle diese Tatsachen waren und sind den zuständigen Regierungen natürlich bewusst. Ihnen ging und geht es um etwas ganz anderes, wie in der Strategie von Lissabon auch nachgelesen werden kann. Dort wird die Förderung der Pensionsfonds nämlich damit begründet, dass ausreichend Kapital zur Verfügung stehen müsse, um es in die neu zu stärkenden Märkte investieren zu können. Es geht um eine bewusste Umverteilung von den RentenbezieherInnen hin zu KapitalanlegerInnen. Dazu gab es im Jahr 2000/2001, als die Riester-Privatisierung diskutiert und beschlossen wurde, keinerlei objektive Notwendigkeit. Die Märkte litten nicht unter einem Mangel an Kapital. Davon gab es eher viel zu viel, was fehlte, waren profitable Anlagemöglichkeiten. Unternehmensübernahmen können da lukrative Möglichkeiten sein, eine mit Rentenspargeldern wohl gefüllte Fondskasse ist eine gute Voraussetzung dafür.

Die Bundesregierung hatte sich ausdrücklich auf die Stärkung der deutschen Finanzmarktakteure festgelegt. Die Lissabon-Strategie war von ihr aktiv mit entworfen worden, es war ihre Politik, die sie zuerst von „Brüssel“ hat beschließen lassen, um sich anschließend zu ihrer Umsetzung auf „Brüsseler“ Beschlüsse zu berufen.

Die Umsetzung solcher Beschlüsse hat handfeste politische Folgen. Überhaupt wird am Beispiel der Pensionsfonds einiges deutlich. Sie sind starke Akteure auf den Finanzmärkten mit erheblichem Einfluss. Besonders in den USA ist ihr Gewicht kaum zu überschätzen. Zwar verfügen auch dort die meisten Menschen über Alterseinkommen, die aus Erwerbsarbeit stammen, fast immer handelt es sich dabei aber um so geringen Summen, dass niemand davon leben kann. Also sind die RentnerInnen auf andere Einkünfte angewiesen. Wer immer es kann, spart also privat. Auch viele

Unternehmen haben bisher Zusatzrenten gewährt, die sie mit Hilfe von Fondseinlagen realisieren. Wenn nun solche Fonds wirtschaftlich in Schwierigkeiten geraten (wie 1995 bei der Mexikokrise) oder Unternehmen pleite gehen, ohne die Rentenbeiträge gesichert zu haben (wie 2002 der Enronkonzern), können die SparerInnen ihre ganze Alterssicherung verlieren. Doch auch ohne solche Katastrophen steht keineswegs fest, dass die Finanz- und Aktienmärkte die Einzahlungen mit einem Gewinn oder überhaupt wieder vollständig hergeben werden.

Deshalb ist es nachvollziehbar, dass die AnlegerInnen großen Wert darauf legen ihr

Geld nicht zu verlieren. Das kann sie in durchaus widersprüchliche Interessenslagen führen. Als BeschäftigteR eines Unternehmens, etwa der Deutschen Bank, benötige ich keine hohe Rendite, schon gar keine 25%. Da reicht eine schwarze Null, damit mein Arbeitsplatz erhalten bleibt. Als FondsbeteiligteR ist das anders, da ist die hohe Rendite das Ziel. Es gibt folglich in den USA eine gesetzliche Regelung, die FondmanagerInnen dazu verpflichtet ausschließlich die Interessen der AnteilseignerInnen zu verfolgen. Beschäftigten- oder andere Interessen dürfen sie nicht berücksichtigen. Das Gesetz wird im allgemeinen streng angewandt. Eine besonders





verquere Situation entstand, als Vodafone 1999/2000 Mannesmann übernehmen wollte. Damals stand zur Debatte, ob die US-Fonds, die Anteile an Mannesmann hielten, verkaufen sollten oder nicht. Das betraf vor allem den Rentenfonds des US-Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO. In ihm sparen nur die hauptamtlichen GewerkschafterInnen der USA für ihre Rente. AFL-CIO hat eine klare Position: Unternehmensübernahmen kosten Arbeitsplätze und werden abgelehnt. Das wurde von der zuständigen Kommission dem Pensionsfonds auch deutlich übermittelt. Der Fonds verkaufte trotzdem und ermöglichte damit Mannesmanns Zerschlagung. Sozusagen zahlen die dort Entlassenen teilweise die Renten ihrer hauptamtlichen US-GewerkschaftskollegInnen.

Der Konflikt zwischen der Rolle als Beschäftigter oder gar Gewerkschafterin, denen es um den Arbeitsplatz geht, und Sparerin, die eine Rente braucht, ist sehr real und nicht einfach aufzulösen. Aber es gibt keinerlei Notwendigkeit, dass staatliche Regulierungen hier eindeutig und ausschließlich zu Gunsten der Letzteren Partei ergreifen. Es ist kein Naturgesetz, das die Interessen der Anteilseigner fest schreibt, sondern staatliches Recht, das sie durchsetzt. Zwar gibt es das beschriebene Bestreben des Kapitals, sich alle Abläufe zu unterwerfen. Aber nach wie vor entscheidet der Staat, ob Privatbanken die Berliner Sparkasse mitsamt ihrem Namen übernehmen dürfen und damit den Anfang vom Ende des öffentlichen Bankwesens in Deutschland setzen. Nach wie vor entscheidet der Staat, ob Genossenschaften über Buchführungsregeln gezwungen werden,

ihre Anteile wie Aktien frei handelbar zu machen, und damit auch diese Form der Gemeinwirtschaft in ihrer Existenz gefährden.

Globalisierung und „global governance“ gehören zusammen oder das Märchen von der Möglichkeit der Rückkehr zu nationalstaatlicher Regulierung

Es gibt in der Sozialwissenschaft die Figur des „organischen Intellektuellen“. Damit sind soziale Denker gemeint, die die Interessen und Bedürfnisse einer gesellschaftlichen Gruppe oder Klasse sehr genau auszudrücken vermögen, ohne dass sie notwendigerweise dazugehören. Ich habe die Globalisierung als widersprüchlich beschrieben: Der tatsächlichen Tendenz des Kapitals, gesellschaftliche Abläufe seinen Verwertungsinteressen einzuverleiben, stehen Staaten gegenüber, die ihre Regelungsmöglichkeiten freiwillig zu Gunsten dieser Tendenz einsetzen. Auf personeller Ebene drückt sich dieser Zusammenhang in PolitikerInnen aus, die lauthals über ihre eigene Machtlosigkeit jammern, sowie in Großindustriellen, die sagen: „dann regelt das doch einfach anständig“. Die organischen Intellektuellen dieser Widersprüchlichkeit haben sich genau dazu ein Konzept ausgedacht. Es hat verschiedene Namen, wird aber bevorzugt als „global governance“ bezeichnet.

Damit ist zweierlei gemeint. Erstens wird anerkannt, dass die Entwicklung des

modernen Kapitalismus eine Form von globaler Integration gebracht hat, die man nicht mehr zurückdrehen kann oder will. Der Weltmarkt ist weitgehend Realität, viele andere Formen weltweiter Sozialbeziehungen existieren, Raum und Zeit sind zwar nicht verschwunden, haben aber, seit Kommunikation im Netz in Echtzeit möglich ist und die „global cities“ rund um den Globus einander mehr gleichen als ihrer unmittelbaren Umgebung, ihre Rolle verändert. Es entstehen soziale Existenzen, die in genau diesen scheinbar virtuellen Räumen leben.

Zweitens ist offensichtlich, dass man diese verwirrende Vielfalt von Beziehungen und Nichtbeziehungen nicht im Stil herkömmlicher staatlicher Verwaltung organisieren kann. Damit wären nicht nur die einzelnen Staaten überfordert, auch ein denkbarer Weltstaat könnte das nur, indem er genau diese Vielfalt selbst zerstören und in einer alles umfassenden Regelungsdictatur ersticken würde. Die Sozialwissenschaft greift also auf ein Konzept zurück, das einen Unterschied macht zwischen unmittelbarem staatlichen Handeln, Regierungstätigkeit sozusagen, englisch „government“, und einer Art öffentlich-privater Regulierung, angebunden an staatliche Vorgaben und in Übereinstimmung mit ihrer Philosophie, englisch „governance“.

Teil dieser weder staatlichen noch staatsfreien Regulierung sind die unterschiedlichsten Elemente, u. a. alle eingangs erwähnten internationalen Akteure wie Unternehmen und Finanzinstitutionen, aber auch NGOs, Interessenverbände, ja selbst die Regierungen. Im Konzert dieser uneinheitlichen, widersprüchlichen, häufig nicht einmal unmittelbar kommunizierenden Beteiligten entstehen Strukturen, die nicht zufällig und willkürlich, aber auch nicht festgelegt und unüberwindbar sind. Diese Interpretation der globalisierten Welt als ein Knäuel von nach bestimmten Regeln verwobenen Fäden, deren einzelnes Ziehen zu gar nichts führt, hat den Vorteil, dass es eine ziemlich treffende Zustandsbeschreibung liefert. Es hat den Nachteil, dass die Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen oder einzelner Gruppen höchst beschränkt erscheinen.

Gegenüber solch einer unübersichtlichen Situation wächst bei vielen Menschen das Bedürfnis zur Übersichtlichkeit der alten Nationalstaaten zurück zu kehren. Das geschieht gleich doppelt. Da gibt es zum Ersten eine spontane Ebene, deren man sich weder bewusst sein muss und die auch keine politische Entscheidung ausdrückt.

Es reicht, dass wir in der Schule gelernt haben, dass es eine Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik gibt, damit sich der Irrtum aufrecht erhält, die soziale Frage sei „nationalstaatliches Denken“ oder Innenpolitik“. Wer das glaubt, stülpt unüberprüft eine Sichtweise der fünfziger oder sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts auf die heutige Wirklichkeit und erkennt dabei den Wandel durch die Globalisierung. Zum zweiten gibt es aber auch politische Positionen, die bewusst die Vergangenheit wieder einführen wollen. Nach diesen Vorschlägen sollen die Staaten doch bitte wieder Regeln einführen oder anwenden, wie sie damals funktionierten: Vollbeschäftigung, Sozialversicherung, Sozialhilfe – für alle und alles schien doch gesorgt. Wer das vorschlägt, übersieht die Tiefe der erfolgten Brüche.

Globalisierungskritik muss heute Antworten auf die soziale Frage geben, die bedingungslos anerkennen, dass beide, Frage und Antworten, nur noch in globaler Perspektive formuliert werden können. Und da geht es nicht nur darum dies als gegeben hinzunehmen, sondern es ist auch gut und erfreulich, dass es so ist. Eine Perspektive vom menschenrechtlichen Standpunkt kann nur eine globale sein. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist das auch eindeutig formuliert: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet – einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen...sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitmung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“ In diesem Sinne hat die Weltgesundheitsbewegung seit Jahrzehnten das Recht auf Gesundheit als ein Recht auf gesund erhaltende Lebensumstände, als ein soziales Recht, interpretiert und eingefordert.

Das erscheint manchmal illusionär und unbestimmt. Zudem ist es wesentlich ein-

facher, Zustimmung zum Engagement für globale Gerechtigkeit ganz allgemein als zur Forderung nach einer solidarischen Gesundheitsversicherung zu erhalten. Attac hat das bitter erfahren müssen, als zwar unser „eine andere Welt ist möglich“ von den Medien hochgejubelt wurde, wir aber 2002 mit der Kampagne „Gesundheit ist keine Ware“ nur Schweigen oder Ablehnung erfuhren.

Dennoch ist es unausweichlich: Wer nicht zurück will in Verhältnisse, die nicht zufällig nicht mehr existieren, muss Konzepte entwickeln, die uns über die bestehenden Verhältnisse hinaus bringen. Nicht vor der Globalisierung liegt die Zukunft, sondern hinter der kapitalistischen Globalisierung. Da stellt sich die Frage nach einer umfassenden Gesundheitsversorgung als die nach einer Weltkrankenkasse, die Frage nach sozialer Sicherheit für alle als die nach einem globalen Grundeinkommen, die Frage nach der notwendigen Arbeit als die: Was wären denn die Dinge, die wir benötigen, damit die Not gewendet wird? Was wollen wir denn produzieren? Wie wollen wir denn leben und arbeiten?

Wir haben auch noch nicht alle Konsequenzen eines solchen Konzepts zu Ende gedacht. Wir haben noch nicht auf alle Probleme eine Antwort und sollten das vielleicht auch gar nicht wollen. Es könnte gut sein, dass Antworten nicht mehr aus dem Nachdenken kluger Einzelner entstehen, sondern aus dem gemeinsamen Agieren vieler. Es könnte gut sein, dass ein „Konzept“ viel eher ein geduldiges Hören auf Erfahrungen, ein eigenes Ausprobieren, ein Auf und Ab von Kämpfen darstellt als einen Plan revolutionärer Machtübernahme. Die Alternative zu global governance als (sozialdemokratischem) Befriedungskonzept ist nicht der (ebenfalls sozialdemokratische) Sozialstaat aus der Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Alternative besteht darin, unsere Vielfältigkeiten demokratisch zu regulieren, „unsere Widersprüchlichkeiten diskursiv zu bearbeiten und unsere Rechte im globalen Maßstab kämpfend einzufordern.“



50 Vorschläge für eine gerechte Welt - gegen Konzernmacht und Kapitalismus

Der globalisierungskritischen Bewegung wird immer wieder vorgeworfen, sie würde nur Probleme aufzeigen, aber keine Lösungen bieten.

Christian Felber, Mitbegründer von Attac Österreich, entkräftet diesen Vorwurf eindrucksvoll: Pointiert, doch überzeugend präsentiert er 50 konkrete Alternativen zu neoliberalen Strategien der Globalisierung und Ökonomisierung unseres Lebens.

Seine Lösungsmodelle reichen dabei von der Neugestaltung der Finanzmärkte und des Welthandels bis hin zu allgemein verbindlichen Regeln für Konzerne und Standortkooperationen.

Ein Plädoyer dafür, die Gestaltung unseres Zusammenlebens aktiv in die Hand zu nehmen und die Spielregeln neu zu schreiben.

Autor: Christian Felber
Verlag: Zsolnay Verlag & Deuticke
Seiten: 334
Weitere Infos: ISBN: 3552060405;
broschiert

ATTAC-G8-Mailingliste

**informieren, mitdiskutieren, mitmachen,
anmelden unter: <http://www.attac.de/g8>**

Damit Ihr nach einer gemeinsamen Aktion nicht alleine auf Euren Anwalts- und Gerichtskosten sitzen bleibt!



Attac Rechtshilfefonds

Attac kämpft an den Brennpunkten der Globalisierung. Waren es in der Vergangenheit Hongkong, Brüssel oder Fulda, wird der Fokus der globalisierungskritischen Öffentlichkeit im Jahr 2007 unzweifelhaft auf dem idyllischen Heiligendamm im schönen Mecklenburg-Vorpommern liegen. Hier werden sich die Staatschefs der neoliberalen G8-Staaten vom 6. bis zum 8. Juni 2007 zu einen trauten Stelldichein treffen, um über die nächsten Schritte hin zu einer Welt der Märkte und der Konzerne, hin zu einer weiteren Privatisierung der Daseinsvorsorge der betroffenen Bevölkerungen zu beraten.



Attac kämpft mit friedlichen Mitteln, um diese Ziele zu vereiteln und der Aussicht auf eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen dieses Planeten ein Stück näher zu kommen. Durch die Mobilisierung von Tausenden Menschen bei Demonstrationen und durch Aufklärung an Infoständen und auf Veranstaltungen gelingt es uns immer besser, unsere Ziele zu benennen und Alternativen aufzuzeigen. Wir sprechen die Dinge aus, die sonst gerne unter den Tisch gekehrt werden.

Zum Treffen der G8-Staaten im Juni 2007 in Heiligendamm mobilisieren wir von vielen Seiten, um eine möglichst breite Gegenbewegung in Heiligendamm zu ermöglichen.

Wir kämpfen mit friedlichen Mitteln, trotzdem kann es immer wieder vorkommen,

- dass Attacis festgenommen werden,
- dass Attacis zu Unrecht beschuldigt werden,
- dass Wohnungen durchsucht werden,
- dass Computer beschlagnahmt werden,
- dass Ermittlungen und Strafverfahren eingeleitet werden.

Aufgrund der bisher schon großen Reso-

nanz auf die Mobilisierungsbemühungen von Attac ist leider zu befürchten, dass das Jahr 2007 auch ein außergewöhnliches Jahr im Hinblick auf juristische Auseinandersetzungen von Attacis mit der Staatsgewalt werden wird.

Hier kommt der Rechtshilfefonds zum Einsatz

Wir wollen unseren aktiven MitstreiterInnen für eine bessere Welt Sicherheit und Hilfe anbieten, damit sie nach einer gemeinsamen Aktion nicht alleine auf ihren Anwalts- und Gerichtskosten sitzen bleiben.

Der Attac Rechtshilfefonds versteht sich als Unterstützungsfonds zur Bewältigung von möglichen juristischen Auseinandersetzungen, die aufgrund von globalisierungskritischen Aktionen entstehen können. Im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten leisten wir auf Antrag finanzielle Unterstützung zum Ausgleich von Gerichts- und Anwaltskosten.

Wer einmal mit einem möglicherweise zu Unrecht eingeleiteten Verfahren der Staatsanwaltschaft konfrontiert war, wird

die Hilfe durch den Attac-Rechtshilfefonds zu schätzen wissen!

Um den Aufgaben gewachsen zu sein, benötigen wir Eure finanzielle Hilfe.

Bitte spendet auf das Treuhandkonto:

Attac-Rechtshilfefonds
Konto: 6000 241 100
GLS Gemeinschaftsbank
BLZ: 430 609 67

Auch kleine Beträge helfen!

Obwohl die Arbeit des Rechtshilfefonds gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit ist, sind seine Dienste nach der bisherigen Gesetzeslage nicht als gemeinnützig anerkannt. Daher können wir keine Spendenquittungen ausstellen.

Detaillierte Informationen über den Attac-Rechtshilfefonds findet Ihr unter:

www.attac.de/rechtshilfefonds

Wichtige Veranstaltungen zu G8 (Auswahl)

- 12. – 16.02.07** **Seminar zum G 8-Gipfel: we are getting ready!**, Hattingen
DGB-Jugend & Attac, www.jugendbildungszentrum.de
- 27.02.07** **Bündnisveranstaltung zu „Globale Soziale Rechte“**, Frankfurt
Infos unter www.g8-germany.info/deutsch/veran.htm
- 6. – 9.04.07** **BuKo-Kongress**, Leipzig
www.buko.info
- Mitte April** **Internationale Aktionskonferenz Rostock III** (voraussichtlich)
Nähere Infos siehe bald unter www.heiligendamm2007.de
- 22. – 24.04.07** **Alternativer Eco-Fin**
Mitveranstalter: Attac EU-AG, www.unsereuropa.at/ecofin
- 4. – 6.05.07** **McPlanet III**, Berlin. Titel: Klima der Gerechtigkeit
www.mcplanet.com
- 11. – 13.05.07** **Planungs- und Vernetzungsworkshop**, Flecken Zechlin
DGB-Jugend & Attac, www.jugendbildungszentrum.de
- 16. – 20.05.07** **Kreative Aktionswerkstatt „go.stop.act“**, Verden
Bewegungsakademie & Attac, www.attac.de
- 2.06.07** **Internationale Großdemo**, Rostock, zur Einleitung der Protestwoche
www.attac.de/g8

Viele weitere Termine können in der Veranstaltungsdatenbank unter www.attac.de/g8 nachgeschlagen oder auch eingetragen werden.

Überblick Gipfelproteste

Fr, 1.6.	Sa, 2.6.	So, 3.6.	Mo, 4.6.	Di, 5.6.	Mi, 6.6.	Do, 7.6.	Fr, 8.6.
					G8-Gipfel		
Internationales Aktionscamp							
	Groß- demo	Aktionstag Landwirtschaft	Aktionstag Migration	Aktionstag gegen Militarismus		Demos	Schluss- kundgebung?
Neubesiedlung Bombodrom				Blockade Flughafen Laage	Massenblockaden d. Zufahrten nach Heiligendamm		
	Inhaltlicher Auftakt / Opening Event	Veranstaltungen		Gegengipfel / Alternativgipfel			
Kulturelles Vorprogramm	Konzert am Platz der Abschlusskundgebung		Kultur beim / im Camp			Konzert mit Grönemeyer	
	Gottesdienst in Bad Doberan					Gebetskette, Andacht	

Näheres zu den einzelnen Aktivitäten siehe www.attac.de/g8 → Gipfelproteste 2007

Weitere Informationen:

Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 900 281-82
E-Mail: g8-proteste@attac.de



1.6 - 8.6.2007 AKTIONSWOCHE /// WEEK OF ACTION /// SEMAINE D'ACTION
G8-GIPFEL G8 SUMMIT HEILIGENDAMM / GERMANY / ALLEMAGNE
SOMMET DU G8



INTERNATIONALE DEMONSTRATION

INTERNATIONAL DEMONSTRATION ★ MANIFESTATION INTERNATIONALE

02. JUNI 2007 ROSTOCK

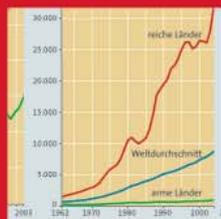
INFO: WWW.HEILIGENDAMM2007.DE TEL: 0228-692904 FAX: 0228-692906 MUSIC: WWW.MOVE-AGAINST-G8.DE

SPENDENKONTO: FÖRDERVEREIN FRIEDEN /// KTO-NR. 33 035 /// SPARKASSE BONN /// BLZ 360 500 00 /// STICHWORT „G8“ /// IBAN: DE203 3705 0198 0000 0330 35 /// BIC/SWIFT COLSDE33

Der komplett neue Atlas-Neue Themen, neue Texte, neue Karten
Jetzt bestellen: www.monde-diplomatique.de/atlas



► Wasser

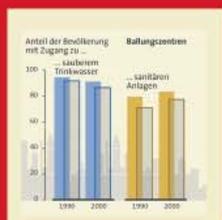


► Wachstum

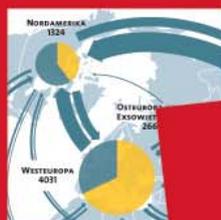


► Gerechtigkeit

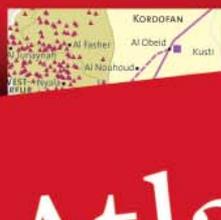
- 200 Seiten Großformat durchgehend vierfarbig
- über 300 aktuelle Karten und Diagramme von Philippe Rekacewicz
- Vorworte von Ignacio Ramonet und Klaus Töpfer



► Versorgung



► Handel



Atlas der Globalisierung

Die neuen Daten und Fakten
zur Lage der Welt

**Auch in Ihrer
Buchhandlung**

